

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **1./2. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2021/2022 vom 17. Mai 2021

von 16.15 bis 18.30 Uhr und 19.30 bis 21.55 Uhr

Eulachhalle 1, Winterthur

Vorsitz: D. Oswald (SVP) / M. Sorgo (SP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 1./2. Sitzung: Davide Pezzotta (SVP), Zeno Dähler (EDU)
1. Sitzung: Urs Glättli (GLP)
2. Sitzung: Katharina Gander (AL)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 27./28. Sitzung	
2.*	21.28	Wahl einer Stimmenzählerin / eines Stimmenzählers anstelle des zurückgetretenen Th. Leemann (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	R. Kappeler
3.*	21.29	Wahl der Präsidentin / des Präsidenten für das Amtsjahr 2021/2022	R. Kappeler
4.*	21.30	Wahl der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2021/2022	R. Kappeler
5.*	21.31	Wahl der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2021/2022	R. Kappeler
6.*	19.130 (DSU)	Umsetzung des Konzepts Parkraumplanung und Anpassung relevanter Erlasse: Erlass von drei neuen Verordnungen zur Parkplatzbewirtschaftung (ME.14.34)	M. Zehnder
7.*	21.13 (DB)	Kredit von Fr. 1'947'000 für die Ausführung des Strassenprojekts Untere Vogelsangstr., Storchenbrücke bis Auwiesenstr. (Projekt-Nr. 11'454)	Ch. Hartmann
8.*	21.6 (DTB)	Kredit von Fr. 4'750'000 für die Umsetzung der Sanierungsmassnahmen im Stadtgarten (Projekt-Nr. 12987)	F. Landolt

- | | | |
|-----|-----------------|--|
| 9.* | 19.108
(DSS) | Fristerstreckung für die Umsetzung des Postulats M. Steiner (SP), Th. Leemann (FDP), K. Gander (Grüne/AL) und S. Müller (EVP) betr. Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt |
| 10. | 21.3
(DFI) | Begründung des Beschlussantrags R. Kappeler (SP), B. Zäch (SP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. Behördeninitiative für ein kantonales COVID-19-Hilfspaket für das Gewerbe: Ausrichtung von Mietzins-Beiträgen für gewerbliche Mieten |
| 11. | 21.5
(DFI) | Begründung der Motion R. Kappeler (SP), B. Zäch (SP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. COVID-19-Hilfspaket für das lokale Gewerbe: Ausrichtung von Mietzins-Beiträgen für gewerbliche Mieten |
| 12. | 21.4
(DTB) | Begründung des Postulats A. Steiner (GLP), A. Geering (CVP/EDU), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Biodiversitätskorridore |
| 13. | 21.10
(DB) | Begründung der Motion R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), B. Hui-zinga (EVP) und A. Steiner (GLP) betr. einer ergänzenden Bestimmung in der BZO zu Frei- und Grünflächen |
| 14. | 21.19
(DB) | Begründung der Motion D. Altenbach (SP), R. Diener (Grüne/AL) und A. Gütermann (GLP) betr. Sammeln und Recycling von Kunststoffabfällen aus Haushalten und Gewerbe |

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsident D. Oswald: Guten Abend. Ich begrüsse Euch alle ganz herzlich zur 1. Sitzung des Amtsjahres 2021/2022. Ganz speziell begrüssen möchte ich die Mitglieder des Stadtrats und die Gäste, herzlich willkommen zur konstituierenden Sitzung.

Mitteilungen

Ratspräsident D. Oswald: Ich informiere Sie über die Hygiene- und Distanzmassnahmen. Es ist wie immer: Die Vorstösse liegen dort vorne auf dem Tisch auf. Geht nach vorne zum Unterschreiben und schaut auch dort, dass Ihr die Distanz einhalten könnt. Nehmt Euer eigenes Schreibzeug mit, um die Vorstösse zu unterschreiben.

Ebenfalls bekannt ist der Ablauf beim Essen: Ihr holt das Essen selbst. Die Tische sind drüben wieder gedeckt, wo es ein Tischset hat, dort kann man sich hinsetzen. Haltet diese Corona-Massnahmen bitte ein.

Die Presse hat die Erlaubnis, heute Fotos zu machen aufgrund der konstituierenden Sitzung. Ganz speziell begrüssen möchte ich das neue Ratsmitglied Jan Fehr von der FDP, der nachgerutscht ist für Thomas Leemann. Jan, ganz herzlich willkommen in unserem Kreis und viel Befriedigung bei Deiner Arbeit als Gemeinderat.

Dann möchte ich die Entschuldigungen verlesen: Entschuldigt sind für die Nachmittagssitzung Urs Glättli, für die Abendsitzung Katharina Gander und für beide Sitzungen Davide Pezzotta und Zeno Dähler.

Noch ein Hinweis: Unsere Protokollführerin Andrea hat eine neue Mailadresse. Sie heisst neu andrea.furrer@hispeed.ch. Sie ist immer sehr froh, wenn man Voten, die man aufgeschrieben hat, ihr auch zustellt, das erleichtert ihr das Erstellen des Protokolls. Benützen Sie dafür ihre neue Mailadresse andrea.furrer@hispeed.ch.

Es ist noch eine Fraktionserklärung angekündigt von der FDP. Wir haben in der Ratsleitung beschlossen, dass wir zuerst die Konstituierung und die Wahlgeschäfte über die Bühne bringen und die Fraktionserklärung dann nach den Wahlen, nach der Konstituierung, vor der Behandlung der Sachgeschäfte verlesen lassen. Ich gehe davon aus, dass Ihr damit einverstanden seid.

Dann darf ich, da es ja die 1. Sitzung des neuen Amtsjahres ist, zu meinem Abschluss auch die Abschlussrede als Gemeinderatspräsident halten.

Seit dem 25. Mai 2020 hatte ich die Ehre, höchster Winterthurer zu sein. Dies allein ist schon eine besondere Situation. Mein Präsidialjahr entpuppte sich dann als noch spezieller. Wie alles in den vergangenen Monaten war auch mein Präsidialjahr dem Corona-Diktat unterworfen. Wir werden nie in Erfahrung bringen können, wieviel davon Corona und wieviel dem Diktat zuzuschreiben ist.

Da waren und sind leider immer noch die speziellen Sitzungsorte in den Eulachhallen und in der AXA-Arena. Nur weil wir in Sporthallen tagen, möchte ich nicht von einem sportlichen Jahr sprechen. Dennoch können wir auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. So haben wir die Anzahl penderter Geschäfte von etwas mehr als 55 auf 42 reduziert. Zum einen mögen die verkürzten Pausen dazu beigetragen haben. Zum anderen aber auch, dass weniger Vorstösse eingereicht wurden. Vergessen wir dabei nicht, dass wir mit der Beratung der Gemeindeordnung, welche ich als mein Highlight des Amtsjahres bezeichne, sehr umfangreiche Geschäfte zu beraten hatten.

Auch stellten wir mit der Verschiebung der Budgetdebatte von Dezember in den Januar die erforderliche Flexibilität unter Beweis.

Wie mittlerweile üblich habe auch ich mich entschieden, weiterhin aktiv in der Politik mitzuwirken. Am Herzen liegen mir nach wie vor die Finanzpolitik oder die Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grüze. Zudem müssen Freiheit und Eigenverantwortung in den politischen Entscheidungen wieder mehr Gewicht bekommen. Mit jeder zusätzlichen Aufgabe, welche wir dem Staat übertragen, demontieren wir scheinbar das soziale Auffangnetz. Besondere Priorität werde ich in Zukunft dem Thema Sicherheit einräumen. Wir leben in der Schweiz in dem Land, in welchem die Bevölkerung so viel zu sagen hat wie sonst nirgends in der Welt. Nebst Freiheit und Eigenverantwortung ist die Gewährung der Sicherheit der zentrale Pfeiler unserer direkten Demokratie. Auf kommunaler Ebene sprechen wir da vor allem von der inneren Sicherheit, welche durch das Gewaltmonopol des Staates garantiert wird. Diverse Geschehnisse und Aktivitäten von diversen Gruppierungen während meines Amtsjahres haben dieses Thema in den Fokus gerückt. Ich weise hier auf die Fehlentwicklung, ich nenne sie «die Globalisierung von Problemen», hin. Gefördert durch die sozialen Medien scheint es mir, dass einem grossen Teil der Bevölkerung der Bezug zu Raum und Zeit völlig verloren geht. Diesen Umstand nutzen Extremisten aller Couleur, um dem unbedarften Bürger weiszumachen, die Probleme eines Landes irgendwo auf dieser Welt seien auch die Probleme in der Schweiz. So sind Polizeikräfte von den USA und Deutschland nicht mit denen der Schweiz vergleichbar. Es gibt aber Aktivisten, welche dies weismachen wollen. Ein Beispiel. Mitte letzten Jahres erschien in der «linksalternativen Tageszeitung» in Deutschland eine Kolumne mit der Aussage «Polizisten gehören auf den Müll». Diese Aussage provozierte diverse Klagen vor dem deutschen Presserat. Dieser kam zum Schluss, dass diese Aussage im Rahmen der Meinungsfreiheit gemacht werden dürfe. Der französische Philosoph und Essayist Michel de Montaigne sagte: «Jedem kann es passieren, dass er einmal Unsinn redet; schlimm wird es erst, wenn es feierlich wird.»

Ich stimme dem deutschen Presserat zu. Wir Politiker sollten uns aber Montaigne zu Herzen nehmen und dafür sorgen, dass solche Aussagen nicht noch feierlich werden. Gerade in Zeiten, in welchen der Extremismus zunimmt, ist eine stabile Staatsgewalt erforderlich. Damit diese weiterhin stabil bleibt, hat sich die Politik klar und unmissverständlich hinter das Gewaltmonopol des Staates zu stellen. Feierlich werden solche Kolumnen erst, wenn erstens verummte, gewaltbereite und passiv provozierende Demonstranten verharmlost werden, und zweitens die Polizei als gewaltbereite Organisation dargestellt wird. Nicht nur das, sie destabilisieren das Gewaltmonopol des Staates und sind Wegbereiter der Anarchie. Sie mögen sich fragen, wieso ich mich um Geschehnisse in Deutschland kümmere. Wäre ich sicher,

dass dies in Deutschland bleiben würde, brächte ich es hier nicht zur Sprache. Vieles, was in Deutschland startet, landet früher oder später auch in der Schweiz - womit wir wieder in Winterthur angekommen sind.

Aufgrund von Corona fanden nicht wie üblich Anlässe statt. Klar hätte ich es auch für mich anders gewünscht. Meine wirtschaftliche Existenz hängt glücklicherweise nicht vom Geschehen während meines Präsidialjahres ab. Aber für viele Winterthurerinnen und Winterthurer sind diese abgesagten Anlässe stellvertretend ein Zeichen für massive Einschränkungen in ihrem täglichen Leben, deren wirtschaftliche Folgen noch nicht absehbar sind.

Anstelle des üblichen Abschlussanlasses überreiche ich mit Freude und Dankbarkeit Ihnen allen einen Korb vollbepackt mit Winterthurer Produkten. Es war mir eine Ehre und eine Freude zugleich, ein Jahr lang höchster Winterthur gewesen zu sein.

Vizepräsident M. Sorgo: Dann möchte ich gleich überleiten und weitermachen. Wir haben ja, wie es Dani Oswald schon sagte, dieses Mal nicht die Möglichkeit gehabt, mit einem gebührenden Fest Dich, Dani, zu verabschieden, und das möchte ich da, stellvertretend für den Gemeinderat, jetzt nachholen.

Lieber Ratspräsident, lieber Dani. Mit der heutigen Sitzung geht jetzt für Dich ein wahrlich spezielles Jahr als Präsident des Grossen Gemeinderats zu Ende. Eigentlich macht ja alleine schon das Amt dieses Jahr speziell genug. Durch die Corona-Pandemie und deren Auswirkungen ist aber vieles, das in einem solchen Jahr normal gewesen wäre, nochmals ganz anders geworden.

Zu Deinem Einstand an Deiner ersten Sitzung vor einem Jahr hast Du uns mit speziellen Glarner-Winterthurer-Fusionspralinen oder, einfacher ausgedrückt, mit Ziger-Löwen beglückt und hier in der Eulachhalle begrüsst. Die Ziger-Löwen, die Du zusammen mit einem Winterthurer Unternehmer kreiert hast, passen sehr gut dazu, wie Du dieses herausfordernde Ratsjahr angegangen bist, in dem (wie ich schon gesagt habe) vieles anders gekommen ist, als Du es vermutlich geplant und vermutlich auch vorgestellt hast.

Es tut mir leid, ich kann schlecht hinüberschauen, sonst hört man mich nicht. Deshalb spreche ich halt mehr ins Publikum.

Anstatt dass Du Dich darüber geärgert hättest, dass Du zu Deinem Einstand nicht mit uns zusammen feiern konntest, hast Du schnell eine neue und kreative Lösung gefunden und dabei stilvoll und mundgerecht Deine Glarner Heimat zusammen mit Deiner neueren (obwohl inzwischen auch nicht mehr ganz so neuen) Winterthurer Heimat verbunden. Und genauso hast Du auch die Herausforderungen in diesem Amtsjahr angenommen. Anstatt zu diskutieren, was Du gerne hättest machen wollen, hast Du angepackt und umgesetzt, was möglich war. Mit viel Ruhe hast Du die Ratsleitung und den Gemeinderat durch diese Zeit geführt.

Wie Du in Deiner Antrittsrede angekündigt hast, ist es Dir ein grosses Anliegen, dass die Kristalle in der Gemeinderatspolitik in den Debatten und Auseinandersetzungen nicht einfach zu einem Würfel gefeilt werden, sondern dass die Fraktionen – je nach Geschäft – immer wieder neu entscheiden, in welche Richtung sie die Kristallspitzen dieses Mal ausrichten wollen. Und so hast Du auch in der Leitung des Gemeinderats den einzelnen Parlamentarierinnen und Parlamentarier viel Spielraum gelassen bei der Ausgestaltung der Diskussionen im Rat.

Und ich kann allen versichern: Auch wenn wir beide vom Landboten vor einigen Jahren noch im verbalen Schlagabtausch in den Boxring geschickt wurden – in der Ratsleitung haben wir also diese Boxhandschuhe nicht gebraucht. Im Gegenteil. Auch in der Ratsleitung war es Dir ein Anliegen, auch die Ansichten von Reto Diener, dem 2. Vizepräsidenten, und von mir abzuholen.

Unter Deiner Leitung haben wir aber auch verschiedene wichtige Geschäfte im Rat behandelt und verabschiedet. Du hast das vorhin auch schon angetönt. Im Verlauf von Deinem Ratsjahr haben wir sowohl einen neuen Leiter der Finanzkontrolle als auch eine neue Datenschützerin bestimmen können. In Deinem Ratsjahr wurde die neue Gemeindeordnung zuerst in der Spezialkommission vorbereitet und dann im Grossen Gemeinderat verabschiedet. Und bleiben wird uns allen sicher auch die denkwürdige Budgetdebatte, die zum ersten Mal seit langem dazu führte, dass Winterthur vorübergehend wieder mit einem Notbudget auskommen musste.

Während Deine Vorgängerinnen und Vorgänger in ihrem Amtsjahr von gut gefüllten Agenden mit Einladungen, mit Besichtigungsterminen und mit verschiedenen Anlässen berichten konnten, konntest Du nur wenige Anlässe vor Ort besuchen. Aber vielleicht hast Du dafür auch den einen oder anderen zusätzlichen freien Abend geniessen können.

Dass Du in Zukunft Deine freie Zeit hoffentlich erst recht geniessen kannst, dafür sorgst Du gleich selbst, indem Du nämlich, wie Du uns erzählt hast, Deinen Garten am Umgestalten bist. Ich freue mich sehr, dass sich der Gemeinderat daran ein bisschen beteiligen kann und überreiche Dir gerne den von Dir gewünschten Gutschein vom Gartencenter Hauenstein. Mit den Handschuhen, die es dazu gibt, und der Gartenschere bist Du hoffentlich auch für mögliche Auseinandersetzungen mit allfälligen widerspenstigen Obststauden gut gewappnet. Vor allem aber wünsche ich Dir, dass Dir mit diesen neuen Obstbäumen eine lebendige Erinnerung an Dein Ratsjahr bleibt, das so viele Überraschungen bereitgehalten hat. Und Du wärst, obwohl wir das alle ganz sicher nicht hoffen, für einen weiteren Lockdown mit einem schönen heimischen Garten bestens gerüstet, solange dieser einfach in den warmen Sommermonaten stattfindet.

Leider konntest Du uns auch zum Abschluss nicht Deine Glarner Heimat zeigen. Und ich glaube, ich wäre nicht die Einzige gewesen, die sich sehr gefreut hätte, die einzigartige Möglichkeit wahrnehmen zu können, an einer Landgemeinde teilnehmen zu können. Da wir im Parlament weder Deinen Einstand noch Deinen Abschluss mit einem gebührenden Fest begehen konnten, liegt die Ehre jetzt bei mir, Dir im Namen des gesamten Gemeinderats für Deinen Einsatz, für die parlamentarische Arbeit, für Deine Flexibilität in dieser speziellen Situation und für Deinen Pragmatismus im Umgang mit dieser Situation zu danken.

Du wirst, Du hast es selbst angekündigt, diesem Rat ja weiterhin erhalten bleiben und Dich weiterhin an der parlamentarischen Arbeit beteiligen. Du wirst Dich auch wieder mehr in die Sachpolitik einbringen können und Deine Expertise, die sich jetzt sicher nochmals verändert und vertieft hat, weiter nutzen.

Ich wünsche Dir und Deiner Frau aber auch weiterhin ein bisschen ruhigere Zeiten, die Ihr zu zweit unter den Obstbäumen oder wo auch immer geniessen könnt. Lieber Dani, vielen Dank für Deinen Einsatz und Deine Arbeit für den Grossen Gemeinderat – und damit auch ein Stück weit für die Stadt Winterthur. (*Applaus*)

Ratspräsident D. Oswald: Geschätzte Maria. Ganz herzlichen Dank für die sehr netten Worte. Es war wirklich schön, in der Ratsleitung mit Euch zusammen dieses Jahr zu arbeiten, auch das Jahr vorher. Das hat mir sehr viel Freude gemacht. Ich wünsche auch Dir alles Gute in Deinem Amtsjahr.

In einem Punkt muss ich Dich aber enttäuschen: Die Schere passt auch, es gibt immer etwas zu schneiden. Wir haben auch Büsche, nicht nur Apfelbäume. Aber bei den Apfelbäumen möchte ich vor allem Äpfel und deshalb werde ich dort die Schere nicht in die Finger nehmen, sonst käme es nicht gut. Aber auch ganz herzlichen Dank für den Gutschein. Ich habe mittlerweile ein 35 m langes Hochbeet und das muss jedes Jahr mit Gemüse und Kartoffeln gefüllt werden. Ganz herzlichen Dank.

Stadtpräsident M. Künzle: Ja, Dani, es wurde jetzt schon einiges gesagt von Maria. Du warst der erste Präsident des Grossen Gemeinderats, der die ganze Amtsdauer unter dem Eindruck von Corona bestreiten musste. Du hast Dich von dem aber nicht aus der Ruhe bringen lassen, Du hast den Rat mit klarer Handschrift geführt und hast auch gelernt, wie man jede Gemeinderatssitzung diese Corona-Massnahmen herunterbeten musste, so auch heute wieder.

Du hast 1 oder 2 Mal im Rat durchgreifen müssen, als die Tonalität nicht eingehalten wurde. Das hat mir sehr Eindruck gemacht, denn es ist wichtig, dass da hart gefightet wird im Parlament, aber dass die Tonalität gewahrt bleibt. Mit dem Stadtrat hatten wir eine sehr gute Zusammenarbeit, wenn es nicht gerade um die terminlichen Belange der Goldenberg-Gespräche ging.

Du wärst – wir kennen Dich so - der gesellige volksverbundene Typ, der gerne mehr unter das Volk gegangen wäre, was leider nicht möglich war. Und so musstest Du immer wieder

ausweichen und an verschiedenen Orten die Parlamentssitzungen durchführen. Du bist also eigentlich mit dem Grossen Gemeinderat auf Wanderschaft gewesen – als Glarner ist das kein Problem.

Als Geschenk hast Du von Maria Sorgo und dem Grossen Gemeinderat einen Gutschein vom Gartencenter Hauenstein bekommen für Investitionen in den eigenen Garten. Und jetzt kommt das Gegenstück von mir: Ich schenke Dir das Buch «111 Orte in Winterthur, die man gesehen haben muss» von Corinne Päper, einer Buchautorin, die seit über 10 Jahren in Winterthur lebt, mit Fotos von Georg Holubec. Damit Du eben aus Deinem Garten auch einmal herauskommst und noch weitere Gemeinderats-/Parlamentssitzungsorte auskundschaften kannst. Ich bitte Dich, Deine Tipps und Erkenntnisse dann Maria weiterzugeben, damit Du die Stadt Winterthur als Glarner noch ein bisschen besser kennenlernst.

Ausserdem hat Dani sich als Geschenk vom Stadtrat die wohlbekannte violette Leinenkassette mit zahlreichen gedruckten Fotos von Winterthur mit Erklärungen gewünscht. Das ist ein Füllhorn von Erinnerungen und ein Abtauchen in die Geschichte von Winterthur. Eine wunderbare Sache.

Dani, namens des Winterthurer Stadtrats ganz herzlichen Dank für Dein Amtsjahr, das Du geleistet hast unter erschwerten Bedingungen und Entbehrungen. Ich danke auch seitens des Stadtrats für die Geschenkkörbe, die wir bekommen haben. Und Dir alles Gute, auch in Zukunft, und schöne Grüsse an Renate und die Kinder. Danke vielmals. Jetzt musst Du noch das Geschenk abholen kommen.

Liebe Ratsmitglieder. Ich hätte noch ein Anliegen. Es kommt sehr trocken herüber, was jetzt gerade abläuft. Es ist eine Verdankung von Dani Oswald und ich glaube, er hat nochmals einen kräftigen Applaus verdient. Danke vielmals. (*Applaus*)

Ratspräsident D. Oswald: Geschätzter Mike, liebe Mitglieder des Stadtrats. Ganz herzlichen Dank, auch für das schöne Geschenk, und für die netten Worte. Ich glaube, Sie konnten es auch schon in der Zeitung lesen. Natürlich wünscht man sich ein solches Jahr anders. Aber wenn wir an alle die Betriebe denken, die schwerste Einschränkungen in Kauf nehmen mussten und Zusatzaufwendungen hatten, dann glaube ich, muss man das im richtigen Licht sehen und dann ist das sicher sehr gut zu tragen und auch zu verschmerzen. Ich danke nochmals allen. Es war mir wirklich eine Freude, diesen Gemeinderat ein Jahr lang zu führen. Ich möchte damit die Reden abschliessen und mit der Traktandenliste weiterfahren.

Traktandenliste

Ratspräsident D. Oswald: Wir kommen zur Abnahme der Traktandenliste. Gibt es noch Einwände und Ergänzungen zur Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall, damit ist sie so genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 27./28. Sitzung

Ratspräsident D. Oswald: Gibt es Einwendungen zum Protokoll der 27./28. Sitzung vom Amtsjahr 2020/2021? – Das ist auch nicht der Fall, damit ist das so genehmigt.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2021.28: Wahl einer Stimmenzählerin / eines Stimmenzählers anstelle des zurückgetretenen Th. Leemann (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022

Ratspräsident D. Oswald: Wahl eines Stimmenzählers anstelle des zurückgetretenen Thomas Leemann für den Rest der Amtsdauer 2018/2022. Das Wort hat der Präsident der IFK, Roland Kappeler.

R. Kappeler (IFK): Die IFK schlägt Ihnen vor: Jan Fehr (FDP).

Ratspräsident D. Oswald: Wird dieser Vorschlag vermehrt? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Jan Fehr gewählt. Ich gratuliere Dir ganz herzlich zu Deiner Wahl als Stimmenzähler. Bevor wir zur Wahl der Präsidentin für das Amtsjahr 2021/2022 kommen, möchte ich die Präsenz feststellen lassen. Ich bitte dazu die Stimmenzähler, die Anwesenden zu zählen. Es sind 57 Gemeinderäte anwesend, d.h. das absolute Mehr ist 29.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2021.29: Wahl der Präsidentin / des Präsidenten für das Amtsjahr 2021/2022

Ratspräsident D. Oswald: Wahl der Präsidentin / des Präsidenten für das Amtsjahr 2021/2022. Es ist eine geheime Wahl. Das Wort hat der Präsident der IFK, Roland Kappeler.

R. Kappeler (IFK): Liebe Kolleginnen und Kolleginnen. Die IFK schlägt Euch vor, als Präsidentin des neuen Amtsjahres Maria Sorgo (SP) zu wählen.

Ratspräsident D. Oswald: Wird dieser Vorschlag vermehrt? – Das ist nicht der Fall. Ihr habt auf dem Tisch die Wahlzettel 1. Wahlgang. Ich bitte darum, den obersten Zettel zu nehmen und darauf Eure Präsidentin zu wählen. Dann bitte ich die Stimmenzähler, die Wahlzettel einzusammeln.

Ich komme zur Verkündung des Resultats:

Anwesende Ratsmitglieder:	57
Ausgeteilte Stimmzettel:	57
Eingezogene Stimmzettel:	57
Leere/ungültige Stimmzettel:	1
Massgebende einfache Stimmenzahl:	56
Absolutes Mehr:	29
Gewählt ist mit 54 Stimmen Maria Sorgo (SP). (<i>Applaus</i>)	

Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Maria. Ganz herzliche Gratulation zu Deiner ehrenvollen Wahl. Ich wünsche Dir viel Befriedigung in diesem Jahr und hoffe, Du kommst in diese Zeit, wo Corona fertig ist und wieder Normalität einkehrt.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Das hoffe ich nicht nur für mich, sondern auch für uns alle hier.

Ich möchte mich ganz herzlich für Ihr Vertrauen bedanken für meine Wahl zur Ratspräsidentin. Ich möchte mich auch bei all denen ganz herzlich bedanken, die mich auf meinem bisherigen Weg begleitet haben und mir damit auch erst möglich machten, mich für dieses Amt zur Verfügung zu stellen. Ich freue mich sehr, im kommenden Jahr dieses Parlament zu leiten und gemeinsam mit Ihnen Winterthur ein Stück weiterzubringen.

«Winterthur gemeinsam» - diesen Ausspruch finden Sie auch auf den aufliegenden Einladungen zum verspäteten Fest, das hoffentlich am 5. Juli stattfinden wird. Für alle, die die Einladung nicht vor sich liegen haben, ist sie projiziert. «Winterthur gemeinsam», das ist auch mein Wunsch und mein Ziel für das kommende Ratsjahr. Ich bin überzeugt davon, dass wir es nur gemeinsam schaffen werden, die Stadt weiterzubringen. Genauso wie es auch in der Vergangenheit nur möglich war, Winterthur dort hinzuentwickeln, wo die Stadt heute steht. Und gerade das letzte Jahr hat uns allen ziemlich klar gezeigt, wie wichtig das Gemeinsame ist, gerade wenn die äusseren Umstände schwierig sind.

Gemeinsam heisst aber nicht, immer einer Meinung sein zu müssen. Im Gegenteil, es gehört für mich zur Essenz der politischen Auseinandersetzung, dass wir unsere unterschiedlichen Meinungen und Haltungen in der Diskussion vertreten. Und ich finde es genauso wichtig, dass diese Debatten auch hart und kontrovers geführt werden dürfen – dort, wo es notwendig ist. Denn schlussendlich wird es uns nur möglich sein, tragfähige und zukunftsorientierte Lösungen für unsere Stadt zu entwickeln, wenn wir auch diese Auseinandersetzungen wahrnehmen.

Dass das möglich ist, das hat sich bereits vor 100 Jahren gezeigt, als sich die Stadt Winterthur mit ihren fünf Aussenbezirken vereinigt hat. Auch dieser Vereinigung sind lange und zähe Verhandlungen vorausgegangen. Und es hat mehr als einen Anlauf gebraucht, bis eine mehrheitsfähige Lösung entstanden ist. Für diese Lösung mussten sich zuerst einmal die verschiedenen Aussenquartiere zusammenraufen, aber auch die politischen Parteien mussten sich im Kantonsrat dafür einsetzen, dass eine solche Lösung überhaupt zustande kam. Am Schluss hat sich dann auch die damals eingesetzte Abgeordnetenversammlung trotz grossen Differenzen nochmals zusammenraufen müssen. Und so haben sie es geschafft, dass sie schlussendlich einstimmig dem Stimmvolk den Entwurf über eine neue Gemeindeordnung vorlegen konnten.

Vor 10 Jahren habe ich selbst eindrücklich erlebt, wie wichtig es ist, dass man sich gemeinsam für eine Sache einsetzt und gemeinsam für diese Sache einsteht. Damals war ich für ein paar Monate als Menschenrechtsbeobachterin in Kolumbien unterwegs und habe dort zwei Bauerngemeinschaften begleitet, die von Landvertreibung bedroht waren. Eine dieser beiden Dorfgemeinschaften ist kurz vorher zum wiederholten Mal auf ihr Land zurückgekehrt, das sie bereits seit Jahrzehnten bewirtschaftet haben. Und von welchem sie – trotz anderslautender Gesetze – in der Vergangenheit mehrfach vertrieben wurden. Und selbstverständlich gab es auch in dieser Gemeinschaft Meinungsverschiedenheiten. Selbstverständlich war es nicht immer einfach, eine gemeinsame Haltung zu entwickeln. Selbstverständlich gab es auch in dieser Gemeinschaft persönliche Konflikte. Aber genau deshalb – und das hat mich besonders beeindruckt – hat sich diese Gemeinde von Beginn an zu klaren Regeln für das Zusammenleben und für den weiteren Kampf für ihre Rechte entschieden. Und so sind jeden Sonntag alle Mitglieder dieser Bauerngemeinde zusammengekommen und haben die weiteren Schritte, aber auch die Konflikte und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gemeinschaft zusammen ausdiskutiert und so geklärt. Und Sie können mir glauben: Diese Treffen waren für alle Beteiligten, auch für mich als aussenstehende Beobachterin, teilweise extrem anstrengend und auch ermüdend. Und meistens dauerten sie mehrere Stunden. Aber ich bin davon überzeugt, dass gerade das offene Aushandeln dieser Konflikte und Meinungsverschiedenheiten einen wichtigen Beitrag dazu geleistet hat, dass sich diese Gemeinschaft nicht auseinanderdividieren liess und inzwischen seit mehr als 10 Jahren wieder ihr Land bewirtschaften kann. Ich habe aus dieser Zeit sehr viel gelernt und gerade auch für meine politische Arbeit viele Erfahrungen daraus mitnehmen können.

Als Ratspräsidentin habe ich mir vorgenommen, ein paar dieser Erfahrungen auch in das gemeinsame parlamentarische Schaffen da im Gemeinderat einfließen zu lassen. Für mein

Amts Jahr wünsche ich mir, dass wir auch die schwierigen Geschäfte und Meinungsverschiedenheiten hier in diesem Parlament austragen können. Wir werden am Schluss nicht immer einer Meinung sein und wir werden immer wieder Kompromisse eingehen müssen. Aber es gehört zu unserer Aufgabe als Parlamentarier und Parlamentarierinnen, uns den harten Auseinandersetzungen zu stellen und uns auch dort eine Meinung zu bilden, wo das nicht immer ganz einfach ist. Und diese Auseinandersetzungen in den Kommissionsberatungen und in der Ratssitzung auch zu führen. Als Präsidentin des Grossen Gemeinderats sehe ich es als meine Aufgabe, so weit wie möglich die Rahmenbedingungen dazu zu bieten. Es ist aber Ihre Aufgabe als Parlamentarier und Parlamentarierinnen, immer wieder zu entscheiden, welche Debatte wie viel Zeit braucht und ob Sie sich den kontroversen Diskussionen und Diskursen auch stellen möchten.

Denn schwierige und kontrovers diskutierte Geschäfte stehen auch in diesem Jahr einige an. Bereits heute werden wir die Parkraumverordnung weiterbehandeln. Weiter werden uns die geforderten klimapolitischen Massnahmen, aber auch weiterhin die Bewältigung der Covid-19-Krise beschäftigen. Ich bin mir sicher, dass es uns gemeinsam gelingen wird, sowohl die einfachen wie auch die schwierigen Geschäfte zu diskutieren und zusammen zu tragfähigen Beschlüssen zu kommen. Und ich freue mich sehr auf das kommende Jahr und die herausfordernde Parlamentsarbeit.

Um diese Diskussionskultur weiter stärken zu können, hoffe ich – wie vermutlich auch viele andere von Ihnen – dass wir uns bald wieder mehr neben den parlamentarischen Strukturen treffen können. Eigentlich habe ich gehofft, dass ich Sie bereits heute ein erstes Mal zu einem kleinen Apéro nach der Ratssitzung einladen kann. Aber leider brauchen wir immer noch etwas mehr Geduld als nötig... Ich wollte sagen: als üblich. Aufgrund der angekündigten Massnahmenlockerungen hoffe ich aber, dass wir diesen Apéro am 31. Mai nachholen können und dann dort die Ratssitzung dafür ein bisschen früher beenden.

Besonders hoffe ich auch, dass wir uns am 5. Juli zu einem verspäteten Fest zum Beginn meines Ratspräsidiums treffen können. Aber auch da gilt, wie immer im letzten Jahr: Entscheiden können wir erst später. Ich werde Sie selbstverständlich weiter auf dem Laufenden halten. Und für alle, denen es bis dahin zu langweilig wird: Sie haben eine Einladung auf dem Tisch liegen, an der Sie selbst ein bisschen herumbasteln können. Wer dabei Unterstützung braucht, wendet sich am besten an Dominik Siegmann, er weiss, wie es geht.

Vielen Dank für das Vertrauen. (*Applaus*)

D. Oswald (SVP): Wer eine Schere braucht, ich habe hier eine.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Da muss man aber feinmotorisch relativ geschickt sein.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2021.30: Wahl der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2021/2022

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wahl des 1. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2021/2022. Das Wort hat der Präsidentin der IFK, Roland Kappeler.

R. Kappeler (IFK): Die IFK schlägt Euch vor als 1. Vizepräsident: Reto Diener (Grüne).

Ratspräsidentin M. Sorgo: Gibt es eine Vermehrung der Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Sie, den Wahlzettel zu nehmen für die Wahl 1. Vizepräsident, 1. Wahlgang (gelber Wahlzettel), und dort den Namen aufzuschreiben und dann bei den Stimmenzählern in die Urne zu legen.

Ich komme zur Verkündung des Resultats:

Anwesende Ratsmitglieder:	57
Ausgeteilte Stimmzettel:	57
Eingezogene Stimmzettel:	57
Leere/ungültige Stimmzettel:	0
Massgebende einfache Stimmenzahl:	57
Absolutes Mehr:	29
Gewählt ist Reto Diener mit 41 Stimmen.	
Christian Griesser:	11
Vereinzelte:	5
Lieber Reto, herzliche Gratulation zu Deiner Wahl. (<i>Applaus</i>)	

5. Traktandum

GGR-Nr. 2021.31: Wahl der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2021/2022

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wahl der 2. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2021/2022. Das Wort hat der Präsident der IFK, Roland Kappeler.

R. Kappeler (IFK): Die IFK schlägt Euch zur Wahl als 2. Vizepräsidentin vor. Barbara Huizinga (EVP):

Ratspräsidentin M. Sorgo: Gibt es eine Vermehrung des Vorschlags? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Sie, den Wahlzettel für den 1. Wahlgang, den gelbe Wahlzettel für die 2. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2021/2022 auszufüllen.

Ich komme zur Verkündung des Resultats:

Anwesende Ratsmitglieder:	57
Ausgeteilte Stimmzettel:	57
Eingezogene Stimmzettel:	57
Leere/ungültige Stimmzettel:	0
Massgebende einfache Stimmenzahl:	57
Absolutes Mehr:	29
Gewählt ist Barbara Huizinga mit 54 Stimmen.	
Vereinzelte:	3

Liebe Barbara, herzliche Gratulation zu Deiner Wahl. Und ich freue mich, auch mit Dir dieses Amtsjahr gestalten zu können. (*Applaus*)

Damit sind wir fertig mit dem konstituierenden Teil und gehen weiter in der Traktandenliste.

Fraktionserklärungen

Ratspräsidentin M. Sorgo: Bevor wir zum Traktandum 6 betreffend Parkraumplanung kommen, möchte ich gerne Urs Hofer das Wort geben für die bereits angekündigte Fraktionserklärung.

U. Hofer (FDP): Wir konnten heute lesen «Anwohner wehren sich gegen die Blaue Zone». Und gerade heute werden wir wieder mehrere Stunden – das ist zu befürchten – über Parkplätze und deren Bewirtschaftung diskutieren. Die Debatte wird voraussichtlich verhärtet sein und den Anschein machen, als gäbe es nur schwarz und weiss. Deshalb ist es lohnenswert, wenn wir wieder einmal die Gemeinsamkeiten hervorheben würden. Auch wir wollen, ausser bei Besuchern, keine quartier- und stadtfremde Parkierer in den

Quartieren. Auch wir wollen die Quartierstrassen von unnötigem Verkehr befreien. Und auch wir wollen den ÖV stärken. Das wären eigentlich sehr grosse Gemeinsamkeiten, wo wir zusammen etwas aufbauen könnten.

Wo liegen die Unterschiede? Ich habe das Gefühl, wir leben ein bisschen mehr in der Realität und anerkennen auch die Bedeutung des MIV in der heutigen Realität, neben der unumstrittenen Bedeutung des ÖV. Vor dieser Ausgangslage wollen wir ein Miteinander und kein Gegeneinander. Und wir stehen für eine ehrliche Politik. Wenn wir sagen, wir wollen den ÖV stärken, dann meinen wir das auch so und sagen z.B. Ja zur Querung Grüze und verstecken uns nicht hinter Scheinargumenten, wie es z.B. beim schleppenden Vorgehen zur Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grüze andauernd passiert. Und wir stehen für eine Sachpolitik, die auf Fakten und Argumenten abstellt.

Jetzt sprechen wir über blaue Zonen und diesen Artikel. Realitätsbezug: In der Realität hat ein Grossteil der Winterthurer Bevölkerung immer noch ein Auto, insbesondere Familien. Und das wollen und müssen sie irgendwo parkieren. In der Realität beschränkt sich der auswärtige Pendler- und Parkierungsdruck auf wenige Quartiere und Orte. Wenn man nun aber wie z.B. Breite-Heiligberg überall blaue Zone einzeichnet, wird nicht ein bestehendes reales Problem gelöst, sondern überhaupt erst das Problem geschaffen.

Schaut man die Ehrlichkeit an, die Kommunikation: Am Anfang stand das Verbrechen – das war ein Freud'scher – das Versprechen, dass man nur dort blaue Zone machen will, wo ein Pendler- und Parkierungsdruck besteht. Dann wurde das durch das Versprechen abgelöst, dass man neu alles zu blauer Zone erklären will, aber nur dort blaue Zone einzeichnen will, wo es wegen dem Parkierungsdruck oder wegen sicherheitstechnischen Bedenken notwendig ist. Heute ist die Aussage zu lesen: Wir machen überall blaue Zone und wir zeichnen überall blaue Zone ein. Klar ist: Ein Einzeichnen führt unweigerlich zum Abbau von Parkplätzen.

Fazit: Die Kommunikation war irgendwie unehrlich. Wenn man unehrlich kommuniziert, muss man im Rat die kommunizierten Absichten hinterfragen. Und da haben wir leider, wie schon immer, die Befürchtung, dass man schlichtweg die Anzahl Parkplätze reduzieren will.

Sachpolitik: Die vorgebrachten Argumente mit dem Pendler- und Parkierungsdruck leuchten ein, deshalb stehen wir uneingeschränkt hinter der Einführung und Einzeichnung von blauer Zone dort, wo das nachgewiesen ist. Aber wenn man das nun überall macht und ganz ohne jeden Nachweis, dann passiert folgendes: Jeder, der noch ein Auto hat oder jede Familie, die z.B. bei sich keinen Parkplatz bauen durfte, wird nun jeden Abend auf eine 10minütige Suche nach einem freien Parkplatz gehen und dadurch mehr statt weniger Verkehr und mehr statt weniger Parkierungsdruck in den Quartieren verursachen. Das ist das Resultat, wenn man unabhängig von Fakten regiert und politisiert.

Zuletzt bedauern wir ganz offensichtlich, dass die Diskussionskultur irgendwie ein bisschen verloren ging. Es fällt generell auf, dass es einige Rekurse gegeben hat in letzter Zeit gegen die Massnahmen des Baudepartements. Stadthausstrasse, Verkehrsberuhigung Oberfeld-Neuwiesen, jetzt blaue Zone. Und das immer durch eine Vielzahl von Leuten, nicht nur einzelne. Einzelne kann es immer geben, das kennen wir. Aber so viele Leute – das muss doch hellhörig machen. Ein Kritikpunkt zieht sich durch das Band: Man kritisiert, dass man mit den Betroffenen im Vorfeld gar nicht oder zu wenig gesprochen hat. Es stellt sich dann für mich die Frage, ob der Verweis auf den Rechtsweg wirklich die Art und Weise ist, wie man Winterthur regieren und gestalten will.

Darum den folgenden Appell: Vergesst bitte nicht bei der kommenden Debatte die Gemeinsamkeiten. Wenn man es dann schaffen würde, einen kleinen Schritt auf die andere Seite zuzugehen und mit Sachargumenten zu diskutieren, dann müssten wir in Winterthur gar nicht jahrzehntelang über Parkplätze streiten, zumindest nicht mit der FDP, denn auch wir sind es eigentlich leid.

Wenn das aber nicht passiert, müssen wir uns halt weiterhin für diejenigen Winterthurer einsetzen, die nach wie vor in der Realität leben.

Stadträtin Ch. Meier: Ich bin nicht sicher, ob ich alles richtig verstanden habe (aus akustischen Gründen), aber ich versuche auf das einzugehen, das ich verstanden habe.

Dass wir eine flächendeckende blaue Zone einführen, das ist kein neuer Plan. Das ist Teil des städtischen Gesamtverkehrskonzepts und der Entscheid zur Einführung von flächendeckender blauer Zone hat mein Vorgänger, Josef Lisibach, gefällt.

Wir haben jetzt angefangen mit drei Pilotzonen, die wir gerne dieses Jahr umsetzen möchten. Dazu muss ich sagen: Aus zwei dieser Zonen haben wir ausschliesslich positive Rückmeldungen erhalten. Die kommen einfach ein bisschen weniger an die Medien. Aus einer Zone, nämlich Zone 21 im Breite-Vogelsang-Quartier, dort gab es jetzt tatsächlich einige kritische Rückmeldungen, auch Ankündigungen von Rekursen. Auch dort haben wir aber auch etliche positive Rückmeldungen bekommen. Das ist mir einfach noch wichtig, um es auch ein bisschen einordnen zu können.

Wir haben mit den Quartiervereinen etliche Gespräche geführt. Gerade vor 3 – 4 Wochen, ich weiss das Datum nicht mehr ganz genau, hat ein Gespräch auch mit mir stattgefunden. Und meine Fachleute haben im Vorfeld etliche Gespräche mit den Quartierbewohnerinnen und -bewohnern aus dem Breite-Quartier geführt.

Mir ist einfach wichtig, an dieser Stelle zu sagen: Es wird jetzt auch über die Medien kolportiert, dass ca. 50% der Parkplätze wegfallen würden. Das stimmt absolut nicht. Im Gegenteil: Es werden mehr eingezeichnete Parkplätze sein in diesem Quartier. Zurzeit haben wir ca. 310 eingezeichnete Parkplätze, das sind blaue und weisse. Mit der neuen Gestaltung werden es ca. 430, also 120 Parkplätze mehr sein. Was wegfällt ist die Möglichkeit, ausserhalb der markierten Parkplätze zu parkieren. Das müssen wir in diesem konkreten Fall machen, weil wir gezwungen sind, die Verkehrssicherheitsstandards anzuwenden. Sobald wir in einem Quartier etwas machen, müssen wir diese Standards anwenden. Diese wären eigentlich schon lange gültig, aber solange man nichts macht, kann man ein Auge zudrücken. Und dort, wo es zukünftig nicht mehr möglich sein wird, ausserhalb von markierten Parkplätzen zu parkieren, das ist dort, wo die Verkehrssicherheitsstandards nicht erfüllt sind. Das heisst, Sichtweiten nicht gewährleistet sind oder die Strassenbreite nicht breit genug ist, damit z.B. Blaulicht-Organisationen hinderungsfrei durchfahren können. Das sind die Parkplätze, die wegfallen. In der Summe sind es nicht weniger Parkplätze, sie sind einfach anders angeordnet. Das ist mir einfach noch wichtig zu sagen.

Und dann vielleicht noch zum Punkt, dass im Breite-Quartier angeblich nicht so viele Pendlerinnen und Pendler parkieren. Im Vergleich zu anderen Quartieren stimmt das, wir haben Zählungen gemacht. Es hat auch dort einige Pendlerinnen und Pendler. Es sind nicht gleich viele wie in den noch stadtnäheren Quartieren. Wichtig ist da aber, dass wir noch ein bisschen weiterdenken. Wir sagten, wir machen eine flächendeckende blaue Zone. Das heisst, wenn wir solche Quartiere, in denen im Moment noch nicht so viele Pendlerinnen und Pendler unterwegs sind, nicht in die blaue Zone nehmen würden, dann würde sich das einfach dorthin verlagern. Und das ist sicher nicht das, was im Sinne der Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner ist.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Damit fahren wir weiter beim Geschäft Parkraumplanung.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2019.130: Umsetzung des Konzepts Parkraumplanung und Anpassung relevanter Erlasse: Erlass von drei neuen Verordnungen zur Parkplatzbewirtschaftung (ME.14.34)

Ratspräsidentin M. Sorgo: Umsetzung des Konzepts Parkraumplanung und Anpassung relevanter Erlasse: Erlass von drei neuen Verordnungen zur Parkplatzbewirtschaftung (ME.14.34).

Wir fahren weiter bei der Behandlung des Geschäfts. Wir werden, wie letztes Mal schon geplant, zuerst die Detailberatung von allen drei Synopsen machen und abschliessen und dann die Schlussabstimmung über jede Synopse einzeln durchführen.

Wir sind letztes Mal stehengeblieben bei Art. 5 Abs. 1 lit. b. Wir konnten letztes Mal noch den FDP-Antrag dazu behandeln und kommen jetzt dort zu den weiteren Anträgen.

Ich würde vorschlagen, dass wir die beiden Anträge von Mitte/EDU und der SP zusammen beraten, weil sie zum gleichen Absatz sind. Falls es da noch weiteren Diskussionsbedarf gibt. Das Wort haben zuerst die Fraktionssprecher. Andreas Geering, Du sprichst für Mitte/EDU?

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich möchte den Antrag zur VGP (Verordnung Gebührenparkierung) Art. 5 Abs. 1 lit. b begründen resp. zum entsprechenden Anhang 2 dieser Karte, die jetzt auch eingeblendet ist. Es geht um die Grösse dieser Zentrumszone Neuhegi. Seit mehr als zehn Jahren beschäftige ich mich intensiv mit der Entwicklung und Planung im Gebiet Neuhegi-Grüze. Ich habe schon viele Karten gesehen in diesem Zusammenhang, noch nie aber eine Karte mit dieser Grösse, mit dieser Ausdehnung für das Gebiet gesehen. In der vergangenen Sitzung wurde gesagt, man könne diese Karte gar nicht anders zeichnen, es gäbe einen Zusammenhang zur BZO und der PPVO und zum kantonalen Zentrumsgebiet. Nur ist es aber so, dass diese Karte aber bei jeder der genannten Gebietszuweisungen anders aussieht. Ich habe die Karten auf diese Sitzung hin wirklich nochmals genau angeschaut. Keiner der genannten Pläne deckt sich mit der hier vorgeschlagenen Ausdehnung der Zentrumszone Neuhegi. Hätte ich mich beim vorliegenden Antrag auf die Grenze gemäss Reduktionsgebiet in der PPVO referenziert, wäre die beantragte Zone in der Grüze noch wesentlich kleiner geworden, als das, was wir heute wollen.

Hier soll eine Zentrumszone festgelegt werden, die bis hinter das Ohrbühl geht. Selbst die Zivilschutzanlagen am Waldrand, wo sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen, wird noch in der Zentrumszone liegen, mit zusätzlicher Benutzungsgebühr auf den Parkplätzen. Dies ist absurd. Auch weite Teile des alten Dorfkerns Hegi werden parkierungstechnisch zur Zentrumszone geschlagen, obwohl man dort näher an den Rebbergen von Hegi ist als am Zentrum von Neuhegi. Wir haben mit dieser ausladenden Zentrumszone wirklich eine Anwärtlerin für den «Gaaz-na-Priis». Wir wollen eine Zone mit vernünftigen Ausmassen und beantragen die Reduktion gemäss dem Plan, der aufgelegt ist: Die Reduktion auf das orange Gebiet. Das wäre im Osten: Rümiker-, Ohrbühl- und Seenerstrasse und im Norden: Eulach, Hegifeldstrasse und Frauenfelder-SBB-Linie.

Vielen Dank für die Unterstützung.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Das Wort hat der Fraktionssprecher der SP, Felix Landolt, zur Begründung des Antrags der SP.

F. Landolt (SP): Es geht um dieses Bild, um Töss, es geht nicht um Hegi. Wenn man in der Vernehmlassung nachgelesen hat, die 2019 durchgeführt wurde, dann ist eigentlich klar, dass die Verbände (z.B. agil-mobil), die sich für den MIV einsetzen, eigentlich eine Verkleinerung der Zentrumsgebiete und der Quartierzentren wünschen. Und andere Interessensvertretungen wie z.B. «Winti Mobil – stadtverträglich unterwegs» eher eine Vergrösserung.

Stellvertretend dafür beantragen wir eine leichte Vergrösserung und Arrondierung des Gebiets im Quartierzentrum Töss. Quartierzentren beruhigen ein Gebiet und fördern ein autoarmes und aktives Quartierleben. Das gibt Raum und Möglichkeiten für eine aktive Quartierentwicklung und belebt ganz grundsätzlich die betreffenden Quartiere. Wir bitten um Unterstützung.

Ich möchte noch etwas sagen zum Antrag der EDU resp. der Mitte-Partei. Wir wurden gerade am Freitag mit einem neuen Bauvorhaben an der Ohrbühlstrasse konfrontiert. Das ist dort hinter dem Kreisel. Das ist im Moment noch ein unbebautes Gebiet, es wird Landwirtschaft betrieben dort. Und wenn man diese Pläne angeschaut hat, die zur Vernehmlassung resp. für Einwendungen auf dem Netz sind, dann sind das beträchtliche Überbauungen. Es ist ein gemischtes Gebiet. Das zeigt, dass man mit dem Einzeichnen der Zonen eben auf längere Frist denken muss und zukünftige Entwicklungen vorwegnehmen muss. Und deshalb finde ich die

Zone, wie sie da vergrössert ist, richtig. Das Beispiel der neuen Überbauung an der Ohrbühlstrasse beweist das. Ich bitte um Ablehnung vom Antrag der Mitte und um Zustimmung bei unserem Antrag.

M. Zehnder (GLP): Wir von den Grünliberalen haben die Pläne genauer angeschaut und sind der Meinung, dass die Verwaltung hier eine Vorlage präsentiert hat, die wir unterstützen können. Wir sehen da keinen Nutzen dahinter, wenn man die Zone von Neuhegi kleiner macht, gerade weil dort noch stark gebaut wird und wir, wie es Felix eben gesagt hat, auch sehen, dass dort neue Zonen entstehen, die wir so bewirtschaften wollen. Was wir aber nicht unterstützen, ist, dass man in Töss die Zone noch viel grösser macht als sie von der Verwaltung vorgeschlagen wurde. Wir sehen dort den Nutzen nicht von einer Vergrösserung. Deshalb werden wir beide Anträge, die da gestellt wurden, nicht unterstützen. Wir bleiben beim stadträtlichen Antrag.

K. Frei (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL unterstützt den Stadtratsantrag. Auch wir sind der Ansicht, dass die vorgeschlagene Grenzziehung sinnvoll ist. Es sind nämlich Nutzungen, die in dieser Zone drin sind, die mit dem Mitte/EDU-Antrag dann nicht mehr drin wären, die durchaus publikumsintensiv sind, z.B. den Fussballplatz Hegi-Talacker im Nordwesten, die hochpreisige Wohnüberbauung «Am Eulachstrand» im Norden bis zu den Mischnutzungen im Osten und Südosten etwa mit mittleren und grösseren KMUs, der Schiessanlage Ohrbühl und auch die grösseren Sporthallen an der Seenerstrasse. Warum genau so hochfrequentierte Orte neu nicht zur Zentrumszone gehören sollen, verstehen wir nicht. Deshalb lehnen wir den Antrag ab. Den Antrag der SP lehnen wir auch ab. Wir denken, dass es das hier nicht braucht. Wir danken Ihnen deshalb auch da für die Unterstützung der Ablehnung.

M. Reinhard (SVP): Wir von der SVP unterstützen den Antrag Mitte/EDU zur verkleinerten Zentrumszone Neuhegi. Und das aus verschiedenen Gründen: Die vorliegende Zone ist wirklich schlicht und einfach zu gross. Es reicht eigentlich ja nicht, dass Neuhegi als Zentrumszone und nicht als Quartierszone ausgebildet wird, nein, sie ist auch noch überdimensioniert. Im Übrigen kann man sich eigentlich nur den Begründungen des Kollegen anschliessen. Zum SP-Antrag: Der vorliegende Vorschlag ist völlig ausreichend. Da kann man sich nur der Fraktionserklärung von Urs Hofer anschliessen: Einfach ein bisschen beim Realitätssinn bleiben und jetzt aufhören mit Verschlimmbessern.

R. Heuberger (FDP): Die FDP hat letztes Mal beantragt, dass man die Zentrumszone Neuhegi in eine Quartierszone umwandelt. Diesem Antrag kam dieser Rat nicht nach. Das hat die Konsequenz, dass es in Neuhegi nur weisse, teuer bewirtschaftete Parkplätze geben wird, auch für die Anwohner und Besucher. Und deshalb haben wir auch ein Interesse daran, dass das Gebiet, wo das zum Zug kommt, möglichst klein gehalten wird. Und deshalb werden wir dem Antrag der Mitte/EDU-Fraktion zustimmen. Dem Antrag der SP werden wir sicher nicht zustimmen. Eine weitere Ausdehnung der Gebiete, die bewirtschaftet werden, kommt für uns nicht in Frage.

M. Bänninger (EVP): Wir von der EVP lehnen beide Anträge ab und unterstützen den Stadtratsantrag.

M Wackerlin (PP/SVP): Als Anwohner, glücklicherweise knapp ausserhalb der roten Zone, möchte ich schon noch darauf hinweisen: Die angeblich so stark frequentierte sogenannte Zentrumszone, die alles andere ist, aber keine Zentrumszone, mit ihren Ladengeschäften... Dort geht ein Geschäft nach dem anderen zu und Konkurs. Zum Beispiel das Blumengeschäft, von dem wir letztes Mal gesprochen haben. Vergesst das - das ist keine Zentrumszone.

Und die Einzeichnung von Andreas Geering, die er gemacht hat mit dem orangen, macht wesentlich mehr Sinn. Wenn überhaupt.

Stadträtin K. Cometta: Zuerst zur Zentrumszone Neuhegi: Das Gebiet ist definiert nach dem kantonalen Zentrumsgebiet und dem Ergänzungsplan zur Bau- und Zonenordnung. Und in diesem Fall kann man aber auch anschauen, wie das Gebiet verkehrlich erschlossen ist. Es gibt den Bahnhof Oberwinterthur, Grüze und Hegi, und deshalb macht es für den Stadtrat Sinn, die Gebiete in unmittelbarer Bahnhofsnähe auch diesem Zentrumsgebiet zuzuschlagen. Alles andere würde auch dem Ziel der Modalsplitveränderung schaden. Zum Quartierszentrum Töss ist vielleicht noch zu sagen, dass die Ausweitung in ein Industrieareal nicht zielführend ist und auch die Ausweitung auf reine Wohngebiete ohne publikumsorientierte Nutzungen nicht Sinn macht. Dort entspricht eine blaue Zone dem Gebietscharakter viel mehr. Und deshalb bleibt der Stadtrat bei seinem Vorschlag.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Bevor wir dann gleich einzeln über die zwei Anträge abstimmen, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass die Veränderungen im Plan, die da jetzt aufgezeichnet/eingezeichnet sind, bei einer Annahme des Antrags natürlich dem Protokoll beigelegt würden. Und, wenn einer oder beide Anträge angenommen würden, dass das beim Mitte/EDU-Antrag den Anhang 2 verändern würde und beim Antrag der SP den Anhang 3.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag zu Art. 5 Abs. 1 lit. b von Mitte/EDU zustimmen möchte, soll bitte jetzt die Hand erheben.

Wer den Antrag ablehnen möchte, soll bitte jetzt die Hand erheben.

Sie haben diesen Antrag klar abgelehnt.

Wer den Antrag der SP zu Art. 5 Abs. 1 lit. c annehmen möchte, soll jetzt die Hand erheben.

Und wer diesen Antrag ablehnen möchte, soll jetzt die Hand erheben.

Auch diesen Antrag haben Sie klar abgelehnt.

Art. 5 Abs. 3: Da gibt es einen Kommissionsantrag. Ich bitte den Kommissionssprecher Martin Zehnder, diesen Antrag vorzustellen.

M. Zehnder (SSK): Es geht um eine Kleinigkeit. Wir haben in der Kommissionssitzung gefragt, was denn mit den Quartierzentren passiert, wenn da klar steht, dass die Zentrumszonen ausschliesslich gebührenpflichtige Parkplätze anbieten. Anscheinend ist es dann juristisch klar, was das dann für die anderen Zonen bedeutet, aber wir fanden, es lesen das ja nicht nur Juristen, sondern auch Leute, die vielleicht nicht mit der Fähigkeit ausgestattet sind, Ausklammerungsverfahren und solche Sachen darauf abbilden zu können. Es würde der Präzisierung dienen und es wäre einfacher lesbar, wenn man da etwas, das zwar juristisch logisch ist, trotzdem noch im Text halten würde. Der Antrag ist, dass man einen zusätzlichen Satz hinzufügt: «In den Quartierzentren können monetäre oder zeitlich bewirtschaftete Parkplätze geschaffen werden.» Der Artikel wurde 8:1 in der SSK angenommen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Schliesst sich der Stadtrat dem Kommissionsantrag an?

Stadträtin K. Cometta: Ja, der Stadtrat kann sich der redaktionellen Änderung anschliessen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Ist noch von jemandem das Wort gewünscht? Wenn es jetzt keine Gegenstimmen gibt und der Stadtrat sich dem Kommissionsantrag anschliesst, dann haben Sie diesen Kommissionsantrag angenommen.

Ich wurde noch darauf hingewiesen, dass ich vorhin ein bisschen zu schnell durch das Geschäft gerattert bin und alle die Ziffern übersprungen habe, zu denen es keinen Antrag gibt. Deshalb nochmals zurück.

Art. 5 Abs. 1 lit. d (Quartierszentrum Wülflingen), lit. e (Quartierszentrum Seen) und lit. f (Quartierszentrum Oberwinterthur): Es liegen keine Anträge vor.

Art. 5 Abs. 2: Kein Antrag bekannt.

In diesem Fall haben wir den Art. 5 abgeschlossen und kommen zu Art. 6, Übriges Stadtgebiet: Für alle, die noch die Papierversion vom letzten Mal dabei haben, möchte ich darauf hinweisen, dass dort ein Kommissionsantrag fehlt, der dort leider untergegangen war. In der Online-Version, die letzten Freitag verschickt wurde, ist dieser Antrag aber aufgeführt.

Gleichzeitig liegt da noch ein SVP-Antrag vor. Die beiden Anträge betreffen beide Abs. 3. Zum Abs. 1 und Abs. 2 sind mir keine Anträge bekannt. Ich schlage vor, dass wir alle Anträge zum Abs. 3 gemeinsam diskutieren und gebe das Wort zuerst dem Kommissionssprecher Martin Zehnder das Wort und danach dem Fraktionssprecher der SVP.

M. Zehnder (SSK): Es geht um den 3. Punkt von Art. 6. Es wird dort erwähnt, dass es spezielle Zielorte gibt, wo längerfristiges Parkieren auch zu einer höheren Benutzungsgebühr führen soll. Wir haben während der Kommissionssitzung gefordert, eine Liste zu bekommen, damit wir schauen können, was überhaupt Zielorte sein könnten. Und wir haben zuerst gedacht, wir könnten diese Zielorte dann in dieser Verordnung auflisten. Wir konnten uns dann aber in der Kommissionsarbeit darauf einigen, dass wir einen zusätzlichen Satz einbringen. Und zwar soll zusätzlich geschrieben werden: «Als spezielle Zielorte gelten insbesondere stark frequentierte Ausflugsziele und Sportanlagen.»

Das ist der Antrag der Kommission. Es gibt noch einen anderen Antrag der SVP dazu.

M. Reinhard (SVP): Die sogenannten «speziellen Zielorte» sollen in der Verordnung transparent ausgewiesen werden. Es ist nicht schlüssig, weshalb sowohl Stadtrat als auch die Kommission da keine Auflistung der entsprechenden Orte mit höheren Parkgebühren wollen. Was sind die Absichten dahinter? Geht es lediglich darum, inskünftig alle möglichen, halbwegs speziellen Orte mit höheren Parkgebühren zu belegen, ohne dass man das begründen und vor allem vor dem Volk vertreten muss? Man darf durchaus vermuten, dass mit diesem Freipass-Artikel auf dem ganzen übrigen Stadtgebiet Dutzende spezielle Zielorte erfunden werden, um auch dort mehr Gebühren einzunehmen.

Verstehen Sie mich richtig: Wir sind nicht dagegen, dass an wohl überlegten und begründeten Orten diese Regelung eingeführt wird. Aber mit Augenmass und Vernunft – und vor allem transparent.

Natürlich sind beliebte Hotspots wie der Reitplatz, Wildpark Bruderhaus, Breite, Schützenweiher im Fokus und dort braucht es diese Massnahmen auch unbestritten. Dem würden wir sogar zustimmen. Aber damit hat es sich dann auch. Und der Stadtrat soll nicht plötzlich in Eigenregie alle Friedhöfe, grössere Kinderspielplätze, Walcheweiher und was wir noch an weiteren schönen beliebten Orte in Winterthur haben, festlegen können. Das ist Sache des Gemeinderats. Ich danke Ihnen deshalb für die Unterstützung dieses Änderungsantrags und Ablehnung des Kommissionsantrag.

B. Helbling (SP): Es ist uns von der SP sehr wichtig, dass an diesen speziellen Zielorten auch eine Benutzungsgebühr festgelegt werden kann. So kann eine Lenkung erreicht werden, wenn an einem speziellen Ort ein hoher Parkierungsdruck entsteht. Wenn dieser Absatz fehlen würde, könnten wir bei speziellen Zielorten nur noch die Kontrollgebühr einfordern. Wir finden es aber nicht zielführend, jetzt schon fixe Zielorte in die Verordnung hineinzuschreiben. Jede Änderung dieser speziellen Zielorte würde sonst eine Teilrevision mit einem kompletten Revisionsverfahren von der VGP verlangen. Entweder sind es sehr wenige festgeschriebene Zielorte, wie es im Antrag der SVP gefordert wird, oder es sind sehr viele. Das hat das verwaltungsinterne Verfahren gezeigt, das zu einer langen Liste führte, wo der Parkierungsdruck in Zukunft vermutet wird.

Wir haben deshalb in der SSK eine Ergänzung zum Abs. 3 vorgesehen. Und wie wir jetzt gerade gesehen haben (deshalb war vorhin die SSK-Präsidentin bei mir), haben wir diesen noch ein bisschen klarer formuliert, als er jetzt hier formuliert ist. Und zwar sagten wir: «Als spezielle Zielorte gelten stark frequentierte Ausflugsziele, Sportanlagen etc.». Das ist jetzt da herausgefallen, dieses «etc.».

Wir sind überzeugt, dass der Stadtrat die speziellen Zielorte mit Bedacht wählen wird im Wissen darum, wie viel mediale Aufmerksamkeit alles erhält, was mit Parkierung respektive Gebührenerhebung zu tun hat. Und deshalb bitten wir darum, das man beim SSK-Vorschlag bleibt und dort das «etc.» noch ergänzt.

U. Bänziger (FDP): Mit der diffusen Bezeichnung «spezielle Zielorte» öffnen wir Tür und Tor dafür, dass der Stadtrat in eigener Kompetenz die Gebühren für das Parkieren in der Stadt an einzelnen Orten massiv erhöhen kann. Dies sind gemäss Ansinnen des Stadtrates ausgerechnet Orte, an welchen sich die Bevölkerung besonders gerne aufhält. Wir werden deshalb dem Ergänzungsantrag der SVP zustimmen und den Kommissionsantrag ablehnen.

K. Frei (Grüne/AL): Mich erstaunt das Misstrauen schon etwas, das gerade vom FDP-Sprecher gekommen ist. Ich finde es ein bisschen schade. Ich denke wirklich, eine solche abschliessende Festlegung der Zielorte ist nicht zielführend. Wir haben das so lange und breit in der Kommission diskutiert und nach mehreren Diskussionsschleifen sind wir zum Schluss gekommen, dass das starr und nicht zeitgemäss ist. Und ich denke wirklich, dass wir dem Stadtrat dieses Vertrauen und diese Freiheit geben können. Und wir sind überzeugt, dass er das zum Wohl von allen mit viel Umsicht und Verantwortung verwalten wird und die Liste nicht einfach beliebig und nach Lust und Laune erweitert werden wird. Danke vielmals, wenn Sie mit uns den SVP-Antrag ablehnen und den Stadtratsantrag annehmen.

B. Huizinga (EVP): Spezielle Zielorte sind je nach Bevölkerungsgruppe, Jahreszeit und Aktivitätenmöglichkeiten sehr unterschiedlich gewichtet und dem zeitlichen, baulichen Wandel unterworfen. Es scheint uns als EVP deshalb nicht zielführend, diese bereits im Erlass festgelegt zu haben. Die speziellen Zielorte soll der Stadtrat vom Gesetz ausgeschlossen definieren und somit den zukünftigen Entwicklungen Rechnung tragen können. Bea Helbling hat es vorhin schon ausgeführt, was es mit sich bringen würde, wenn wir diese dann immer wieder ändern müssten.

Wir lehnen den SVP-Antrag ab, obwohl uns spontan locker 13 Ziele einfallen würden, die wir mit exorbitant hohen Benutzungsgebühren festlegen würden. Wir folgen dem Kommissionsantrag.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion unterstützt den SVP-Antrag und lehnt den Kommissionsantrag ab. Wir sehen grundsätzlich den Bedarf an speziellen Zielorten und deshalb unterstützen wir es auch, dass mit dem SVP-Antrag eine gewisse Anzahl von Zielorten aufgezählt wird. Wir sind aber explizit der Meinung, dass die Festlegung von speziellen Zielorten ein politischer Entschluss sein muss, der die höhere Benutzungsgebühr am Zielort festlegt. Deshalb soll eben das Parlament diese Zielorte festlegen.

Künftige neue spezielle Zielorte soll der Stadtrat nicht in eigener Kompetenz ausscheiden, sondern dem Parlament mit einem Änderungsantrag zu dieser Verordnung zur Genehmigung vorlegen. Es geht eben wirklich genau darum, das hat Bea richtig gesagt, dass wir wollen, dass es eine Änderung der Verordnung bedeuten würde, wenn man einen neuen Zielort oder mehrere neue Zielorte festlegt. Weshalb wollen wir das? Weil wir wollen, dass es politisch diskutiert wird, wenn an einer neuen Ecke der Stadt die zusätzlichen Benutzungsgebühren eingeführt werden. Das hat zwei Ziele: Zum einen ist es dann politisch legitimiert, politisch diskutiert und hat zumindest im Grossen Gemeinderat eine Mehrheit. Zum zweiten ist es dann dem fakultativen Referendum unterstellt und die Bevölkerung kann, wenn sie dann will, sich zu einem Zielort äussern.

Wenn wir das nicht machen, laufen wir in Gefahr, dass künftige Zielorte, die der Stadtrat in eigener Kompetenz festlegt, einfach umso stärker mit Rekursen belegt werden. Das Pushen, indem man das offen lässt, kann später auch einmal eine Retourkutsche sein, wenn man die Zielorte festlegen möchte. In dem Sinn machen wir Euch wirklich sehr stark beliebt, dass man die Kompetenz, wo diese Zielorte sind, beim Gemeinderat hat. Und entsprechend den Antrag der SVP unterstützt.

M. Reinhard (SVP): Ich muss wirklich noch schnell auf die Kommissionspräsidentin replizieren. «Wir sind in der Kommission zum Schluss gekommen, nach konstruktiven Diskussionen, dass das Sinn macht» - ganz so war es also schon nicht. Das ist auch bei der Eintretensdebatte klar herausgekommen. Die Mehrheit der Kommission ist zum Schluss gekommen - und zwar aus ganz anderen Hintergründen – dass sie diese Kompetenz beim Stadtrat haben will und, wie es Andreas Geering ausgeführt hat, jegliche politische Diskussion und Einbezug der Bevölkerung damit umgehen will. Das ist einfach Tatsache.

M. Zehnder (GLP): Wir von den Grünliberalen unterstützen den Antrag so, wie er aus der Kommission gekommen ist. Wir sehen nicht ein, weshalb man eine Verordnung so aufbauen sollte, dass bei einer Änderung dieser Plätze, bei denen man zusätzliche Gebühren erheben möchte, gerade über eine Änderung der Verordnung abgestimmt werden muss. Im Übrigen zum Thema Transparenz: Wir haben einen SVP-Antrag, der jetzt fünf solche speziellen Zielorte ausweist. Aber wir haben in der Kommission eine Liste bekommen, die locker 20 solche Zielorte ausweist. Das heisst, wir haben jetzt schon vorprogrammiert 15 zusätzliche Abstimmungen und jedes Mal noch das Referendum dazu, um vielleicht bei den Friedhöfen oder beim Technorama oder bei einem Bahnhof auch noch einen solchen Zielort definieren zu dürfen.

Wir sind als Grünliberale grundsätzlich auch der Meinung, dass man prinzipiell dem Stadtrat stark auf die Finger schauen sollte und wir wollen wirklich nicht, dass der Stadtrat unheimlich viel Kompetenzen einfach übernimmt und wir dann nichts mehr zu sagen haben. Wir von der GLP sind kritisch, wenn der Stadtrat etwas macht, aber beim Definieren von Zielorten wollen wir wirklich nicht jedes Mal ein Referendum über uns ergehen lassen.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Es ist richtig, wir haben das in der Kommission breit diskutiert und hatten dann die Mehrheiten, die wir auch in den Schlussabstimmungen haben. Wir haben eine Weile lang sogar eine Mehrheit gehabt, die sagte, die Zielorte sollen in der Verordnung bezeichnet werden. Und dann, wie es gesagt wurde, kam eine Liste aus der Verwaltung mit ca. 20 Zielorten. Das heisst, wenn man den Änderungsantrag ablehnt und dem Kommissionsantrag folgt, werden wir innerhalb relativ kurzer Frist 20 zusätzliche Zielorte haben in der Stadt. Und mittelfristig werden es mehr als 20 sein. Ich schätze da jetzt keine Zahl, aber es werden mittelfristig mehr als 20 zusätzliche Zielorte sein. Und langfristig werden die Karten, von denen wir heute zwei beim letzten Artikel diskutiert haben, hinfällig sein, weil die Zielorte an die Zentrums- und Quartierzentrumszonen heranwachsen werden und an die Stadtrandzonen hinauswachsen. Das ist das Szenario, das so weitergespielt werden kann, bis schlussendlich die ganze Stadt spezieller Zielort ist.

Das würde ich jetzt dem Stadtrat in der jetzigen Legislatur noch nicht unterstellen, ist aber grundsätzlich, wenn man die Verordnung so formuliert, möglich. Und weil wir das nicht wollen und weil wir den politischen Diskurs wollen über die Zielorte, ist der Antrag so, wie er von der SVP gestellt wurde, richtig und gut und unterstützenswürdig.

M. Reinhard (SVP): Ich muss wirklich noch schnell auf Martin Zehnder zurückkommen. Wir wollten eine ausgewogene, politisch diskutierte Liste. Das hat die Kommissionsmehrheit verhindert. Und dass Du das jetzt im Rat beklagst, verstehe ich aufgrund dieses Umstands nicht. Wir hätten in der Kommission die Chance gehabt, uns über eine Liste, die 10, 15, 20 Orte enthält, zu einigen. Man wollte das nicht. Also könnt Ihr jetzt im Rat nicht sagen «ist schon noch schade».

M. Wackerlin (PP/SVP): Es ist gut, dass ich vor Martin dran bin, denn ich wollte auch zu ihm noch Stellung nehmen. Lieber Martin, wenn wir das jetzt annehmen, dann gibt es nicht zu jedem ein Referendum, sondern nur zu denen, die politisch umstritten sind. Und genau dort wollen wir ja auch ein Referendum. Also wenn wir da Ja sagen, dann kommt es gut.

M. Zehnder (GLP): Herr Reinhard, ich habe nicht gesagt, dass ich es schade finde, dass wir das so haben. Sie haben sich da etwas seltsam geäussert. Aber ich bin der Meinung, dass es nicht sein kann, dass wir in einer Verordnung abschliessende Listen drinhaben und wissen, dass diese Listen ergänzt werden können. Und die Ergänzung der Liste wird über ein Gremium von 7 StadträtInnen erstellt. Und wenn Ihr dann das Gefühl habt, dass diese Stadträte etwas machen wollen, das alle Gemeinderäte oder viele Gemeinderäte nicht gut finden und das Volk sowieso nicht, unterstellt Ihr dem Stadtrat auch eine gewisse Unfähigkeit. Und das finde ich da nicht in Ordnung.

Wir sind der Meinung, dass auch der Stadtrat vom Volk gewählt ist und das Volk vertritt. Und wenn der Stadtrat sagt, wir haben neue Zielorte und wir können zeigen mit Messungen, wie viele Leute dort hingehen und wie viele Autos dort herumstehen und dass wir deshalb diese Zielorte ein bisschen teurer machen wollen – dann denke ich, müssen wir dem Stadtrat so weit Vertrauen geben.

Im Übrigen: Wenn Herr Geering findet, dass es eine Gefahr ist, dass die ganze Stadt zu einem speziellen Zielort werden soll... Ich persönlich finde, die Stadt Winterthur ist ein spezieller Zielort. Ich bin gerne da und ich brauche es nicht, dass überall Autos herumstehen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Ich übergebe das Wort der zuständigen Stadträtin zusammen mit der Frage, ob sich der Stadtrat diesem Kommissionsantrag anschliesst oder nicht.

Stadträtin K. Cometta: Ja, der Stadtrat kann sich dem Kommissionsantrag anschliessen, der Spezifizierung, was denn gemeint ist mit diesen speziellen Zielorten. Speziell heisst es eben, weil es speziell sein soll. Es soll nicht die ganze Stadt sein, es soll auch nicht jeder Kinderspielplatz sein. Und ich kann Euch versichern, dass der Stadtrat mit Augenmass solche zusätzlichen Zielorte einsetzen würde.

Das Ziel von einem speziellen Zielort ist ja eben, dass man eine Lenkungswirkung erzielen kann, wenn der Parkierungsdruck viel zu gross wird. Man sieht das z.B. beim Bruderhaus, wo es bis dato eben nicht möglich ist, noch eine Benutzungsgebühr zu verlangen und der Druck sehr gross ist. Es macht durchaus Sinn, dass die Kompetenz zum Festlegen der speziellen Zielorte beim Stadtrat liegt, denn die Welt verändert sich und man kann so flexibler reagieren auf die sich verändernde Welt.

Bea Helbling und Barbara Huizinga haben es gesagt, es würde sonst jedes Mal eine Revision dieser Verordnung brauchen. Das ist sehr aufwändig, auch für Euch als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, auch wenn es nicht bis zum Referendum gehen würde.

Es freut mich natürlich auch, wenn Martin Zehnder dem Stadtrat das Vertrauen schenkt, dass er von dieser Kompetenz mit Augenmass Gebrauch machen wird.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Jetzt müssten wir, bevor wir zur eigentlichen Abstimmung gehen, noch den Kommissionsantrag bereinigen. Ich bitte die Präsidentin der SSK, Katharina Frei, uns nochmals zu sagen, wie der Antrag nun lauten soll.

K. Frei (SSK): Im Protokoll ist festgehalten, dass Bea Helbling als Ergänzung vorgeschlagen hat: «Als spezielle Zielorte gelten stark frequentierte Ausflugsziele, Sportanlagen etc.».

Mit dem «etc.» ist es noch offen und nicht so, wie es vorhin Martin Zehnder formuliert hat mit «... Ausflugsziele und Sportanlagen.», also abschliessend. Sondern es soll heissen «Ausflugsziele, Sportanlagen etc.». Das ist die Ergänzung, wie sie im Protokoll steht.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Kann man kurz sagen, von welcher Sitzung dieses Protokoll ist, damit man überprüfen kann, dass das so beschlossen wurde? Ich kann mich nicht auswendig an diesen Beschluss im Wortlaut erinnern.

K. Frei (SSK): Es war die 61. Sitzung am 14. Dezember 2020. Die letzte Sitzung, an der wir die drei Vorlagen beraten haben.

Ratspräsidentin M. Sorgo: In dem Fall ginge es also einfach darum, dass man den Kommissionsantrag mit einem etc. am Schluss ergänzen würde.

Ist jemand gegen die Ergänzung dieses Kommissionsantrags? – Dann müssen wir darüber abstimmen.

Wer dieser Ergänzung des Kommissionsantrags um dieses «etc.» am Schluss zustimmen möchte, soll bitte jetzt die Hand erheben.

Wer diese Ergänzung ablehnen möchte, soll bitte jetzt die Hand erheben.

Gibt es noch Enthaltungen?

Sie haben mit einer Mehrheit dieser Ergänzung zugestimmt.

In diesem Fall kommen wir jetzt zur Abstimmung über diese Anträge. Wir werden den SVP-Antrag dem Kommissionsantrag gegenüberstellen.

Wer dem SVP-Antrag zustimmen möchte, soll bitte jetzt die Hand erheben.

Wer dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, soll bitte jetzt die Hand erheben.

Sie haben dem Kommissionsantrag zugestimmt und den SVP-Antrag abgelehnt.

Da sich der Stadtrat dem Kommissionsantrag anschliesst, müssen wir über die Originalweisung nicht mehr abstimmen, ausser jemand wünscht diese Abstimmung. – Dem ist nicht so. In diesem Fall haben Sie bei Art. 6 Abs. 3 den Kommissionsantrag ergänzt mit dem etc. am Schluss angenommen.

Art. 7: Keine Anträge bekannt.

Art. 8: Antrag der FDP, das Wort hat Urs Bänziger.

U. Bänziger (FDP): Die Begründung für diesen Antrag gilt ebenfalls für die entsprechenden Anträge in der Nachtparkverordnung und in der Verordnung über das unbeschränkte Parkieren in der blauen Zone.

Um was geht es? Wir stellen den Antrag, dass die Voraussetzung für ein Inkraftsetzen der Verordnung das Vorhandensein von einer elektronischen Bewilligungsplattform ist.

Es kann nicht sein, dass der spontane Besuch bei den Grosseltern oder von Freunden zum Problem wird, nur weil man keine Möglichkeit hat, eine Parkierungsbewilligung zu lösen. Bisher ist es immer noch so, dass man am Schalter entsprechende Besucherkarten abholen muss – natürlich nur während der Büroöffnungszeiten. Für berufstätige Bewohner fast unmöglich. Smart City geht anders.

Den Kredit für die Entwicklung der Plattform haben wir längst gesprochen. Mit der Umsetzung der flächendeckenden blauen Zone hat der Stadtrat, wie wir vorhin gerade gehört haben, eigentlich erst gerade angefangen, obwohl wir den Kredit dazu hier im Rat bereits im Jahr 2019 gesprochen haben.

Mit der Einführung der Gebühren können wir auch noch so lange warten, bis die elektronische Plattform zum Lösen der Bewilligungen – auch an Feiertagen, am Wochenende und nachts – möglich ist. Eigentlich erhoffen wir uns, dass heute die zuständige Stadträtin verkündet, dass das System, für welches sich die Stadt entschieden hat, das bereits jetzt kann.

Dann wäre unser Antrag inhaltlich und zu unserer grossen Freude obsolet. Wenn nicht, sind wir überzeugt davon, dass diese Regelung dafür sorgt, dass die elektronische Plattform zum Lösen der Bewilligungen prioritär und rasch umgesetzt wird. Wir bitten insbesondere die GLP, welche sich den elektronischen Fortschritt immer mal wieder auf die Fahne schreibt, diesem Antrag ebenfalls zuzustimmen, damit wir dafür eine Mehrheit erhalten können.

B. Helbling (SP): Eine elektronische Bewilligungsplattform ist für uns von der SP ebenso wichtig und richtig. Das Inkraftsetzen aber mit dem Vorhandensein dieser elektronischen Bewilligungsplattform zu verknüpfen, finden wir aber falsch oder, ich sage es anders, empfinden wir als Zwängelei. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

Es ist von Stadträtin Cometta bereits erwähnt worden: Es läuft parallel das Projekt Parkkarten-Portal. Es ist nicht Teil dieser Verordnungen. Zuerst müssen auch die rechtlichen Grundlagen für eine solche Online-Lösung nachgeführt werden, damit man es dann umsetzen kann. Da nehme ich das Beispiel der PBZ, der blauen Zonen: Für die jetzt gültige Verordnung ist z.B. festgehalten, dass der Nachweis für die Bewilligung mittels Parkkarte erbracht werden muss. Da muss also die Anpassung der neuen Verordnungen kommen, um überhaupt eine andere Art der Bewilligung einzuführen.

B. Huizinga (EVP): Ich wiederhole eigentlich jetzt gerade Ähnliches, wie Bea schon gesagt hat. Die Verordnung aus dem Jahr 2005 enthält nur die Möglichkeit, seine Parkberechtigung über das Deponieren der Parkkarte hinter der Windschutzscheibe aufzuzeigen. Um Alternativen, wie die geforderte elektronische Bewilligungsplattform im FDP-Antrag zuzulassen, muss zuerst das Gesetz, die Verordnung, geändert werden. Es ist daher total unsinnig, diesem Antrag zuzustimmen.

Natürlich sind wir als EVP nachher auch dabei, es zu unterstützen, wenn es digitalisiert wird, aber wir können nicht etwas in eine Verordnung schreiben, für das die rechtliche Grundlage noch gar nicht vorhanden ist. In dem Sinne werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

M. Reinhard (SVP): Ich komme zurück auf den sehr speziellen Zielort namens Winterthur, wie es Martin Zehnder nennt. Ja, Digitalisierung, SmartCity etc., das hören wir wirklich immer und immer wieder. Und doch muss ich erstaunt feststellen, dass andere sehr spezielle Zielorte wie Schwamendingen, Bümpliz und Dietikon seit Jahren eine Online-Lösung, ein Parkier-App, haben, mit dem ich meine Gebühren zahlen und alles regeln kann. Da die Lösung ja kommt, ist es überhaupt kein Problem, wenn wir es hier hineinschreiben. Und wenn sich die Lösung verzögert, dann gibt es entsprechenden Druck, damit auch Winterthur im Jahr 2021 mit Bümpliz, Schwamendingen und Dietikon mithalten kann.

K. Frei (Grüne/AL): Ich knüpfe an die Voten meiner zwei Vorrednerinnen. Ich glaube, sie haben alles schon gesagt. Die Fraktion Grüne/AL lehnt den FDP-Antrag aus den gleichen Gründen ab.

M. Zehnder (GLP): Wir von den Grünliberalen werden den Antrag trotz der höflichen Einladung nicht unterstützen, sondern wir werden ihn ablehnen. Und ich möchte eine Gegenfrage stellen: Wenn jetzt tatsächlich das Referendum kommt, das wurde ja irgendwo schon mal angetönt, wenn es jetzt eine Verzögerung gibt der ganzen Einführung dieser Verordnungen – wärt Ihr dann bereit, die ganzen Einführungen rückwirkend auf den Zeitpunkt, wo wir die digitalen Portale haben, einzuführen? Wahrscheinlich ja nicht.

Aber wie ich es im Landboten gelesen habe und wie es uns versichert wurde, werden die digitalen Portale wahrscheinlich schneller kommen als diese Verordnung.

U. Bänziger (FDP): Es ist eigentlich schon noch speziell, wenn man von der SP-Vertreterin Bea Helbling hört, dass das eine Zwängelei sein soll. Und von der EVP-Vertreterin Barbara Huizinga, dass das ein unsinniges Anliegen ist. Auf der anderen Seite belastet Ihr die Einwohnerinnen und Einwohner von Winterthur massiv mit zusätzlichen administrativen Belangen und Schwierigkeiten, ihr normales Leben zu führen, wenn Ihr die blaue Zone einführt, ohne dass ein elektronisches Portal zur Verfügung steht. Also ja, die Bürger mehr belasten ist okay. Und das, was wir machen wollen, ist eine Zwängelei und unsinnig.

Zu Martin Zehnder kann ich vielleicht noch sagen: Da müsste ich mir also wirklich eine gute Agenda zulegen, dass wenn ich meine Mutter einladen würde und Du probieren würdest, das rückwirkend einzuführen, dass ich dann nicht vergessen würde, dass ich irgendwie die 1,5 Tage dann noch nachzahlen müsste. Es würde komplex werden. Das wäre dann eher ein

Vorstoss der linken Seite, dass man administrativ etwas aufbläst, damit wieder möglichst mehr Gemeindemitarbeiterinnen und -mitarbeiter sich diesen Belangen annehmen können.

Stadträtin K. Cometta: Urs Bänziger, ich bin total einverstanden, dass der Gang zum Schalter nicht mehr zeitgemäss ist. Und es gibt ja im Übrigen auch einen Vorstoss Cometta aus dem Jahr 2014, der sich nach einem solchen System erkundigt hat. Dort stand in der Antwort des damaligen Stadtrats, dass die Evaluation solcher EDV-Systeme allerdings einige Zeit in Anspruch nehme.

Es freut mich aber extrem, dass diese «einige Zeit» nun ein bisschen abgelaufen ist. Ich habe schon bei der letzten Debatte sagen können, dass dieser Zuschlag für das elektronische Parkkarten-Portal am 31. März erteilt wurde. Das ist auch auf SIMAP veröffentlicht und im Landboten berichtet worden. Die Weisung, der Kreditantrag an den Gemeinderat, wird im 2. Quartal kommen. Und sofern der Grosse Gemeinderat diesem Kreditantrag zustimmt, sind wir auch bereit, per 1. Januar 2022 dieses Parkkartenportal einzuführen.

Von daher: Das läuft ausserhalb dieser Revision. Es ist nicht notwendig, das da aufzunehmen.

Und im Übrigen haben ja Bea Helbling und Barbara Huizinga schon ein bisschen auf den Schwanzbeisser aufmerksam gemacht, dass eben in der geltenden Verordnung steht, dass die Karte als Karte hinter der Windschutzscheibe befestigt werden muss.

Ratspräsidentin M. Sorgo: In diesem Fall kommen wir zur Abstimmung.

Wenn Sie den FDP-Antrag annehmen möchten, dann bitte ich Sie, jetzt die Hand zu erheben. Wer den FDP-Antrag ablehnt und damit der Stadtratsweisung zustimmt, soll jetzt die Hand erheben.

Sie haben den FDP-Antrag klar abgelehnt und damit gilt weiterhin die Weisung des Stadtrats.

Wir kommen zu den Anhängen. Die beiden Anträge, die bei den Anhängen drin sind, haben wir bereits unter Art. 5 Abs. 1 behandelt. Die müssen wir nicht nochmals behandeln, Sie haben beide abgelehnt.

Ansonsten sind mir zu den Anhängen keine weiteren Anträge mehr bekannt.

In diesem Fall haben wir bei der Synopse Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund (VGP) die Detailberatung abgeschlossen.

Wir kommen jetzt, noch vor der Essenspause, zur nächsten Synopse, zur Verordnung über das unbeschränkte Parkieren in der blauen Zone.

Art. 1: Keine Anträge bekannt.

Art. 2: Keine Anträge bekannt.

Art. 3 Abs. 1: Da gibt es gleich mehrere Anträge. Da möchte ich kurz den Stadtrat fragen, weil es einen Einfluss hat auf den FDP-Antrag, ob sich der Stadtrat dem Kommissionsantrag anschliesst oder nicht.

Stadträtin K. Cometta: Ja, der Stadtrat schliesst sich dem Kommissionsantrag an.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. In diesem Fall gehe ich davon aus, dass die FDP den Antrag stellt, der ja dann wieder die Weisung des Stadtrats wäre.

Beim Abstimmungsablauf (ich werde es Ihnen nachher schon nochmals sagen) würde ich so vorgehen, dass wir zuerst den Antrag der SP und den Antrag der Grünen/AL gegenüberstellen, dann den Kommissionsantrag und den FDP-Antrag gegenüberstellen und dann nachher die jeweiligen Sieger-Anträge gegeneinander.

Das Wort übergebe ich dem Kommissionssprecher, um den Kommissionsantrag vorzustellen, und dann den jeweiligen FraktionsprecherInnen, um die jeweiligen Fraktionsanträge vorzustellen.

M. Zehnder (SSK): Ich werde ganz kurz die Zeile vorlesen, die als Ergänzung aus der Kommission gekommen ist. Ich möchte aber auch ganz klar darauf hinweisen, wie ich es schon bei der Einleitung zu diesem ganzen Geschäft gemacht habe, dass wir ja einen Teil dieser ganzen Verordnung der BBK gegeben haben zur Detailberatung. Es gab eigentlich zwei Kommissionen, die das Ganze beraten haben. Und das ist jetzt ein Teil, der vor allem in der BBK besprochen wurde. Ganz kurz lese ich die Zeile vor, die da ergänzt wird zum stadträtlichen Antrag. Am Schluss den Punkt weglassen und ergänzen mit «und für die jeweilige Nutzergruppe keine private Parkierungsmöglichkeit zur Verfügung steht.»

Es ist also eine Ergänzung, die wir so in der SSK übernommen haben, weil in der BBK diese Abstimmung bereits gelaufen war. Ich wäre froh, wenn jemand aus der BBK das genauer erläutern könnte. Vielen Dank.

F. Landolt (BBK/SP): Wir haben wie gesagt die beiden Anträge von uns und den Grünen auf dem Tisch gehabt, die im Wesentlichen – ich kürze das jetzt etwas ab – eigentlich verlangt, dass man die Erschliessungsgüte durch den ÖV auch als Kriterium braucht, um solche Parkkarten abzugeben. Es wurden verschiedene Mechanismen vorgeschlagen.

Wir haben in unserem Antrag verlangt, dass man wie in der PPVO die verschiedenen Erschliessungsgüten berücksichtigt. Wir haben dann, das müsstest Du, Reto, dann noch ergänzen falls nötig, gemerkt, dass man bei der Ausformulierung und bei der Bestimmung der Möglichkeit, Parkkarten zu erhalten, doch relativ aufwändige Verwaltungsarbeit machen müsste. Wir hatten intern von der SP her das Gefühl, dass das ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen ist. Wir haben dann weitere Modelle gesucht und dann ist das sogenannte Bieler-Modell aufgetaucht resp. ich hatte dann auch Kontakt mit den Verwaltungsstellen in der Stadt Biel, wie sie das eingeführt haben. Und das ist eigentlich ein ganz einfacher Mechanismus, der auch nicht viel Arbeit braucht und auch nicht sehr aufwändig ist. Im Grundsatz ist es einfach so, dass der Eigentümer (so wie es jetzt im Kommissionsantrag steht) nachweisen muss, wenn er eine Parkkarte will, dass man keine Möglichkeit hat, auf dem privaten Grund einen Parkplatz zu bauen. Ansonsten, dann ist es theoretisch möglich, dass man eine blaue Karte hat und auf der Strasse parkiert – und den eigenen Parkplatz auf dem Gelände vermietet man extern. Und das ist ja dann etwas, das genau in der entgegengesetzten Richtung läuft.

Deshalb ist der einfache Mechanismus, dass ein immatrikulierter Personenwagen zu einer Parkkarte führt, für uns nicht nachvollziehbar bzw. man spürt keinen Willen zur Steuerung dadurch.

Übrigens: Das Bieler-Modell wurde vor einigen Jahren in der Stadt Biel eingeführt und führte dann dazu, dass die Parkkartenanzahl gedrittelt wurde. Es hat also etwas bewirkt. Und da sieht man ein bisschen, wenn man das Ganze in Augenschein nimmt, wie der Mechanismus zur Parkkartenabgabe funktioniert, dass das doch auch einen grossen Einfluss haben kann. Wir haben uns dann in der BBK für dieses Bieler-Modell entschieden und unsere Anträge – also mindestens die SP – nicht mehr weitergeführt.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Aber den Antrag stellt die SP?

F. Landolt (SP): Nein, der Antrag ist zurückgezogen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Der SP-Antrag ist in diesem Fall zurückgezogen. Besten Dank. Das Wort hat Reto Diener.

R. Diener (Grüne/AL): Ich möchte zu unserem Antrag zu diesem Artikel doch noch etwas ergänzen und ein bisschen ausführen, zur Einordnung von dem, was wir da effektiv diskutiert haben und was wir vorgeschlagen haben.

Abgabe von Parkkarten an Einwohner oder an ansässiges Gewerbe ist eigentlich nichts anderes als eine Erweiterung von privat induzierter Parkierung oder gewerblich induzierter Parkierung aus dem privaten in den öffentlichen Raum hinein. Für die privaten Grundstücke in

der Stadt Winterthur regelt die Parkplatzverordnung detailliert und abhängig von der Erschliessungsqualität, wie das Felix Landolt schon berichtet hat, wie viele minimal und wie viele Parkplätze maximal erstellt werden dürfen. Das betrifft die Parkplätze auf privatem Grund. Ein Maximum gibt es dort aus gutem Grund: Die moderne Mobilitätsstrategie, die wir auch mit dem Gesamtverkehrskonzept entschieden haben und die wir grundsätzlich verfolgen, die postuliert für dicht besiedelte Räume schon seit vielen Jahren – und das mit zunehmender Dringlichkeit – eine Verlagerung vom flächenineffizienten motorisierten Individualverkehr (sprich: von Autos) auf andere Verkehrsträger. Ein geeignetes Mittel dazu ist die Beschränkung und die Bewirtschaftung der zur Verfügung stehenden Parkräume.

Das ist keineswegs, wie uns immer wieder unterstellt wird, eine links-grüne Ideologie. Das wird von Mobilitätswissenschaft und von Verkehrsplanern, unabhängig von welcher Provenienz, schon längst bestätigt und ist hundertfach belegt. Andere Städte auf dieser Welt sind diesbezüglich auch schon längst und dezidiert an einer entsprechenden Umsetzung. Ich nenne das Beispiel von Paris oder Amsterdam. Der Platzbedarf für den MIV im öffentlichen Raum ist für fahrende Fahrzeuge gegenüber dem Fuss-, Velo- und ÖV im Mittel um ein Vielfaches höher.

Das gilt auch für parkierte Fahrzeuge, fast noch mit höherem Handlungsbedarf. Man kann auch sagen «das Stehzeug privates Auto» - Sie entschuldigen diese Formulierung - denn die meisten Autos stehen tatsächlich die meiste Zeit nur herum. Sie sind den grössten Teil der Zeit in dieser Funktion im Einsatz. Sie belegen wertvollen und in der Stadt beschränkten Raum, nicht nur im privaten, sondern auch – und damit sind wir bei dieser Verordnung – im öffentlichen Raum.

Geschätzte Anwesende, für jedes eingelöste Fahrzeug soll gemäss dieser Verordnung, wie sie vom Stadtrat vorgeschlagen wurde, unabhängig von allfällig vorhandenem Parkraum auf dem privaten Grund, auch noch einer auf öffentlichem Raum, auf der Strasse, zur Verfügung stehen. In einer blauen Zone. Ein Schelm, der Böses denkt. Damit der private Parkplatz – es wurde bereits erwähnt heute Abend – teurer vermietet werden kann? Damit unterwandern wir aber genau das angestrebte Ziel, Pendler aus dem städtischen Raum herauszubekommen. Nicht nur das: Es sollen auch für beliebig weitere eingelöste Fahrzeuge Parkkarten gelöst werden können. Also auch dann, wenn es eigentlich gemäss der Parkplatzverordnung keinen privaten Platz mehr hätte, der bewilligbar wäre. Damit wird also jede Lenkungsstrategie, die wir in der Parkplatzverordnung eigentlich implizieren, unterwandert. Der öffentliche Raum soll also jetzt mehr oder weniger nach Belieben der privaten Parkierung zur Verfügung stehen. Das ist, es tut mir leid, nicht sinnvoll in der heutigen Zeit.

Deshalb haben wir mit unserem Antrag vorgeschlagen, eine logische Verknüpfung zur PPVO herzustellen und zur Motivation, dass man das mit der öffentlichen Erschliessung zusammen entsprechend reguliert. Der Vorschlag lautet, dass wenn a) auf dem Grundstück keine Plätze mehr vorhanden sind und b) grundsätzlich gemäss der Parkplatzverordnung noch welche zulässig wären, dass man dann noch Parkkarten bekommt bzw. umgekehrt halt eben nicht.

Als Abminderung und als Entgegenkommen zu dieser Deckelung schlagen wir einen Zuschlag von 30% vor, aufgerundet. Man könnte also, wenn 1 – 3 Parkplätze auf dem Grundstück zur Verfügung stehen, noch 1 zusätzlichen via Parkkarte beantragen.

Vielleicht verstehen Sie jetzt, weshalb wir von den Grünen das in der Kommission eingebracht haben, und weshalb dort dann, von der Mehrheit gestützt, dann ein alternativer Vorschlag zum Tragen gekommen ist. Nämlich das, was Felix Landolt als Bieler-Modell bezeichnet hat. Es enthält nämlich keine Deckelung, absolut nicht, anders als das Modell, das wir vorgeschlagen haben. Es ist also wesentlich freier und liberaler und kann deshalb sehr gut auch als Kompromiss gelten.

Es verlangt lediglich, dass die bereits auf privatem Grundstück vorhandenen Parkplätze zuerst benutzt werden müssen, bevor man auf den öffentlichen Raum ausweicht. Das sollte ja nun wirklich nicht zu viel verlangt sein, das scheint eigentlich eine Selbstverständlichkeit, auch im Sinn der Allgemeinheit und der Nutzung des öffentlichen Raumes.

Ich bitte Sie darum auf der anderen Seite des Rats, das insbesondere bei den Abstimmungen und auch bei der Erwägung eines Referendums zu berücksichtigen. Es ist keine wirklich unmögliche Formulierung, die von der Kommission vorgeschlagen wurde. Ich habe Verständnis,

wenn Sie den Vorschlag der Grünen/AL nicht als für Sie möglich anschauen - aber der Kompromiss ist von daher gesehen, finde ich, wirklich ein guter Weg. Danke für das Verständnis.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Wir haben genau 18.29 Uhr und ich schlage deshalb vor, dass wir jetzt in die Nachtessenspause gehen und der FDP/Mitte/EDU-Antrag nachher vorgestellt wird. En Guete miteinander.

Nachtessenspause.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Es ist halb acht und ich wäre froh, wenn Ihr an die Tische zurückkommen würdet und wir weitermachen können.

Wir fahren weiter in der Detailberatung der Synopse zur Verordnung zum unbeschränkten Parkieren in der blauen Zone. Wir sind bei Art. 3 Abs. 1. Dort fehlt uns noch die Vorstellung des Antrags FDP/Mitte/EDU/SVP. Michi Gross, sprichst Du dazu?

M. Gross (BBK): Nein, ich würde generell etwas zur BBK-Diskussion sagen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Ich schlage vor, dass Romana Heuberger noch den Antrag vorstellt und Du nachher zur BBK-Diskussion etwas sagen kannst.

R. Heuberger (FDP): Vielleicht noch eine Bemerkung vorweg: Felix Landolt, Du hast sehr gut votiert, aber Du hast natürlich nicht die Kommissionsmeinung vertreten. Die Kommissionssprecherin wäre ich gewesen. Es war ein SP-Votum, aber Du hast das sehr fair gemacht, danke vielmals.

Ich möchte nicht auf eine Grundsatzverkehrsdiskussion gehen, wie es Reto Diener gemacht hat, denn wir diskutieren heute die Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Winterthur und nicht die Verkehrspolitik der gesamten Welt.

Was wir de facto machen mit unserem Antrag: Wir möchten das Bieler-Modell aus dieser Vorlage herausstreichen. Und zwar einfach deshalb, weil das Bieler-Modell viel zu weit geht. Wir streichen ja den Zusatz im Art. 3 «und für die jeweilige Nutzergruppe keine private Parkierungsmöglichkeit zur Verfügung steht». Und wir beantragen ja gleichzeitig, bei Art. 11 Abs. 2, lit. a und lit. b zu streichen. Und ich möchte mir an dieser Stelle erlauben, gleich an dieser Stelle die Begründung für beide Anträge, also unsere Anträge zu Art. 3 und Art. 11 der PBZ, zu begründen, da diese inhaltlich (Bieler-Modell) auch zusammenhängen.

Staatliches Handeln muss verhältnismässig sein. Das heisst, dass unser Handeln (sprich unsere Eingriffe) in sachlicher, räumlicher und personeller Hinsicht nicht über das Notwendige hinausgehen darf. Aber genau das machen wir mit diesem Bieler-Modell. Mir ist bewusst, dass die Stadt Biel in etwa die gleiche Regelung getroffen hat, wie sie nun nach der Kommissionsberatung vorgeschlagen wird. Nur, Biel hatte das Problem, dass der öffentliche Parkgrund so billig war, dass viele Anwohnende ihr Auto auf den öffentlichen Grund gestellt und den eigenen Parkplatz in der eigenen Liegenschaft an Pendler vermietet haben. Dieses Problem haben wir in Winterthur aber schlicht nicht. Und es ist nicht angemessen, dass wir ein derartiges Verwaltungsmonstrum schaffen (mit grossem Aufwand für die Immobilienverwaltungen und die Stadtverwaltung), um ein nicht existierendes Problem zu lösen. Wenn der Winterthurer Regulierungswahnsinn inskünftig so weit gehen soll, dass wir vorausseilend auch noch Probleme lösen, die wir noch gar nicht haben, dann: Gute Nacht, Winterthur.

Der Antrag der Grünen/AL und auch die Ausführungen von Reto Diener, die er vorhin zum Antrag der Grünen/AL gebracht hat, entlarven die Anliegen von links-grün. Sie wollen über die Änderung der PBZ die Parkplätze auf öffentlichem Grund in unserer Stadt massiv reduzieren. Und wie wir heute in der Zeitung gelesen haben, findet das ja auch tatsächlich schon statt. Und das, nachdem man schon in der PPVO bei Neubauten die privaten Parkplätze massiv reduziert hat. Ich teile sogar die Ansicht, dass man den oberirdischen öffentlichen

Grund freimachen sollte. Nur: Dann hätte man die Parkplätze bei den Häusern nicht so massiv reduzieren dürfen. Denn die Folge davon ist, dass nun die, die keine Parkplätze zur Verfügung haben, auf öffentlichem Grund parkieren wollen.

Ich erlaube mir nochmals festzuhalten, dass eine Anwohnerkarte kein Anrecht gibt auf einen Parkplatz. Die Stadt geht schon heute davon aus, dass deutlich mehr Anwohnerkarten vergeben wurden, als Parkplätze zur Verfügung stehen. Aus unserer Sicht sind beide Anträge (die SP hat ihren zwar jetzt zurückgezogen) völlig realitätsfremd. Sie hätten zur Folge, dass neue Mieter auf längere Sicht keine Chance hätten, einen Parkplatz in der blauen Zone zu erhalten. Und wenn ein Parkplatz auf öffentlichem Grund durch den Auszug eines Mieters frei würde, wer bekommt dann diese Parkkarte? Der, der länger im Haus wohnt, oder der, der das Auto aus beruflichen Gründen, aus persönlichen Gründen, dringender braucht? Und was macht ein Neuzuzüger, wenn er beruflich auf sein Auto angewiesen ist, aber keine Parkkarte mehr erhält? Alle diese Fragen sind überhaupt nicht geklärt.

Für uns ist das Bieler-Modell ein Verwaltungsmonster. Man stelle sich vor, was es für die Stadtverwaltung, die Hausbesitzer und insbesondere für die Bevölkerung bedeuten würde, wenn der Antrag der Grünen/AL eine Mehrheit finden würden. Deshalb lehnen wir diese Anträge ab bzw. stellen den Streichungsantrag zum Art. 3, diesem Zusatz.

M. Gross (BBK): Wir haben ja drei Artikel in der BBK diskutiert und ich möchte generell sagen, dass wir eine gute Diskussion hatten. Wir hatten unterschiedliche Standpunkte und wir haben vieles diskutiert. Und es war tatsächlich das Bieler-Modell, das am Meisten zu reden gab. Wir mussten deshalb auch eine 2. Lesung ansetzen.

Wir gehen jetzt ein bisschen hin und her zwischen dem Bieler-Modell und dem, was die Stadt wirklich macht – ich nenne das mal «Cometta-Modell». Ich denke, das Modell, das wir in Winterthur haben, ist viel besser als das Bieler-Modell, das wäre wirklich so nicht machbar. Und ich glaube, auch den Grünen wäre es nicht wohl, wenn ihr Antrag angenommen würde.

Ich möchte auch nochmals betonen, was Urs Hofer am Anfang gesagt hat: Das Ziel, keine Gratisparkplätze mehr für Pendler und den Pendlerdruck zu reduzieren, das haben wir gemeinsam. Deshalb hatte ich das Gefühl, für die drei Verordnungen müsste es einen Konsens geben.

Und dort hat es eben dann aufgehört. Die Diskussion war relativ ideologisch. Reto Diener hat es jetzt gut gezeigt, von seiner hohen Position herunter, wie radikal die Vorschläge der Grünen dann doch sind. Und Reto geht es letztlich ja darum, dass «Netto-Null Auto» gibt in der Stadt Winterthur. Und das ist jetzt kein Witz. Ich sehe in Veltheim schon die ersten Plakate «Winterthur autofrei bis 2030». Das ist kein Witz. Aber immerhin, diejenigen, die das aufgehängt haben, haben dann gemerkt, dass die Konzern-Initiative bereits abgestimmt ist und haben wenigstens diese Fahne abgenommen.

Die Konsequenz von dieser Ideologie ist natürlich, dass es dann auch Netto-Null Gewerbe und Netto-Null Lädeli und Netto-Null Steuereinnahmen gibt. Und dessen muss man sich einfach bewusst sein, wenn man so radikal argumentiert.

Ich habe es gesagt: In der BBK war es uns auch zu ideologisch. Wir haben versucht, moderate Vorschläge einzubringen, aus der Mitte, aus FDP- und SVP-Sicht. Da konnte man nicht entgegenkommen. Siegesicher ist die linke Seite bei diesen Fragen auch, weil sie zwei grüne Sitze hat in diesen Fragen. Der liberale Geist geht bei der einen Partei dort ziemlich schnell flöten oder in der sozialistischen Hymne unter. Und von daher kann man da auch siegesicher sein.

Und deshalb glaube ich, wird diese Verordnung auch scheitern bzw. wird es ein Referendum geben. Aber ich glaube, es liegt nicht alleine an diesen Artikeln aus der BBK. Denn das Modell, dass Katrin oder die Verwaltung dann aus dem Hut gezaubert hat, wäre wirklich eine Zwischenlösung. Es ist auch nicht liberal, aber es wäre eine Zwischenlösung.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. In diesem Fall sind nun alle Anträge gestellt und die Sprecher von SSK und BBK konnten auch die Kommissionsmeinung noch wiedergeben. Ich weise darauf hin, dass die SP ihren Antrag zurückgezogen hat. Somit diskutieren wir jetzt

noch über den Kommissionsantrag, den Antrag von FDP/Mitte/EDU/SVP und den Antrag der Grünen/AL. Als Erster hat Michael Bänninger (EVP) das Wort.

M. Bänninger (EVP): Heute geht es unter anderem darum zu definieren, wer eine Karte mit der Erlaubnis erhält, um unbeschränkt in der blauen Zone der Stadt Winterthur parkieren zu dürfen. Und nicht mehr um die Anzahl blaue Parkplätze.

Der öffentliche Raum ist ein begrenztes Gut und die Nutzung des öffentlichen Raumes für Parkplätze soll aus Sicht der EVP gut überlegt sein. Es gibt durchaus attraktivere Strassenelemente als ein Parkplatz. Aber ist es für uns klar, eine gewisse Anzahl Parkplätze braucht es.

Winterthur ist eine attraktive Stadt mit sehr attraktiven Zugsanbindungen Richtung Flughafen, Zürich, Bern, Basel oder in Richtung Osten: Will, St. Gallen oder gar München.

Unser Ziel muss es sein, in den Winterthurer Quartieren, die Parkplätze im öffentlichen Raum jenen Personen zukommen zu lassen, die auch in der unmittelbaren Umgebung jemanden besuchen möchten oder etwas erledigen müssen.

Es ist unser Ziel (und schön, ist das ein gemeinsames Ziel), das dicht belebte Siedlungsgebiet mit den eher engen Strassenräumen von zusätzlichem "Pendler-sucht-Parkplatz-Verkehr" zu entlasten. Das erreichen wir aber nur, wenn wir konsequent prüfen, wer zur dauerhaften Nutzung eines Parkplatzes im öffentlichen Raum berechtigt ist und wer eben nicht.

Wir von der EVP unterstützen den Kommissionsantrag, der fordert, dass zuerst die privat zur Verfügung stehenden Parkierungsmöglichkeiten genutzt werden müssen, bevor eine Bewilligung für die blaue Zone ausgestellt wird.

Es kann nicht sein, dass ein Parkplatz auf privatem Grund an externe Pendler vermietet wird und das eigene Auto dann in der blauen Zone abgestellt wird.

Wir sind für lebendige Quartiere und lebendig beziehen wir auf die Menschen, nicht auf die Fahrzeuge.

Unter diesem Gesichtspunkt unterstützen wir die Idee des Bieler-Modells und sehen darin einen pragmatischen Zugang, der aus unserer Sicht umsetzbar ist.

Wir stimmen dem Kommissionsantrag zu.

F. Landolt (SP): Ich möchte nur noch etwas sagen zu Romana: Es hat jetzt so getönt, als ob das Bieler-Modell der ursprüngliche Vorschlag von uns gewesen wäre oder was jetzt noch von den Grünen verlangt wird. Aber dem ist nicht so. Das Bieler-Modell, so wie wir das auch diskutiert haben, ist effektiv der Kompromiss zwischen dem, was der Stadtrat am Anfang gefordert hat, und dem, was wir (Grüne und SP) diskutiert haben.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Eigentlich hat Felix im letzten Satz schon fast alles gesagt, was unter einem Kompromiss zu verstehen ist, wie es die drei Verordnungen betrifft. Es ist eben nicht ein Kompromiss über die ganze politische Breite, sondern ein Kompromiss zwischen Grüne/AL und dem Stadtrat. Und deshalb besteht er nicht.

Beim Eintreten sagte Stadträtin Cometta in der letzten Sitzung, es habe in der Kommissionsberatung keine materiellen Änderungen zu den vorliegenden drei Verordnungen gegeben.

Das in der Kommission eingeführte und jetzt diskutierte Bieler-Modell-light (oder wie gesagt wurde Verwaltungs-Modell oder Cometta-Modell) ist aber sehr wohl eine materielle Änderung und dazu eine Erschwerung zum Bezug der Parkkarten. Bereits im Eintreten hatte ich darauf verwiesen, dass die Mitte/EDU-Fraktion gegen ein kompliziertes und bürokratisches Verfahren ist, welches den Bezug von Parkierungsbewilligen für die berechtigten Personen und Betriebe verkompliziert und beschränkt.

In der PPVO (wie es Reto Diener gesagt hat) sind Minimal- und Maximal-Zahlen vorgesehen für Parkplätze auf privatem Grund. Damit soll in der PPVO sichergestellt werden, dass bei Bauvorhaben von Privaten Parkplätze in genügender Zahl auf privatem Grund erstellt werden. Und in der vorliegenden Parkierungsverordnung Blaue Zone haben wir im diskutierten Art. 3 Abs. 4 genau für diese Personen, die dieses Minimum unterschreiten, die Regelung drin, dass diejenigen, die dieses Minimum unterschreiten, dann keine Parkkarten erhalten. Diesem Anliegen ist damit eigentlich Rechnung getragen und wir unterstützen das.

Diejenigen, die aber innerhalb von diesem Band von diesem Minimum und Maximum sind und trotzdem zu wenige Parkplätze haben (oder die, wie wir es lesen konnten, aufgrund von Denkmal- oder Quartierschutz keinen Parkplatz mehr erstellen können), sollen kompliziert beweisen müssen, dass sie diesen Parkplatz nicht haben und deshalb einen Parkplatz brauchen – das wollen wir nicht. Das ist Überbürokratie, die wir ablehnen.

Entsprechend sind wir der Meinung, es braucht in der Verordnung zur blauen Zone keine weiteren Einschränkungen zum Bezug von diesen Bewilligungen. Sollte es tatsächlich Missbrauch geben – wie uns angetönt wurde – so hat man uns in der Kommission erklärt, dass genau der Art. 13 und 14 des vorliegenden Stadtratsentwurfes dazu genutzt werden können, Missbrauch zu unterbinden (wie z.B. das Vermieten von Parkplätzen an Auswärtige – genau dieses Beispiel wurde genannt).

Wir stellen deshalb gemeinsam mit den bürgerlichen Fraktionen den Antrag, wie er schon gestellt wurde, respektive wir unterstützen diesen, dass in Art. 3 Abs. 1 und in Art. 11 Abs. 2 der Formulierung des ursprünglichen Stadtratsantrags gefolgt wird. Die weiteren Verschärfungen in Art. 3, wie es von Grünen/AL beantragt wird, lehnen wir ab.

M. Nater (GLP): Michi Gross hat als Kommissionspräsident gesprochen. Dabei habe ich mir überlegt, ob er als Kommissionspräsident oder als SVP-Gemeinderat gesprochen hat. Das kam nicht so klar heraus. Und da sieht man leider auch ein bisschen die Polemik um das Ergebnis, das wir da haben. Aus Sicht GLP sehen wir die Sache und suchen einen Kompromiss bei den Parteien, der nicht nach Links oder Rechts diese Polemik aufnimmt.

Der Antrag der Grünen/AL auf eine strikte Auslegung von Parkkarten pro Haushalt bringt leider nicht viel, um den Parkdruck zu verringern, aber sicher mehr Bürokratie. Daher werden wir von der GLP dem Antrag nicht zustimmen.

Der Antrag der rechten Seite durch das Weglassen einer Zuweisung auf Nutzergruppen erzeugt eine Unsicherheit für die Berechtigung von Parkplätzen, was wir von der GLP auch klar ablehnen.

Wir von der GLP trauen der Stadt (auch nach den Erläuterungen in der BBK) eine verhältnismässige Umsetzung zu, die flexibel ist, mit der aber trotzdem eine klare Linie verfolgt werden kann. Es braucht Vorgaben, welche eine gewisse Flexibilität sicherstellen. Dies mit dem Ziel einer Parkraumplanung, welche ihren Teil zu einer effizienten und umweltverträglichen Mobilität beisteuert.

Wir sind klar für den Kommissionsantrag, der einen Kompromiss zwischen einer übermässigen Bürokratie und einer schwammigen Rechtsvorlage darstellt.

M. Reinhard (SVP): Ich habe zu den Ausführungen von Romana Heuberger und von Andreas Geering nicht mehr viel hinzuzufügen. Romana Heuberger hat es ausgeführt: Wir haben keine Bieler Verhältnisse in Winterthur. Private Parkplätze werden nicht an Pendler vermietet, das ist ein Scheinargument. Wir machen da wirklich nichts anderes als einen administrativen Aufwand auf dem Buckel unserer Einwohner, eine künstliche und unnötige Hürde für eine Parkierungsbewilligung. Und eigentlich ist es eine Umkehr der Beweislast: Der Bürger muss dem Staat beweisen - und das ist eine Unsitte.

Es ist eine nutzlose Regelung, die viele Menschen in dieser Stadt einschränkt, behindert und unproduktive Zeit kostet. Nachdem wir mit der PPVO die Anzahl der privaten Parkplätze bereits eingeschränkt haben, schränken wir nun auch noch die öffentlichen ein bzw. den Zugang dazu. Hilft zwar nicht gegen den Pendlerdruck, aber schadet den Einwohnern von Winterthur und hilft der linken Verkehrspolitik.

K. Frei (Grüne/AL): Da muss ich doch noch schnell entgegnen, lieber Markus Reinhard, und vielleicht kann ich es auch den anderen sagen. Wenn es um Bürger und Einwohner geht und man da immer alle in ein Boot setzt, möchte ich doch einmal festhalten, dass 37% (und das war 2015) von den Haushalten in Winterthur kein Auto hatten. Von diesen 37% spricht man sonst eigentlich nicht. Die sind aber auch da, daran muss man vielleicht auch einmal denken.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Liebe Katharina. Auch ich habe kein Auto – oder teures Blech, wie Du es auch schon bezeichnet hast. Trotzdem, wenn ich ausnahmsweise einmal mit Mobility unterwegs bin in der Stadt, dann brauche ich auch einen Parkplatz. Und wenn ich jemanden besuche in einem anderen Quartier, dann bräuchte ich vielleicht eine Tagesbewilligung, damit ich das Auto bei ihm vor dem Haus parkieren kann. Und dann muss ja das alles auch irgendwie möglich sein. Und wenn der schon keine Bewilligung bekommt für sein teures Blech, wie soll er denn eine Bewilligung bekommen für das Mobility-Blech.

K. Frei (Grüne/AL): Dann sind wir ja schon zwei. Ich bin auch Mobility-Mitglied, lieber Andreas, und ich brauche auch mal einen Parkplatz. Ich will auch nicht alle weghaben. Aber deshalb ist das Bieler-Modell noch lange kein Verwaltungsmonster.

Stadträtin K. Cometta: Ich habe ja die Katze schon aus dem Sack gelassen: Der Stadtrat schliesst sich dem Kommissionsantrag an, denn das Winterthurer Bieler-Modell oder Winti-Modell ist ein Kompromiss. Ich danke an dieser Stelle auch explizit dem BBK-Präsidenten Michi Gross für seine Einordnung. Das Ziel ist ein ganz einfaches: Es soll nämlich dort privat parkiert werden, wo man das kann, und die Autos sollen nicht den öffentlichen Grund belasten, wenn man privaten Parkraum hat. Und wenn das nicht so ist, dann hat man Anrecht auf eine solche Parkkarte.

Es ist auch administrativ einfach, sowohl für die Parkkartenbeziehenden wie auch für die Verwaltung in der Umsetzung. Das ist schon noch wichtig. Denn der Antrag der Grünen und auch derjenige der SP, der zurückgezogen wurde, wäre sehr aufwändig gewesen in der Umsetzung. Da hätte man Daten beschaffen müssen, um den Abgleich mit der PPVO zu machen. Der Antrag der Grünen (und auch derjenige der SP, der noch weiter gegangen wäre) hätte auch eine andere Zielsetzung. Dort geht es darum, dass die Anzahl Parkplätze auf dem öffentlichen Grund reduziert werden soll, weil man nachweislich weiss, dass die Anzahl Parkplätze auch auf den Verkehr wirken.

Mit dem Winterthurer-Modell (ich nenne es jetzt einfach so) ist das nicht das primäre Ziel, sondern es geht einfach darum, dass der öffentliche Grund nicht dort zugestellt werden soll, wo es privaten Parkraum gibt. Und deshalb ist das ein sehr pragmatischer Kompromiss.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Der SP-Antrag wurde zurückgezogen, deshalb sieht das Abschlussprozedere so aus, dass wir zuerst den Grüne/AL-Antrag dem FDP/Mitte/EDU/SVP-Antrag gegenüberstellen, der ja gleichzeitig auch dem Text der Weisung entspricht, und nachher den Siegerantrag dieser zwei dem Kommissionsantrag, dem sich jetzt ja auch der Stadtrat angeschlossen hat, gegenüberstellen.

Zur 1. Abstimmung: Wenn Sie dem Antrag der Grünen/AL zustimmen möchten, bezeugen Sie das bitte mit Handerheben. Bitte auszählen.

Wenn Sie dem Antrag von FDP/Mitte/EDU/SVP zustimmen möchten, bezeugen Sie das bitte mit Handerheben.

Es sind 28 Stimmen für den Grüne/AL-Antrag und 28 Stimmen für den Antrag von FDP und allen anderen, das heisst, ich komme zu meinem ersten Stichentscheid, der zugunsten des Antrags Grüne/AL ausfällt. Aber wir sind ja noch nicht fertig mit Abstimmen.

Jetzt werden wir über den Antrag Grüne/AL gegenüber dem Kommissionsantrag abstimmen. Wer dem Antrag Grüne/AL zustimmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, soll das bitte auch mit Handerheben bezeugen.

Enthaltungen?

Besten Dank. Sie haben mit grosser Mehrheit dem Kommissionsantrag zugestimmt.

Wir sind weiterhin im Art. 3 und kommen jetzt zu Abs. 2. Bei lit. a und lit. b sowie bei Abs. 3 hat es Anträge der Grünen. Ich übergebe das Wort Reto Diener.

R. Diener (Grüne/AL): Wir ziehen diese Anträge alle zurück. Die nächsten 3 Anträge sind zurückgezogen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Das heisst, bei Abs. 2 lit. a und Abs. 2 lit. b und Abs. 3 sind die Anträge der Grünen zurückgezogen.

Ich nehme an, es gibt keinen anderen Antrag zum Art. 3 und es gibt keine Anträge zu Abs. 4, das heisst, wir sind mit diesem Artikel durch.

Art. 4: Keine Anträge bekannt.

Art. 5: Keine Anträge bekannt.

Art. 6: Da gibt es einen Antrag der FDP/Grüne/AL, dass der Art. 6 gestrichen wird. Ich übergebe das Wort Reto Diener für die Begründung.

R. Diener (Grüne/AL): Ich ziehe unseren Antrag hier auch zurück, denn er steht im Zusammenhang mit dem, was wir vorhin bestimmt haben. Unser Streichungsantrag da ist zurückgezogen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Dann frage ich die FDP, ob sie an ihrem Antrag festhält?

U. Bänziger (FDP): Selbstverständlich halten wir an unserem Antrag fest.

Die FDP beantragt, dass der Passus in Art. 6, Abs. 1 «In besonderen Fällen kann die Anzahl der Parkierungsbewilligungen pro berechnete Person oder berechtigtem Betrieb beschränkt werden», ersatzlos gestrichen wird.

Ich hatte eigentlich schon Freude und habe jetzt etwas weniger Freude, weil ich dachte, es gäbe es endlich einmal, dass wir uns mit der Grünen/AL einig sind. Aber jetzt hat mir Reto Diener leider einen Strich durch die Rechnung gemacht und hat diesen zurückgezogen. Aber tja, vielleicht schaffen wir es irgendwann trotzdem noch.

Die Formulierung dieses Absatzes ist gleich in zweierlei Hinsicht schwammig und öffnet Tür und Tor für Verwaltungs-Willkür. Oder umgekehrt: die Formulierung schiebt der Verwaltung den schwarzen Peter zu, auf einer rechtlich unklaren Grundlage handeln zu müssen.

Erstens ist unklar, was mit dem Ausdruck «in besonderen Fällen» gemeint ist. Sind das etwa renitente, zahlungsunfähige oder einfach unsympathische Anwohner oder Betriebe, die man aus einem Quartier weghaben möchte?

Zweitens ist unklar, auf welchem Niveau die Anzahl Karten beschränkt werden sollen. Sind dies zwei, drei oder mehr Karten? Die Anzahl Parkkarten für Betriebe zu beschränken, könnte sogar durchaus wachstumshindernd wirken. Wächst z.B. ein Handwerks-Betrieb, der auf Fahrzeuge angewiesen ist – ist der dann nicht mehr gewünscht in Winterthur und muss einfach weg und einen neuen Standort finden? Das heisst, die Stadt legt dem Unternehmen unnötigerweise massive Steine in den Weg und das kann, wie eben ausgeführt, auch sehr willkürlich stattfinden.

Wir wollen eine Verordnung, die keine unklaren und interpretationswürdigen Regelungen enthält. Wenn man eine Verordnung macht, dann soll das klar sein, transparent sein. Und die Verordnung ist eben genau da, um auch der Willkür einen Riegel zu schieben.

Danke vielmals für die Unterstützung dieses Streichungsantrags.

B. Helbling (SP): Wir lehnen diesen Antrag ab, weil es Fälle geben kann, wo es sinnvoll ist, dass die Anzahl Karten für einen Betrieb eingeschränkt werden kann. Wir haben das doch intensiv diskutiert in der SSK und es wurde ganz klar: Dieser Artikel soll nicht zu einer generellen zahlenmässigen Beschränkung von Parkierungsbewilligungen dienen. Aber sie haben uns z.B. ein Beispiel erklärt, das für mich sehr Sinn macht: Wenn ein Betrieb z.B. Fahrzeuge von auswärts wohnenden Mitarbeitenden auf sich einlöst und so dann eigentlich die Mitarbeitenden dann in der blauen Zone beim Arbeitsort parkieren könnten, dann würde das genau

wieder den Pendlerinteressen, die wir nicht mehr wollen, in die Hände spielen. Und deshalb finden wir es wichtig, dass ein solcher Passus drin ist, dass das möglich wäre.

B. Huizinga (EVP): Die EVP hat da die gleiche Position wie die SP, wo von Bea Helbling schon ausgeführt wurde weshalb. Es ist einfach sinnvoll, dass wir das beibehalten können, in besonderen Fällen eingreifen zu können, wenn es nötig ist. Wir unterstützen es so, wie es von der Kommission vorgeschlagen ist.

M. Reinhard (SVP): Die SVP unterstützt den Streichungsantrag der FDP. Solch schwammige Formulierungen haben in einer Verordnung nichts verloren und öffnen wirklich der Willkür Tür und Tor. Und, liebe Bea Helbling, es kann Fälle geben, das kann es sicher. Aber jede Firma, die sich an die Grundsätze vom Betrieb oder vom Wirtschaften hält, löst Dienstfahrzeuge auf den Betrieb ein, Servicefahrzeuge, Pikettfahrzeuge etc. Und ja, die müssen dann halt auch einmal in Betriebsnähe parkiert werden können, wenn man in die Firma muss. Das ist wirklich ein sehr seltsamer, schwammiger Artikel und der gehört nicht hier hinein.

Stadträtin K. Cometta: Ich möchte gerne einleitend sagen, dass eine solche Bestimmung bereits heute existiert bei den Parkkartenvorschriften blaue Zone, Art. 3. Man hat diesen lediglich redaktionell präzisiert. Es geht nicht um eine generelle Beschränkung, es geht also gesetzestechnisch nicht darum, auf ein aktuell bestehendes Problem reagieren zu müssen. Sondern es geht darum, dass man auf mögliche zukünftige Probleme rasch und unkompliziert reagieren kann. Das Ziel ist Flexibilität. Und für solche Einzelfälle wäre der Gemeinderat aus rechtstaatlicher Sicht ja auch nicht das geeignete Gremium, um darüber zu entscheiden. Es ist im Übrigen auch kein Thema von Willkür, sondern die Beschränkung müsste ja als anfechtbare Verfügung erfolgen, wäre also dem Verhältnismässigkeitsprinzip unterworfen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Dann gehen wir zur Abstimmung und stimmen darüber ab, ob Sie dem FDP-Antrag zustimmen möchten oder dem Weisungstext. Wer dem FDP-Antrag auf Streichung von Art. 6 zustimmen möchte, soll das bitte bezeugen mit Handerheben. Wer dem Weisungstext zustimmen möchte, soll das auch mit Handerheben bezeugen. Das ist klar: Sie haben dem Weisungstext zugestimmt und den FDP-Antrag abgelehnt.

Art. 7: Keine Anträge bekannt.

Art. 8: Keine Anträge bekannt.

Art. 9 Abs. 1: Keine Anträge bekannt.

Art. 9 Abs. 2 lit. a, lit. b, lit. c, lit. d, lit. e: Da liegt ein Antrag der SVP vor zu einer Teilstreichung, ebenso zum Abs. 3. Ich würde vorschlagen, dass die SVP diese Anträge gleich alle zusammen vorstellt und wir alle diskutieren und dann einzeln darüber abstimmen.

M. Reinhard (SVP): Das deckt sich mit meinem Wunsch. Wir beantragen, dass für die Einwohnerinnen und Einwohner fix in der Verordnung ausgewiesen sind und keine Gebührenbänder Eingang finden. Das heisst konkret unter

- a. Die Parkierungsbewilligungen ohne gleichzeitiges Nachtparkieren kosten für Einwohner 200 Fr.
- b. Die Gebühren betragen 50 Fr. für das Parkieren bei gleichzeitiger Nachtparkierungsbewilligung.
- c. Für Gewerbetreibende mit einem einzigen Fahrzeug fallen Gebühren in der Höhe von 200 Fr. an.
- d. Für Gewerbetreibende mit bis zu fünf Fahrzeugen (wobei eines parkiert werden kann) fallen Gebühren in der Höhe von 300 Fr. an.

e. Die Sonderbewilligungen (Tagesbewilligungen) sollen ebenfalls mit reduzierten Ansätzen im Vergleich zum Stadtrat, dafür mit 50 Fr. (bzw. 10 Fr. für eine Tagesbewilligung) Eingang finden.

Mit zugekniffenen Augen können wir den geplanten Erhöhungen für Parkierungsbewilligungen gemäss unserem Antrag zustimmen. Aber keinesfalls den bereits absehbaren, noch höheren Gebühren aufgrund der vorgesehenen Gebührenbänder in der Hand des Stadtrats.

Diese ermöglichen im Vergleich zu heute eine nochmalige massive Erhöhung dieser Gebühren für die Einwohnerinnen und Einwohner von Winterthur.

Sie erinnern sich: Das grosse Ziel dieser Verordnungen war einmal die Einschränkung des Pendlerverkehrs. Mit diesen Gebühren belasten wir aber direkt die Winterthurerinnen und Winterthurer und nicht wirklich die Auswärtigen. Und ganz massiv belasten wir da Leute, die auf das Auto und somit auch auf einen Parkplatz bzw. eine Parkierungsmöglichkeit angewiesen sind. Sprich: Das lokale Gewerbe, der Handwerker mit seinem Servicefahrzeug, die gehbehinderten Senioren, die schichtarbeitende Pflegefachfrau usw.

Diese Gebührenerhöhung ist weder lenkungswirksam noch gerechtfertigt. Sie dient einzig und allein der Alimentierung der leeren Stadtkasse. Deshalb sind diese Gebühren auf dem tiefsten in der Vorlage beantragten Satz zu fixieren und die Kompetenz für weitere Erhöhungen ist dem Gemeinderat zu übertragen.

M. Zehnder (GLP): Im Art. 17 der Gemeindeordnung steht, dass das Stadtparlament zuständig ist für die Benutzungsgrundlagen von Gebühren, d.h. wir geben eigentlich den Rahmen vor, wir sagen wie breit das Band ist. Und dort drin darf sich der Stadtrat bewegen. Weiter steht auch bei Art. 32 (Arbeit des Stadtrats), dass der Stadtrat die Gebühren festsetzen muss. Wir im Parlament sagen, wie breit der Rahmen ist, und der Stadtrat sagt innerhalb des Rahmens dann, wie viel es kosten darf. Die Idee ist ja, dass wir eine solche Verordnung machen für mehrere Jahrzehnte (wenn möglich). Wenn wir jetzt schon einen fixen Preis drin haben, der dann erst noch ein relativ tiefer Preis ist für solche Parkplätze, dann wird innert kürzester Zeit nur schon eine Teuerung, die sich allenfalls wieder einmal ins Umgekehrte wenden könnte als es jetzt gerade der Fall ist – da wird in kürzester Zeit schon wieder die Frage sein, ob wir erhöhen können oder nicht. Und wir können dann nicht, bzw. es geht dann wieder durch Parlament und wahrscheinlich auch das Volk, wahrscheinlich wird wieder das Referendum ergriffen. D.h. wir werden wegen ein bisschen Gebührenerhöhung jeweils sofort eine grosse Debatte führen müssen und Abstimmungskämpfe.

Das kann es nicht sein. Wir müssen uns nicht beschäftigen, indem wir Verordnungen schreiben, die nicht lange gültig sind. Sondern wir müssen schauen, dass die Verordnungen so geschrieben werden, dass sie eine sehr lange Gültigkeit haben. Dafür braucht es ein Band. Und es ist ja so, dass wir nicht hier drinnen schon eine erste Ausnahme haben wollen zu einer neuen Gemeindeordnung, die wir uns ja gegeben haben. Dort drin steht ja genau: Wir machen das Band, der Stadtrat setzt fest.

B. Helbling (SP): Wir werden die Anträge von Art. 9 alle ablehnen. Die teilweise Erhöhung der Parkgebühren finden wir angemessen. Es wurde bei den Erhöhungen bzw. der Beibehaltung von Gebühren auch darauf Rücksicht genommen worden, wann das letzte Mal eine Erhöhung der Gebühren erfolgte. Es scheint uns sinnvoll, ergänzend zu dem, was Martin sagte, dass man nicht jedes Mal den Gemeinderat beschäftigen muss, wenn man eine Gebühr moderat anpassen möchte. Das Gebührenband soll unserer Ansicht nach mit einer genügenden Breite angelegt sein und es hat eine Grenze nach oben, natürlich. Sollten die Gebühren mehr steigen, muss es dem Gemeinderat zum Entscheid vorgelegt werden.

R. Heuberger (FDP): Dass das Parkieren in Winterthur günstig sein soll, da muss ich Samuel klar widersprechen. Das Parkieren auf öffentlichem Grund ist bereits heute für Anwohnende nirgends in der Schweiz so teuer wie in Winterthur. Heute kostet die Nachtparkgebühr in Winterthur 710 Franken. Inklusiv der Monatskarten für das Parkieren tagsüber betragen die Gebühren nachher 760 Franken. Avenir Suisse hat im Jahr 2018 berechnet, wie hoch die Kosten für einen Parkplatz auf öffentlichem Grund wären. Wenn man Fr. 3'000/m² einsetzen

würde und mit 1,5% verzinsen würde, kommt man auf einen angemessenen Preis von 540 Franken für einen 12m² grossen Parkplatz. Wir liegen also heute schon weit darüber. Zürich will neu die Gebühren von 300 auf 780 Franken erhöhen - auf den heutigen Stand von Winterthur. Der Aufschrei in Zürich ist gross. Das vom Winterthurer Stadtrat beantragte Gebührenband liesse eine Erhöhung (inklusive der Tageskarten) auf bis zu 1'000 Franken/Jahr für Privatpersonen bzw. bis zu 1'160 Franken für Bewilligung für Gewerbebetriebe offen. Gebühren für Sonderbewilligungen könnten gar versechsfacht werden und der Preis für Tagesbewilligungen vervierfacht.

Zum Vergleich: In St. Gallen kostet das Parkieren in der blauen Zone Tag und Nacht 360 Franken, in Schaffhausen 420 Franken, ebenso in Frauenfeld.

Parkgebührenerhöhungen sind politisch sehr umstritten. Nur allzu oft wird das Referendum dagegen ergriffen. Deshalb ist es sicher nicht zielführend, dem Stadtrat die Kompetenz für eine derart grosse Gebührenerhöhung zu erteilen und die Stimmbürger genau da zu entmachten, wo sie offensichtlich mitbestimmen wollen. Zudem gibt es keinen ersichtlichen Grund, von der bisherigen Praxis abzuweichen, dass der Gemeinderat diese Gebühren festlegt. Gegen einen Gemeinderatsbeschluss kann man nämlich das Referendum ergreifen, gegen einen Stadtratsbeschluss in eigener Kompetenz eben nicht. Die Kompetenz von der Gebührenerhöhung deshalb an den Stadtrat zu delegieren, kommt einer Aushebelung von den Volksrechte gleich. Stadtratsbeschlüsse kann man zwar rechtlich anfechten, aber eben nicht mit politischen Instrumenten.

Wir werden deshalb dem Antrag der SVP Folge leisten, die Gebühren auf dem Stand von heute in der PBZ und in der VPN festzuhalten.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Das Grundwesen von Gebühren ist ja eigentlich, dass sie einfach kostendeckend sind und nicht viel mehr. Wenn wir da diese Gebühren festlegen, dann geht es eben darum, dass sie mehr als kostendeckend sein sollen. Sie sollen kosten, wie es grundsätzlich ist bei Parkgrund. Wenn er auf dem privaten Grund erstellt wird, kostet er, und wenn er auf städtischem Grund, auf Allgemeingrund ist und regelmässig genutzt wird, dann darf er etwas kosten. Das soll auch unterstützend wirken dabei, dass der Parkraum möglichst auf den privaten Grund verlegt wird. Dieses Anliegen sehen wir grundsätzlich und unterstützen das.

Trotzdem sind wir der Meinung, dass genau weil es nicht einfach eine kostendeckende technische Gebühr ist, sondern ein politisches Preisschild, das man politisch festlegt, um zu sagen, für welche Kategorie man wie viel zahlen muss, soll das ein politischer Entscheid sein auf der richtigen Ebene: Beim Stadtparlament, wo nachher auch ein politischer Diskurs über Verwendungen nicht nur möglich sondern Pflicht ist. Und deshalb unterstützen wir die Anträge auf diese Beträge von der SVP.

B. Huizinga (EVP): Dass Parkierungsgebühren umstritten sind, ist definitiv unbestritten. Und genau deshalb ist es die Aufgabe der Legislative, das Gebührenband festzulegen, und dann die Kompetenz der Exekutive, die Gebühren an und für sich. Das sind einfach zwei unterschiedliche Aufgaben und wir finden es sehr wichtig, dass der Stadtrat da den Rahmen hat und dann die Gebühren selbst spezifizieren kann. Wir dürfen da nicht hineinreden. Das ist unser politisches Verständnis und deshalb lehnt die EVP jegliche Forderungen der SVP in diesem Bereich ab.

Stadträtin K. Cometta: Barbara Huizinga hat es eigentlich gerade gesagt: Es geht darum, dass der Gemeinderat ein Gebührenband festlegen kann, und der Stadtrat kann dann in diesem Band die Gebühren festsetzen. Das hat nichts mit Aushebelung der Volksrechte zu tun, sondern es entspricht der Logik, auch derjenigen der neuen Geschäftsordnung, wie es Martin Zehnder gesagt hat.

Die Festlegung dieses Gebührenrahmens hat auch den Vorteil, dass es nicht so grosse Sprünge geben soll. Denn wenn man es nicht mit einem Rahmen löst, sondern jedes Mal eine Revision der Verordnung machen müsste, dann wissen Sie, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, am besten, dass das dann sehr lange dauert und dann nachher dafür

der Sprung viel grösser ist. Und das ist nicht unbedingt zweckmässig. Deshalb hält der Stadtrat an seinem Antrag fest.

Ratspräsidentin M. Sorgo: In diesem Fall stimmen wir jetzt über die einzelnen Anträge ab. Wir kommen zu Abs. 2 lit. a.

Wenn Sie dort dem SVP-Antrag zustimmen möchten, bezeugen Sie das jetzt bitte mit Hand-erheben.

Wenn Sie beim Weisungstext bleiben und diesem zustimmen möchten, erheben Sie jetzt bitte die Hand.

Das ist klar. Sie haben den SVP-Antrag abgelehnt und bleiben beim Weisungstext.

Dann gehen wir weiter zu Abs. 2 lit. b.

Wenn Sie dem SVP-Antrag zustimmen möchten, bezeugen Sie das jetzt bitte mit Hand-erheben.

Wenn Sie beim Weisungstext bleiben möchten, erheben Sie jetzt bitte die Hand.

Auch das ist klar. Sie haben den SVP-Antrag abgelehnt und bleiben beim Weisungstext.

Dann gehen wir zu Abs. 2 lit. c.

Wenn Sie dem SVP-Antrag zustimmen möchten, bezeugen Sie das jetzt bitte mit Hand-erheben.

Wenn Sie dem Weisungstext zustimmen möchten, bezeugen Sie das bitte mit Hand-erheben.

Auch da ist klar. Sie bleiben beim Weisungstext und haben den SVP-Antrag abgelehnt.

Dann gehen wir weiter zu Abs. 2 lit. d.

Wenn Sie dort dem SVP-Antrag zustimmen möchten, bezeugen Sie das jetzt bitte mit Hand-erheben.

Wenn Sie beim Weisungstext bleiben möchten, bezeugen Sie das mit Hand-erheben.

Sie haben den SVP-Antrag abgelehnt und bleiben beim Weisungstext.

Dann gehen wir weiter zu Abs. 2 lit. e.

Wenn Sie dem SVP-Antrag zustimmen möchten, bezeugen Sie das jetzt bitte mit Hand-erheben.

Wenn Sie beim Weisungstext bleiben möchten, erheben Sie jetzt bitte die Hand.

Auch da ist klar, dass Sie beim Weisungstext bleiben und den SVP-Antrag abgelehnt haben.

Dann kommen wir zum Abs. 3.

Wer dort dem Antrag der SVP zustimmen möchte, bezeugt das mit Hand-erheben.

Wer beim Weisungstext bleiben möchte, bezeugt das mit Hand-erheben.

Auch da ist es klar: Sie bleiben beim Weisungstext und haben den SVP-Antrag abgelehnt.

Somit schliessen wir den Art. 9 ab.

Art. 10: Dort liegt ebenfalls ein Antrag der SVP vor. Ich bitte Markus Reinhard, diesen vorzu-stellen.

M. Reinhard (SVP): Die SVP stellt den Antrag, dass anstelle des Stadtrats der Grosse Gemeinderat die Gebührenhöhen festlegt und auch die Ausnahmen regelt. Auch da geht es um Transparenz und die demokratische Legitimation dieser Gebühren, in diesem wichtigen, viele Menschen betreffenden Thema. Das dürfen wir nicht dem Stadtrat überlassen, sondern da gehört das Heft in unsere Hand. Nur so werden die Gebühren und wohl auch spätere Erhö-hungen dieser Gebühren überhaupt akzeptiert werden. Was die Festlegung der Ausnahmen angeht, so muss das wirklich zwingend in der Hand der Volksvertretung bleiben. Nur schon, um einseitigen Bevorzugungen oder Bevorteilungen vorzubeugen. Es spricht rein gar nichts dagegen, diese Kompetenzen in der Hand der Legislative zu belassen. Der Stadtrat bekommt summa summarum schon genügend Kompetenzen und Macht im Rahmen dieser drei Ver-ordnungen.

B. Huizinga (EVP): Wie schon einige Male erwähnt, vertritt die EVP die Haltung, dass der Grosse Gemeinderat lediglich für das Festlegen des Gebührenrahmens zuständig ist. Wer da weiterhin die Kompetenz der konkreten Definition der Parkierungsbewilligungen an das Parlament binden will, hat das in der Verfassung festgelegte Prinzip von Exekutive, Legislative und Judikative nicht verstanden.

B. Helbling (SP): Wie es vorhin schon ausgeführt wurde und jetzt auch von Barbara nochmals ausgeführt wurde: Dieser Artikel widerspricht der von uns bestätigten Gemeindeordnung. Die SP steht hinter dem Gebührenband. Es soll in einer gebührenden Breite sein – das ist es. Wir als Gemeinderat geben so dem Stadtrat die Möglichkeit, die Gebühren moderat anzupassen. Das wollen wir, ohne dass wir im Gemeinderat schon nach kurzer Zeit wieder über eine Verordnungsanpassung entscheiden müssen.

Stadträtin K. Cometta: Hier geht es wieder genau um die Aufgabenteilung zwischen Parlament und Stadtrat, die eben auch in der neuen Gemeindeordnung geregelt ist. Und insbesondere was die Ausnahmefälle betrifft, weiss ich wirklich nicht, ob das Parlament genügend rasch entscheiden könnte.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. In diesem Fall stimmen wir darüber ab. Wenn Sie dem Antrag der SVP zustimmen möchten, dann bezeugen Sie das bitte mit Handerheben. Wenn Sie dem Weisungstext zustimmen möchten, bezeugen Sie das jetzt mit Handerheben. Auch da ist klar: Sie haben der Weisung zugestimmt und den SVP-Antrag abgelehnt. Somit sind wir mit dem Art. 10 durch.

Art. 11 Abs. 1: Kein Antrag bekannt.

Art. 11 Abs. 2: Es gibt drei Kommissionsanträge, wo unter anderem noch lit. a und lit. b eingeführt werden sollen. Und es gibt zu all diesen drei Kommissionsanträgen wiederum einen Streichungsantrag von FDP/Mitte/EDU/SVP. Ich möchte auch da zuerst den Kommissionsprecher bitten, die drei Anträge der Kommission zu begründen.

M. Zehnder (SSK): Es geht um Art 11 Abs. 2. «Es ist Sache der Gesuchstellenden, ihre Berechtigung mit geeigneten Beweismitteln nachzuweisen.» Das wurde vom Stadtrat so schon vorgelegt. Und jetzt hat die Kommission (und da muss ich wieder darauf hinweisen, dass das v.a. die BBK war, weil auch dieser Artikel in der BBK beraten wurde) dazu die Ergänzung: «Die Erteilung von Parkierungsbewilligungen wird insbesondere vom Nachweis abhängig gemacht,» und nachher eben lit. a und lit. b «a. dass eine Bestätigung der Grundeigentümerschaft vorliegt, gemäss welcher keine private Parkierungsmöglichkeit zur Verfügung steht,» und «b. dass im Grundbuch keine Anmerkung besteht, wonach Bewohnende und Betriebe i.S.v. Art. 5 Abs. 3 PPVO auf den Anspruch auf eine Bewilligung verzichten.» Was heisst i.S.v.? – Sorry, dass ich das nicht kenne. Wie gesagt, der Antrag wurde in der BBK beraten und ich glaube, die Begründung wäre von der Referentin der BBK angebracht.

R. Heuberger (BBK): Der Art. 11 ist ja der 2. Teil des sogenannten Bieler-Modell. Und in diesen Artikeln wird festgelegt, wie die Beweise erbracht werden sollen, dass es im Haus selbst keinen Parkplatz zur Verfügung hat. Und da ist die Mehrheit der BBK diesen drei Anträgen gefolgt bzw. hat diese drei Anträge in Art. 11 als Ergänzung des Bieler-Modells mit einer Mehrheit so verabschiedet.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Du hast vorhin gesagt, Du hättest diese Anträge unter Art. 11 bereits in einem vorherigen Votum begründet. Bleibst Du dabei?

R. Heuberger (FDP): Genau. Wir sind grundsätzlich gegen das Bieler-Modell und dass die Bürger mühsam nachweisen müssen, dass sie keinen Parkplatz auf privatem Grund haben. Deshalb haben wir diese Streichungsanträge gestellt.

F. Landolt (SP): Vielleicht noch eine Bemerkung dazu: Es ist der 2. Teil des Bieler-Modell bzw. eben nicht des Bieler-Modells, sondern des Winterthur-Modells. Das müsste man so ausdrücken. Bei Littera a könnte es auch heissen: «dass eine Bestätigung der Grundeigentümerschaft vorliegt, gemäss welcher keine private Parkierungsmöglichkeit zur Verfügung steht und keine erstellt werden kann,». Das würde wesentlich weiter gehen, wenn man das so formulieren würde. Auch in dieser Formulierung sieht man wieder, dass das eine abgeschwächte Formulierung ist, ein Kompromiss, mit dem wir auf eine Art Hand bieten. Die Mär, dass das ein grosser Aufwand ist, die kann ich nicht nachvollziehen. Man schickt ein Plänchen ein oder sagt, es stehen keine Parkplätze zur Verfügung. Damit ist es erledigt. Es ist also sehr moderat.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Ich übergebe das Wort gerne der zuständigen Stadträtin Katrin Cometta, wieder gleich verbunden mit der Frage, ob sich der Stadtrat dem Kommissionsantrag anschliesst oder nicht.

Stadträtin K. Cometta: Der Stadtrat schiesst sich dem Kommissionsantrag an. Das ist jetzt lediglich die Umsetzung dieses Modells, der Nachweis, der wirklich pragmatisch ausgestaltet ist, wie es Felix Landolt erläutert hat.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir kommen zur Abstimmung. Wir werden jeweils die Anträge von FDP/Mitte/EDU/SVP dem Kommissionsantrag gegenüberstellen.

Abs. 2: Wenn Sie dem FDP/Mitte/EDU/SVP-Antrag zustimmen möchten, bezeugen Sie das mit Handerheben.

Wenn Sie dem Kommissionsantrag zustimmen möchten, bezeugen Sie das mit Handerheben.

Besten Dank. Der Kommissionsantrag wurde klar angenommen.

Abs. 2 lit. a: Wenn Sie dem FDP/Mitte/EDU/SVP-Antrag zustimmen möchten, bezeugen Sie das bitte mit Handerheben.

Wenn Sie dem Kommissionsantrag zustimmen möchten, bezeugen Sie das bitte mit Handerheben.

Auch da haben Sie klar dem Kommissionsantrag zugestimmt und den FDP/Mitte/EDU/SVP-Antrag abgelehnt.

Abs. 2 lit. b: Wenn Sie dort dem FDP/Mitte/EDU/SVP-Antrag zustimmen möchten, bezeugen Sie das mit Handerheben.

Wenn Sie dem Kommissionsantrag zustimmen möchten, bezeugen Sie das mit Handerheben.

Auch da ist klar: Sie haben dem Kommissionsantrag zugestimmt.

Art. 11 Abs. 3: Keine Anträge bekannt.

Art. 12: Keine Anträge bekannt.

Art. 13: Keine Anträge bekannt.

Art. 14: Keine Anträge bekannt.

Art. 15: Keine Anträge bekannt.

Art. 16: Da gibt es einen FDP-Antrag. Urs Bänziger bitte für das Vorstellen.

U. Bänziger (FDP): Die FDP beantragt auch hier, den Abs. 1 wie folgt zu ergänzen: «Voraussetzung für die Inkraftsetzung ist das Vorhandensein einer elektronischen Bewilligungsplattform.» Den Antrag haben wir bereits vorgängig begründet und ich verzichte darauf, das an dieser Stelle nochmals zu wiederholen.

Stadträtin K. Cometta: Ich kann auch da auf mein vorheriges Votum verweisen. Das elektronische Parkkartenportal ist ein separates Geschäft, ist auf Kurs und der Zuschlag ist erteilt worden.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Damit kommen wir schon zur Abstimmung. Wenn Sie da dem FDP-Antrag zustimmen möchten, bezeugen Sie das bitte mit Handheben.

Wenn Sie den FDP-Antrag ablehnen und dem Weisungstext zustimmen?

Auch da ist es klar, dass der FDP-Antrag abgelehnt wurde.

Damit sind wir mit der zweiten Synopse durch, mit der Verordnung über das unbeschränkte Parkieren in der blauen Zone (PBZ).

Wir kommen zur dritten Synopse über das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund (Nachtparkierverordnung NPV).

Art. 1: Kein Antrag bekannt.

Art. 2: Kein Antrag bekannt.

Art. 3 Abs. 1: Da gibt es einen Antrag der Grünen/AL. Ich übergebe das Wort Reto Diener für die Begründung.

R. Diener (Grüne/AL): Wir ziehen auch diesen Antrag zurück. Im Gegensatz zur FDP, die alle ihre gleichartigen Anträge wieder bringt, verzichten wir darauf. Wir haben ja bereits verloren.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Gibt es weitere Anträge? – Nein.

Art. 3 Abs. 2: Kein Antrag bekannt.

Art. 4: Keine Anträge bekannt.

Art. 5: Keine Anträge bekannt.

Art. 6 Abs. 1 lit. a und lit. b und Abs. 2: Da gibt es Anträge der SVP, Markus Reinhard bitte für die Begründung.

M. Reinhard (SVP): Wir ziehen selbstverständlich auch nicht zurück.

Ich stelle den Antrag im Namen der SVP, dass die Gebühren für das Nachtparkieren auf dem heutigen Niveau in die Verordnung Eingang finden. Gerade in diesem Bereich, wo Winterthur bereits heute die weitherum höchsten Gebühren erhebt, ist es überhaupt nicht zu rechtfertigen, dass der Stadtrat diese inskünftig in eigener Kompetenz weiter und weiter erhöhen kann.

Bitte bedenken Sie, dass viele Einwohnerinnen und Einwohner über keinen eigenen Parkplatz verfügen, wofür wir durchaus auch mit der PPVO selbst gesorgt haben. Die Laternengarage ist für diese Leute einfach die einzige Möglichkeit, ihr Fahrzeug rechtskonform abzustellen. Diese Personen, und darunter befinden sich auch wieder viele Personen, die auf das Auto angewiesen sind (Schichtarbeitende, Gesundheitspersonal, Gehbehinderte, Handwerker etc.), müssen wir jetzt wirklich nicht noch mehr abstrafen.

Die Zeit des ersten Lockdowns hat gezeigt, wie viele Menschen in unerlässlichen Funktionen auf das Auto angewiesen sind, damit sie ihren geschätzten Dienst an der Bevölkerung und an unserem Land erfüllen können. Es wäre daher wirklich absurd, die jetzt schon zu hohen Gebühren nochmals zu erhöhen. Und ja, auch hier soll nicht der Stadtrat die Gebühren ändern können, sondern das soll der Gemeinderat machen, und zwar aus Legitimations- und Akzeptanzgründen. Und insbesondere auch darum, weil diese Gebühren schon lange nicht mehr nur kostendeckend sind, sondern lenkungswirksam sind, ist das Aufgabe des Gemeinderats. Und nicht des Stadtrats.

Stadträtin K. Cometta: Ich kann auch hier einfach auf die vorhin geführte Diskussion verweisen. Der Gebührenrahmen hilft gegen grosse Sprünge, es entspricht der geltenden Regelung und auch der Logik der neuen Gemeindeordnung.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir stimmen ab.

Wenn Sie dem Antrag der SVP für Art. 6 Abs. 1 lit. a zustimmen möchten, bezeugen Sie das mit Handerheben.

Wenn Sie diesen Antrag ablehnen möchten und dem Weisungsantrag zustimmen, dann bezeugen Sie das mit Handerheben.

Es ist klar: Der SVP-Antrag wurde abgelehnt.

Wenn Sie dem Antrag der SVP für lit. b zustimmen möchten, dann bezeugen Sie das mit Handerheben.

Wenn Sie den Antrag ablehnen möchten und der Weisung zustimmen, bezeugen Sie das mit Handerheben.

Auch da ist es klar: Der SVP-Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zu Abs. 2: Wenn Sie hier dem SVP-Antrag zustimmen möchten, bezeugen Sie das mit Handerheben.

Wenn Sie den Antrag ablehnen möchten und dem Weisungstext zustimmen, bezeugen Sie das mit Handerheben.

Auch hier ist klar: Der SVP-Antrag ist abgelehnt.

Art. 7: Keine Anträge bekannt.

Art. 8: Keine Anträge bekannt.

Art. 9: Da gibt es noch einen Antrag der FDP. Urs Bänziger.

U. Bänziger (FDP): Selbstverständlich ziehen wir auch diesen nicht zurück. Den Antrag haben wir bereits vorgängig begründet und somit verzichte ich darauf, das nochmals zu machen.

Stadträtin K. Cometta: Ich sage gerne zum letzten Mal, dass die Weisung im 2. Quartal folgt für das elektronische Parkkartenportal und nachher der Gemeinderat darüber befinden kann.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Wir kommen auch hier zur Abstimmung.

Wenn Sie dem FDP-Antrag zustimmen möchten, dann können Sie das mit Handerheben bezeugen.

Wenn Sie den FDP-Antrag ablehnen und der Weisung zustimmen, können Sie das bezeugen mit Handerheben.

Damit haben Sie den FDP-Antrag abgelehnt.

Somit sind mir keine weiteren Anträge mehr bekannt und wir sind auch mit der Verordnung über das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund (Nachtparkierverordnung) fertig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung der drei Synopsen.

Wie schon am Anfang gesagt, werden wir über alle drei Synopsen einzeln abstimmen und selbstverständlich gilt jetzt da immer die geänderte Fassung mit allen vom Gemeinderat angenommenen Anträgen.

Wir werden auch bei allen Abstimmungen auszählen müssen, da es ja möglicherweise auch noch zu einem Referendum kommen wird.

Wir kommen zuerst zur Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund (VgP).

Gibt es da noch Voten aus dem Rat? Wünscht die zuständige Stadträtin Katrin Cometta noch das Wort? – Nein.

Wenn Sie der Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund mit allen Änderungsanträgen, die angenommen wurden, zustimmen möchten, dann bezeugen Sie das bitte jetzt mit Handerheben. Auszählen bitte.

Wenn Sie diese Verordnung ablehnen, bezeugen Sie das jetzt bitte mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Sie haben der Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund mit 33:22 Stimmen zugestimmt, Enthaltungen gab es keine.

Wir gehen weiter zur Verordnung über das unbeschränkte Parkieren in der blauen Zone (PBZ).

Wer dieser Verordnung zustimmen möchte, soll jetzt die Hand erheben. Und ich bitte alle, die Hände wirklich hoch zu erheben, es ist wirklich schwierig zu sehen, wer aufstreckt und wer nicht. Auszählen bitte.

Wenn Sie die Verordnung über das unbeschränkte Parkieren in der blauen Zone (PBZ) ablehnen möchten, dann bezeugen Sie das jetzt bitte mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Diesmal haben Sie die Verordnung mit 34:22 Stimmen angenommen.

Irgendwo ist noch ein Fehler drin. Ich schlage vor, dass wir jetzt noch die nächste Abstimmung machen und dort schauen, wie das Resultat herauskommt. Und je nachdem müssen wir dann die erste Abstimmung nochmals nachholen.

Wir kommen zuerst zur dritten Synopse.

Wer der Verordnung über das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund (Nachtparkierverordnung) mit allen Änderungsanträgen zustimmen möchte, bezeugt das bitte mit Handerheben. Und bitte die Hände wieder deutlich erheben. Auszählen bitte.

Wenn Sie die Verordnung über das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund ablehnen möchten, bezeugen Sie das jetzt mit Handerheben.

Enthaltungen?

Dann haben Sie der Verordnung über das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund ebenfalls mit 34:22 Stimmen zugestimmt.

Ich möchte gerne nochmals über die erste Synopse abstimmen, ich glaube, dort ist irgendwas mit dem Zählen falsch gelaufen.

Wenn Sie der Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund (VgP) zustimmen möchten, dann bezeugen Sie das bitte mit Handerheben.

Wenn Sie die Verordnung ablehnen möchten, bezeugen Sie das bitte mit Handerheben.

Dann stimmt es jetzt auch hier: Sie haben auch dieser Verordnung mit 34:22 Stimmen zugestimmt.

Das heisst, wir haben das Geschäft Parkraumplanung abgeschlossen und gehen weiter in der Traktandenliste.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich hätte eine Erklärung. Vielen Dank, dass ich sie hier abgeben kann.

Das Resultat zu diesen drei Verordnungen ist nun leider so herausgekommen wie befürchtet. In den bürgerlichen Fraktionen hat man das nach den Kommissionsberatungen vermutet, dass es so kommen wird. Trotzdem haben wir versucht, uns nochmals konstruktiv in der Ratsdebatte einzubringen und unsere Bedenken nicht nur zu äussern, sondern wir haben auch nochmals versucht, noch eine Änderung hinzubringen. Das ist leider nicht gelungen. Aus der Sicht der drei bürgerlichen Fraktionen SVP, FDP und Mitte/EDU sind die drei jetzt beschlossenen Verordnungen so nicht genügend. Wir möchten deshalb das Volk, die Winterthurer Stimmbevölkerung, darüber befinden lassen. Wir werden entsprechend zu diesen drei Verordnungen je das Parlamentsreferendum ergreifen.

Ich lege das entsprechend jetzt in Absprache mit dem Parlamentsdienst hinten aus, damit diejenigen, die das unterstützen, gleich unterschreiben können. Vielen Dank.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2021.13: Kredit von Fr. 1'947'000 für die Ausführung des Strassenprojekts Untere Vogelsangstr., Storchenbrücke bis Auwiesenstr. (Projekt-Nr. 11'454)

Ratspräsidentin M. Sorgo: Kredit von Fr. 1'947'000 für die Ausführung des Strassenprojekts Untere Vogelsangstrasse, Storchenbrücke bis Auwiesenstrasse (Projekt-Nr. 11'454). Das Geschäft ging zu Null in der Kommission durch, d.h. (wie Sie auch schon mit den Vorinformationen informiert wurden) dass dieses Geschäft ohne Diskussion geplant ist.

Ich übergebe das Wort dem Referenten Christian Hartmann, damit er dieses Geschäft vorstellen kann.

Ch. Hartmann (BBK): Es geht darum, die Unteren Vogelsangstrasse zu sanieren. Wer dort schon durchgegangen ist, weiss warum. Und zwar für die nächsten ca. 40 Jahre. Es ist nicht nur der Belag, sondern auch Werkleitungen, Beleuchtung, die Aufhebung der Längsparkierung ist je nach politischer Position ein Grund oder ein Kollateralschaden, Schaffung von sicheren Fusswegen, Querungen, Veloverbindungen.

Und dann einer der grossen Punkte (das sehen Sie im Bild unten): Es wird dort im Moment massiv gebaut. Die Siedlung Vogelsang wird erschlossen durch eine Linksabbiegespur für Velo und motorisierten Individualverkehr.

Man ersetzt die Lichtsignalanlage und setzt eine durchgehende Baumreihe auf SBB-Seite um.

Es ist ein langes Projekt, es dauert ca. 3,5 Jahre. In dieser Zeit ist aber sichergestellt, dass der Verkehr in den Morgen- und Abendspitzen zirkulieren kann, sowohl der motorisierte Individualverkehr, aber auch die Fussgänger. Ich erspare Euch die relativ detaillierte Planung, wann wo was welche Spur dann warum doch durchgängig ist, aber wir haben uns überzeugen lassen, dass für den Verkehr, der dort zirkulieren muss, das Maximum herausgeholt wurde.

Kosten und Finanzierung: Der beantragte Kredit ist 1,9 Mio. Total Bruttoinvestitionen von 6,8 Mio., davon gebunden ca. 4,5 Mio. Neue Ausgaben 2,2 Mio. Und wir haben schon einen Projektierungskredit gesprochen und gebraucht von 300'000 Fr. Das ergibt die 1,9 Mio.

Wie wird das finanziert? Es gibt hauptsächlich einen Beitrag des Kantons (6,4 Mio.), d.h. die Stadt baut da eigentlich im Auftrag des Kantons. Dann gibt es einen Beitrag von der Siedlung Vogelsang für den Linksabbieger, den ich erwähnt habe, von 54'000 Fr. Es bleiben Nettoinvestitionen übrig von 316'000 Fr. Und wenn man dann noch den bereits bewilligten Projektierungskredit anschaut, dann gibt es eigentlich fast nichts mehr (mindestens zu Lasten der Stadtkasse) zu bewilligen.

Die BBK hat sich damit auseinandergesetzt. Wir waren einstimmig der Meinung, dass das ein gutes Projekt ist, haben dem zugestimmt und empfehlen Euch, das auch zu machen.

Stadträtin Ch. Meier: Ich danke Christian Hartmann für die kurze und knappe und doch absolut ausführliche und gute Vorstellung des Projekts.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2021.6: Kredit von Fr. 4'750'000 für die Umsetzung der Sanierungsmassnahmen im Stadtgarten (Projekt-Nr. 12987)

Ratspräsidentin M. Sorgo: Kredit von Fr. 4'750'000 für die Umsetzung der Sanierungsmassnahmen im Stadtgarten (Projekt-Nr. 12987). Als Erstes stellt Felix Landolt als Referent das Geschäft vor.

F. Landolt (BBK): Ich freue mich, das Sanierungsgeschäft Stadtgarten vorstellen zu können. In der BBK wurde das unter dem Stichwort «zeitgerecht, sicher, nachhaltig und familienfreundlich» präsentiert. Ich möchte bei der Präsentation in 6 Punkten vorgehen: Ausgangslage und Handlungsbedarf (weshalb?), dann die Projektentwicklung und Organisation kurz erwähnen. Das Projekt ist ein langes Geschäft, es ist seit über 10 Jahren quasi pendent. Dann ein eigentlicher Projektbeschreibung (was wird gemacht?), dann kurz über die Behandlung in der BBK. Dann natürlich noch Kosten und Finanzierung sowie Termine.

Zur Ausgangslage muss man wissen, dass der Stadtgarten 1952 in der Form, wie er heute vorliegt und betrieben wird, erstellt wurde. Es ist ein sehr beliebter öffentlicher Raum, eigentlich die beliebteste öffentliche Grünanlage, die wir in Winterthur haben. Und entsprechend ist sie auch abgenützt. Nach rund 70 Jahren müssen gewisse Anpassungen an veränderte Nutzungen und Bedürfnisse gemacht werden, und gleichzeitig muss eine grosszyklische Erneuerung gemacht werden in verschiedensten Bereichen. Das Hauptziel ist, dass die Anlage für die nächste Generation wieder fit gemacht wird und dass sie dem hohen Nutzungsdruck, den wir da haben, Stand halten kann. Die Sanierungsarbeiten sollen räumlich etappiert erfolgen und bis Frühjahr 2024 abgeschlossen sein, wenn alles gut geht.

Handlungsbedarf: Der Spielplatz stammt aus dem Jahr 2000 und hat markante Sicherheitsmängel. Die Geräte und die Anlage müssen erneuert werden, sie sind nicht mehr rettbar. Ein zweiter wichtiger Punkt sind die Oberflächen, und zwar sowohl des Rasens wie auch der Wege. Die Oberflächen sind verschlissen, die Randabschlüsse sind teilweise lückenhaft und uneinheitlich. Und in diesem Rahmen können auch Wegbeziehungen optimiert werden. Das Werkleitungsnetz ist ebenfalls in die Jahre gekommen. Und die Entwässerung vom Regenwasser in die Kanalisation geht ja nicht mehr, das muss getrennt werden. Die Kanalisation wird in diesem Sinne entlastet. Das Barockhäuschen hat an sich ein grosses Potenzial und liegt in diesem Perimeter. Den hygienischen Problemen, die wir im Stadtgarten haben, soll mit einer Erneuerung der WC-Anlagen im Barockhäuschen begegnet werden. Und der westliche Teil des Barockhäuschens, gegen den Merkurplatz, wird besucherfreundlicher. Die Beleuchtung ist ein Thema, ein ganz wichtiges Sicherheitsthema, vor allem in der Nacht. Das muss erneuert werden und natürlich den verschiedensten Bedürfnissen angepasst werden. Und dann ein ganz wichtiger Punkt: Das ist die Trennung Schulhaus – Park, die aufgehoben werden soll, und die Beziehung zwischen den verschiedenen Kunstmuseen (Oskar Reinhart und Am Stadtgarten) soll intensiviert resp. sichtbar gemacht werden.

Ich zeige Euch ein paar Impressionen. Das mit dem Tres Amigos hat teilweise bereits geändert, aber es gibt trotzdem noch ein Potenzial, dass man da etwas macht. Und oben die Ecke vom Altstadtschulhaus und den strengen Rücken gegen die Merkurstrasse.

Projektentwicklung und Projektorganisation: Im Jahr 2009 hat eine Testplanung stattgefunden mit diesen drei Teams, bestehend aus Architekten, Landschaftsarchitekten und Experten. Es

gab dann eine Auswertung und einen Synthesebericht. Die Quintessenz, könnte man sagen, ist: Auf diesen interdisziplinären Teambeiträgen wurde das heutige Projekt aufgebaut und entwickelt.

Ganz kurz im Überblick die Ergebnisse der Testplanung: Bessere Anbindung an umliegende Quartiere ganz allgemein, Übergänge insgesamt aufwerten (damit die anliegenden Quartiere wirklich einen direkten Eingang und einen gut gelegenen Übergang haben in den Park), Trennung Schulhaus auflösen, klare Zuweisung verschiedener Nutzungen an gewisse Perimeter, an gewisse Areale, an gewisse Gebiete in diesem Park und zeitgemässe Wiederherstellung und Auffrischung wichtiger historischer Elemente.

Noch ein Wort zur Projektorganisation: Man sieht, es sind relativ viele Beteiligte. Im Zentrum steht das Kernteam, bestehend aus der Projektleitung von Stadtwerk und aus QM, das die Denkmalpflege abdeckt, aber auch die Fachtechniker, Landschaftsarchitekten etc. Also quasi die Mechanik, was man machen muss bei einer Rasensanierung und beim Aufbau von gewissen Kofferungen. Das ist im Zentrum. Dann gibt es natürlich einen Projektausschuss, einen Steuerungsausschuss und natürlich den Stadtrat und zuoberst den Gesamtstadtrat. Und links und rechts die ebenfalls Mitwirkenden. Rechts sind das Externe (Schulhaus, angrenzende Grundeigentümer, Galerieverein, Albani-Fest, Fasnachts-Vertretung, Sommertheater, Strauss, Tres Amigos). Da wurden Gespräche geführt, die dann auch zu dieser Vorlage geführt haben. Auf der linken Seite sind sämtliche involvierten Fachstellen der Stadt, angefangen beim Amt für Städtebau, Tiefbauamt usw. Das sind praktisch alle. Und dann hat es natürlich auch noch Echoraum AG Gartenstadt, das ist ein Projekt, das immer wieder reflektiert wurde und das auch jetzt in der Weiterentwicklung wieder reflektiert werden soll. Als Auftragnehmer hat einer dieser drei Mitwirkenden bei der Testplanung fungiert. Die Leistungen für die Weiterprojektierung und Ausführungsplanung sind jetzt in Ausschreibung und man rechnet damit, dass man September/Oktobre wieder ein komplettes Planungsteam hat und die Projektorganisation weiterarbeiten kann.

Damit komme ich jetzt zum Hauptteil, das ist der Projektbeschreibung. Es ist sichtbar und wichtig, dass der Stadtgarten ein Teil des Promenadenrings ist. Der Promenadenring, der oben links anfängt und vom Merkurplatz bis zur General-Guisan-Strasse geht. Das ist eine Einheit, das muss im Gesamten konzipiert werden. Die Sanierung des Stadtgartens ist ein Teil davon. Aber wir haben das auch bei anderen Gelegenheiten gesehen, dem ist sehr nachgelebt worden. Diesen Eindruck hatten wir in der BBK und ich konnte mich auch selbst davon überzeugen, dass das als Einheit konzipiert ist. Dann geht das weiter: Der Promenadenring geht weiter über den Lindenplatz und die verschiedenen Schulhäuser, das Technikum usw. Das ist eine echte Qualität von Winterthur, deshalb muss man dem Sorge geben, dass sich nach der engen Altstadtbebauung der öffentliche Raum entwickeln kann.

Es war eine Präsentation in der BBK, die wir im Februar 2020 bekommen haben, über den Konzeptperimeter. Das habe ich schon erwähnt. Das geht vom Bloom über das Stadthaus, Altstadtschulhaus, Oskar Reinhart, Barockhäuschen bis zum Merkurplatz. Das ist insgesamt als gesamthaft gedacht und wird in Teilen, in Etappen, umgesetzt.

Dieser Teil wird jetzt umgesetzt, zwischen den beiden roten Strichen. Im Norden klar abgegrenzt gegen die Museumstrasse, im Süden gegen die Stadthausstrasse ist diese Abgrenzung nicht ganz klar. Dort muss man dann fallweise entscheiden, wie es ist, aber grundsätzlich wäre der Perimeter eigentlich bei den gespannten Ketten vorgesehen. Ausgenommen aus dem Perimeter sind das Museum Oskar Reinhart und das Sommertheater.

Jetzt komme ich auf die einzelnen Elemente zu sprechen, die da realisiert werden sollen. Die Liegewiese und das Wasserbecken, das ist der grosszügige öffentliche Raum. Liegewiese und Spielwiese bleiben Liegewiese und Spielwiese, das ist eine zentrale Aussage. Der Bevölkerung wird Raum zur Verfügung gestellt, quasi ein öffentliches, grünes Wohnzimmer. Die Vegetationsschicht auf der Wiese ist abgenützt und muss erneuert respektive saniert werden. Es wird nicht ersetzt, aber es wird aufgelockert, eingeebnet und auch mit Sand ergänzt. Das Wasserbecken soll wieder in Betrieb genommen werden, so dass man es auch wieder brauchen kann, und oben rechts gibt es einen neuen Trinkbrunnen.

Das nächste Element ist das Wegnetz. Das habe ich schon gesagt, das kann noch optimiert werden, vor allem auch bei den Rändern. Aber auch da sind Sanierungen der Oberflächen

notwendig, auch von den Randabschlüssen, sowie Ergänzungen der Randabschlüsse. Wenn man durch den Stadtgarten hindurchgeht, ist das teilweise sehr heterogen. Die neuen Wegführungen sollen auch die beiden Kunstmuseen Am Stadtgarten und Oskar Reinhart zusammenbinden. Die Projektion, die installiert wurde, ist ja ein erster Schritt, um sichtbar zu machen, dass die beiden Kunsthäuser jetzt zusammen funktionieren.

Im Norden ist ein Aktivitätenband vorgesehen, das ist von links nach rechts:

- Ein Veranstaltungsplatz, also ein Aufenthaltsbereich mit Sitzgelegenheiten und befahrbarem Kiesrasen (ein bisschen besser befestigt als einfach ein Rasen). Es ist möglich, dass man dort Demonstrationen macht, Manifestationen macht, Ausstellungen macht. Es ist doch ein bisschen ein widerstandsfähigerer Boden als nur auf dem Rasen. Die Winti-Alp übrigens könnte auch wieder da installiert werden. Die Bewilligung der Winti-Alp ist natürlich eine andere Geschichte, das ist bei der Verwaltungspolizei.

- Als nächstes ist eine komplette Neuorganisation und Erneuerung des Spielplatzes mit allen Geräten. Das soll so konzipiert sein, dass verschiedene Altersgruppen angesprochen werden. Das wird auch geometrisch ein bisschen anders als heute.

- Dann kommt ein Blumengarten vis-à-vis des Teiches mit naturnahen Wildstauden, der auch einen gewissen pädagogischen Anspruch hat.

- Dann rechts vor dem Schulhaus der «Baumplatz», chaussiert, als Bindeglied auch gedacht zwischen den Museen, dem Kirchgemeindehaus und den Aussenanlagen des Schulhauses.

- Und dann natürlich die Bereinigung der Abtrennungen vom Schulhaus gegenüber dem Park, mit dem Ballfangnetz. Das wird zurückgebaut und der ganze hintere Platz wird neu konzipiert. Die Autos kommen zum grössten Teil weg. Die Parkplätze sind fremdvermietet und Fremdvermietungen bieten auch Parkgaragen an. Das muss nicht hier stehen.

Es wird dann wirklich ein Schulhaus im Park, das kann man auch an den Visualisierungen erkennen. Links sieht man das Ballfangnetz aus Metall und die rückwärts gegen das Schulhaus gewandten Sitzgelegenheiten. Und auf dem rechten Bild ist die Visualisierung, wie es aussehen könnte, wenn das realisiert ist. Mit einer Buvette, die man hinten links sieht. Es gibt dann auch die Möglichkeit, dort noch etwas zu installieren.

Als nächstes Element möchte ich kurz auf das Barockhäuschen kommen. Das Potenzial von diesem Haus ist sicher noch nicht ausgeschöpft. Aber fast wichtiger ist, dass im Untergeschoss etwas gemacht werden kann gegen die teilweise doch schwierigen hygienischen Verhältnisse. Es wird ja auch getrunken in diesem Park. Und da müsste unbedingt mit den WC-Anlagen begegnet werden, das ist dann allerdings ein separater Kredit.

Auf der Seite der Merkurstrasse sollte die Wegführung so gemacht werden, dass quasi ein Rasenparterre entsteht. Dazu gibt es auch zwei Bilder: Links sieht man den aktuellen Zustand, rechts sieht man das Rasenparterre mit den zwei begleitenden Fusswegen und der Bereinigung gegen die Grenze zum Tres Amigos.

Ein nächstes Element sind die Kultur-, also die Kunstgegenstände, die ausgestellt werden können. Es sind 2-3 Statuen von Hermann Haller und im angrenzenden Pärkli auf der anderen Seite der Lindstrasse noch eine, das weiss ich jetzt nicht ganz genau, die wieder positioniert werden. Über die Projektion auf die beiden Museen Oskar Reinhart und Am Stadtgarten bin ich schon eingegangen. Ein weiterer Kunstgegenstand wird die Skulptur von Oscar Tuzon sein. Das wurde als Dauerleihgabe über den Galerieverein organisiert. Die Fotos hier wurden noch in Amerika aufgenommen, aber das Objekt ist mittlerweile in Winterthur eingetroffen.

Dann gibt es natürlich noch die flankierenden Projekte. Man kann sich erinnern an Jonas-Furrer, das wurde schon neu gemacht. Der Merkurplatz ist auch schon durch. Die Stadthausstrasse ist ein bisschen ins Stocken geraten aus diversen Gründen. Aber die Sanierung der Bushaltestelle ist auch etwas, das läuft. Dann der Wettbewerb, der Innenarchitekturwettbewerb im Oskar Reinhart mit der neuen Innengestaltung des Eingangs und mit einem neuen Ausgang auf den Park hinaus. Das wird sicher eine einschneidende Geschichte geben, die auch die Verbindung verbessert zum anderen Kunstmuseum Am Stadtgarten. Und dann gibt es noch eine Veloschnellroute, die aber da gar nicht tangiert ist durch dieses Projekt.

Das mache ich jetzt ganz kurz, die Behandlung in der BBK: Wir haben das so organisiert, dass vorgängig Fragen eingereicht werden konnten. Wir sprachen über das Nutzungskonzept

Stadtgarten, das habe ich vorhin schon erwähnt, v.a. auch von diesem Veranstaltungsplatz. Biodiversität und Umweltbildung wurden besprochen. Wir mussten auch festhalten, dass der vielgenutzte Raum wahrscheinlich nicht wahnsinnig viel bringen kann für Biodiversität. Wir sprachen über die Gastronomie, wo sie angeboten wird. Das ist nun eben über diese Buvette und Barockhäuschen, aber am Merkurplatz hat es natürlich auch etwas.

Bei der Schule im Park hat man uns klar versichert, dass das so abgesprochen ist mit dem DSS und der Altstadtschule und der heilpädagogischen Schule, die dort drin betrieben wird. Und die Idee stösst auf breite Zustimmung. Wir haben über den Pausen- und Aussenbereich gesprochen, das habe ich auch schon gesagt: Die Aufhebung der Parkplätze und das Verlegen des Pausenplatzes nach hinten gegen das Kunstmuseum. Bei der Weiterentwicklung werden gewisse Schlüsselpersonen miteinbezogen. Zum Spielplatz habe ich auch schon etwas gesagt. Verkehr und Velo waren nicht Thema in diesem Projekt, es wird keine Veloroute oder ähnliches vorgesehen, damit man durch den Park fahren könnte.

Und jetzt noch zu den Kosten: Es ist ein Projekt, das knapp 5 Mio. kostet. Der beantragte Kredit ist 4,75 Mio. Man sieht da die Aufteilung, später sieht man dann noch mehr. Die Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank hilft da sicher, etwas zu finanzieren. Es ist aber nicht so, dass das direkt als Investitionsgeld verwendet werden kann, sondern das hat einfach die Erfolgsrechnung 2020 der Stadt verbessert.

Da sieht man die Ausgaben, für was. Da möchte ich auf die 31% Beläge, Kies- und Hartflächen verweisen. Der grosse Teil sind wirklich die Oberflächen. Aber auch die Elektro-, Licht- und Wasserinstallationen sind ein beträchtlicher Betrag. Und die Grünflächen und Bepflanzung. Das sind eigentlich die drei grossen Beträge, für die das Geld eingesetzt wird. Und dann natürlich der Spielplatz, die Ausstattung und Möblierung.

Das sind Benchmarks, also Kostenkenngrössen, die uns präsentiert wurden. Ich kann das nicht kontrollieren, aber wir glauben das jetzt einfach. Man sieht, dass das sehr tief ist. Aber man sieht auch etwas anderes: Dass die Stadt Winterthur allgemein mit tiefen Zahlen hantiert, wenn man mit den Parkanlagen der Stadt Zürich vergleicht, die mit 450 Fr. mindestens eingesetzt werden. Das Parkband Neuhegi ist mit 324 Fr. abgeschlossen worden, der Brühlgutpark mit 225 Fr., der Eulachpark mit 174 Fr. – das ist doch bemerkenswert – und der Stadtgarten ist jetzt mit 190 Fr. pro m² eingesetzt.

Und dann die Termine: Wir haben jetzt die Behandlung im GGR, die Weisung liegt vor. Die Planersubmission habe ich erwähnt. Die Baubewilligung steht an, das Bauprojekt muss gemacht werden. Und dann natürlich die Ausschreibungen. 2022 bis Frühling 2024 zuerst die Planung und dann die Ausführung in Etappen, so dass immer ein Teil des Stadtgartens nutzbar bleibt. Und im April 2024 wäre dann die Einweihungsfeier.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank, Felix Landolt, für die ausführliche Vorstellung dieses Projekts. Als nächstes hat das Wort Michael Bänninger (EVP).

M. Bänninger (EVP): Auch wir von der EVP sind der Meinung, dass es nach rund 70 Jahren an der Zeit ist, dass der Winterthurer Stadtgarten überdenkt, überarbeitet und saniert wird. Strassen, technische Installationen und Gebäude sanieren und renovieren wir in der Regel bereits viel früher.

Unseres Erachtens hat es der Stadtgarten verdient, saniert und aktualisiert zu werden.

Von dem her ist es richtig, dass das Gesamtkonzept unter Berücksichtigung der Herausforderungen der heutigen Zeit auf den Prüfstand gestellt und angepasst worden ist.

Dass die technischen Installationen wie Licht, Wegbeschaffenheit überdacht und auf den aktuellsten Stand der Technik und Wissen gebracht werden und dass die Sicherheitsmängel auf dem Spielplatz behoben werden, so dass die Jüngsten wieder gefahrenlos spielen können. Und wie die Pläne aus der Präsentation zeigen, werden wir auch in Zukunft den Stadtgarten - als unseren Stadtgarten, auch liebevoll bekannt als Stadtpark von Winterthur - wiedererkennen.

Einen einzigen Punkt sehen wir von der EVP als sehr kritisch. Dies ist der Miteinbezug der Aussenanlagen des Altstadtschulhauses.

Spiele, sich austoben ist wichtig für Kinder, auch für die Schulkinder des Altstadtschulhauses. Nicht alle Kinder spielen Seiligumpis oder Himmel und Hölle, sondern auch Fang- und auch Ballspiele stehen hoch im Kurs. Dies soll auch nach der Neugestaltung noch möglich sein.

Nebst aller erstrebenswerter Ästhetik darf die Funktionalität des Pausenplatzes für die Kinder nicht zu kurz kommen. Wir fordern deshalb den Stadtrat auf, bei der Ausführung der Umgestaltung dieses Bereiches die Bedürfnisse der Kinder, der Schulleitung und der Lehrerschaft nochmals miteinzubeziehen und, wo noch notwendig, Justierungen vorzunehmen.

Wir von der EVP unterstützen den Stadtrat, dass die ZKB-Jubiläumsdividende für die Auffrischung des Stadtgartens eingesetzt wird. Eine wertvolle Investition in den wohl zentralsten Naherholungsort in Winterthur. Wir sind uns sicher, dass der Stadtgarten auch in den nächsten 70 Jahre ein Platz sein wird, wo man gerne verweilt.

Besten Dank. Wir stimmen der Weisung zu.

K. Frei (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL begrüsst die Kreditsprechung von Fr. 4 ¾ Mio. für die Umsetzung der Sanierungsmassnahmen im Stadtgarten. Es ist insgesamt ein weitsichtiges, reifes und stimmiges Projekt.

Die meisten unserer Fragen, die wir im Vorfeld gestellt haben, hat der Stadtrat zu unserer Zufriedenheit beantwortet und wir danken dafür. So finden wir nicht nur gut, dass die Gestaltung sich auf die vielfältigen Nutzergruppen abstützt: Besonders freuen wir uns natürlich über den sichtbaren Willen zu mehr Ökologie, wohlwissend, dass sie oft im Gegensatz zu hohem Nutzungsdruck steht.

Ein besonders gelungenes Element scheint uns der geplante teils Wild-Blumengarten, der als eigentlicher Kulturengarten eine der Hauptattraktionen der Parkanlage und sogar ein Image-träger der Gartenstadt Winterthur werden soll. Wir hoffen sehr, dass er am Ende auch wirklich auch nach biodiversen und nicht nur ästhetischen Aspekten ausgestaltet werden wird.

Weiter bleibt es uns ein Anliegen, dass in die weitere Planung vom Bauprojekt weiterhin die Biodiversität einfließen kann. Da reichen uns 100 neu zu pflanzende Bäume und Sträucher für die Ökologie – wie es in der Fragenbeantwortung der BBK steht – für die beachtliche Grösse des Parks leider schon noch nicht ganz.

Der Spielraum zwischen Gartendenkmalpflege und Nutzeransprüchen ist klein, und das verstehen wir auch. Gerade deshalb wünschen wir vom Stadtrat, wenigstens diesen kleinen Spielraum wo immer möglich zugunsten der Ökologie zu nutzen.

Vergessen wir nicht, dass die Natur - je wilder und urtümlicher sie sich darstellt - dem gestressten Stadtmenschen guttut, z.B. indem man wo immer möglich neu anstatt dem kurz geschnittenen Rasen Blumenwiesen hoch wachsen lässt. Sie tun der Seele - das belegen diverse Studien - besonders gut.

Vielleicht helfen diese Überlegungen ja, bei den weiteren Planungsschritten das vorliegende, zwar sehr schöne, aber doch recht zahme Stadtgartenkonzept hin zu einem Hauch «urban wilderness» zu bewegen.

Wir stimmen der Weisung zu und danken vielmals.

M. Nater (GLP): Dieser zentrale Park verdient nach fast 70 Jahren eine gesamtheitliche Auffrischung, um auch den zukünftigen Nutzungsansprüchen gerecht zu werden. Erwähnenswert ist neu eine klarere Nutzungszuweisung und dass der Stadtpark generell noch grüner werden soll. Auch der neue Spielplatz soll erneuert werden. Hier ist einfach darauf zu schauen, dass es nicht einer dieser 08/15-Spielplätze wird, welcher schön zum Anschauen ist, aber das Spielerlebnis für die Kinder fehlt. Im Moment ist das ein Spielplatz vor allem für die jungen Kinder und wird von daher auch sehr geschätzt. Und es wäre wünschenswert, wenn das weiterhin auch so der Fall sein wird.

Der Gemeinderat hat nicht nur den Anspruch, die positiven Punkte zu erwähnen, sondern auch auf einige kritischen Punkte hinzuweisen: Von den Kosten sind ca. 2,5 Mio. gebunden und dann kann man sich schon fragen, wieso 4,7 Mio. bei diesem Projekt ausgegeben werden und wo der Mehrwert dieser Zusatzkosten ist. Bei den Unterhaltskosten gehen wir davon

aus (das müsste man dann wirklich noch ausweisen), dass diese nicht steigen werden, obwohl wir hier eben noch keine Angaben haben.

Über die Ökologie, Biodiversität und Regionalität steht nichts Grosses in der Vorlage. Und leider ist nicht ersichtlich, wie die Biodiversität im Park erhöht werden kann, da nur darauf hingewiesen wird, dass der Ökologie ein hoher Wert beigemessen wird. Bezüglich Regionalität: Die geplante temporärer Sokelskulptur aus Amerika braucht sicher auch einen Unterhalt, den man einberechnen muss. Und bezüglich Regionalität kann man sich fragen, ob sich das lohnt, dass man das von Amerika nach Winterthur verschifft hat.

Bezüglich Nutzungskonzept von der Stadtentwicklung, das noch ausstehend ist, denken wir, dass wir dort wirklich gute Inputs auch für die Nutzung dieses Parks herausziehen können. So ist es z.B. noch nicht ganz klar, wie das Littering eingedämmt werden kann. Hier erwarten wir von der GLP, dass das sehr früh aufgezeigt wird, dass die Kosten und Erträge aufgeführt werden. Und dass unter Umständen, wenn das Nutzungskonzept früh genug vorhanden ist, das auch noch in die Planung einbezogen werden kann.

Zusammengefasst ist es ein gutes Projekt mit Potenzial für mehr. Das Projekt wird aus den Gewinnen der ZKB und den Steuern der Stadt Winterthur finanziert. Darum ist ein dauerhafter Mehrwert für die Bevölkerung der Stadt Winterthur noch klarer aufzuzeigen.

Wir von der GLP stimmen den Kredit zu und freuen uns auf den versprochenen Mehrwert für Mensch und Natur.

Th. Wolf (SVP): Jeder in Winterthur kennt den Zustand dieses Stadtgartens. Und eigentlich ist ja niemand gegen eine Sanierung oder sogar eine Aufwertung dieses wichtigen Grünraums. Und da so manches Jahr schon geplant wurde, macht es umso verständlicher, dass jetzt endlich etwas passiert.

Der Kinderspielplatz muss sicher sein, das ist unbestritten. Öffnung hin zur Stadt, zu den Restaurants, und ein verbessertes Beleuchtungskonzept fördern auch die Sicherheit der Nutzer, das finden wir gut.

Über andere Ideen der Ausgestaltung kann man geteilter Meinung sein. Aber was einige unserer Gemeinderäte wirklich stört: Die Höhe der Kosten.

Die Stadt hat von der ZKB ein grosses Geschenk bekommen: 3,7 Mio. Franken. Auch andere Gemeinden im Kanton haben davon profitiert. Die Stadt Zürich hat z.B. die Hälfte des Geldes investiert, um für die Folgen der Corona-Krise bei KMUs aufzukommen. Andere Gemeinden legen das Geld in Sonderrechnungen an und können damit (verteilt über mehrere Jahre) Ausgaben tätigen, die auch dem Bürger zukommen. Und wieder andere reduzieren damit im allgemeinen Haushalt die Verschuldung.

Wir in Winterthur zahlen damit die Sanierung dieses Parks. Das ginge ja noch. Aber was uns wirklich aufstösst, ist, dass man zusätzlich noch 1,2 Mio. Franken Steuergeld dazu nimmt, um aus einem guten Plan einen ganz tollen Plan zu machen.

Wir haben beim letzten Budget unter Zähneknirschen einer Steuerfusserhöhung um 3% zugestimmt, einfach weil die Finanzlage der Stadt so schlecht ist und es mehr Einnahmen braucht. Und jetzt geben wir einfach mehr als 1 Million aus.

Wir hätten Freude habt an diesem Projekt, wenn es wirklich alleine aus den ZKB-Geldern hätte gebaut werden können, wenn dieses Kostendach eingehalten worden wäre. Und jetzt ist die zusätzliche Summe für uns ein grosser Wermutstropfen an diesem Projekt.

Ein Teil unserer Fraktion stellt die finanzielle Verantwortung höher als die geplante Erneuerung. Und deshalb wird die SVP-Fraktion geteilt abstimmen.

U. Hofer (FDP): Der Stadtgarten ist ja die meistgenutzte öffentliche Grünanlage von Winterthur. Und ich habe auch einen Interessenskonflikt, denn auch meine junge Tochter und ich sind dort regelmässige Besucher – eben auf dem Spielplatz, der erwähnt wurde. Und der Stadtgarten ist eine der zentralsten öffentlichen Grünanlagen in Winterthur und damit auch automatisch wichtig für das Image von Winterthur und die Wirkung von Winterthur auf Besucher, Touristen, Gäste usw.

Wenn wir nach über 70 Jahren wieder einmal etwas in eine solche Anlage investieren, die derart vielen dient und derart viel ausstrahlt, dann ist das somit viel ressourceneffizienter, als wenn man ähnlich viel Geld in eine Flussbadi in Mattenbach investiert.

Klar, wenn man etwas derart Zentrales und Beliebtes anfasst, wird es immer unterschiedliche Meinungen geben, was man dort wie und mit was machen sollte. Hollidi lässt grüssen. Ich höre es schon heute: Ich höre Biodiversität, ich höre Spielplatzgestaltung, ich höre Schulhausplatz, ich höre Ästhetik, ich höre Mehrwert für Mensch usw. Und ich könnte auch noch ein paar Dinge anfügen.

Deshalb, auch wenn es heute problemlos durch den Rat geht, es wird ein Gesprächsthema bleiben und man wird es nicht allen vollständig recht machen können. Das ist aber für uns – und ich hoffe auch nicht für andere – kein Grund, das Projekt als Ganzes abzulehnen, denn es dient der Lebensqualität. Uns hat das Projekt in diesem Sinne überzeugt und wir erkennen nichts, das jetzt schon eine politische Intervention rechtfertigen würde.

Wichtig für uns ist insbesondere, dass die Weichen so gestellt sind, dass das Angebot im Stadtgarten in Zukunft sogar noch weiter ausgebaut werden kann bzw. dass der Stadtgarten noch attraktiver und beliebter gemacht werden kann. Und das ist ja der Fall. Man hat z.B. den Veranstaltungsplatz, man hat die Möglichkeit für Kleinkonzerte, man hat die Möglichkeit, den Ort anders zu bespielen. Das ist ja die Umsetzung einer alten FDP-Forderung.

Das ist auch der Fall mit dem Gastronomie-Angebot, der hoffentlich auch erfolgenden Sanierung des Barockhäuschens und einer aktiven Integration dieses Häuschens in die Funktion des Stadtgartens, das heute eher ein Störfaktor ist. Auch das würde ja die Umsetzung einer alten FDP-Forderung bedeuten.

Kurzum: Der Stadtgarten bedeutet für jede Art von Besucher eine Rückzugsoase und einer Investition in derart viel Lebensqualität stimmen wir auch in dieser Höhe zu. Da unterscheiden wir uns von der SVP in diesem Punkt.

F. Landolt (SP): Es geht jetzt um die SP-Fraktion und unsere Haltung dazu. Wir stimmen diesem Projekt zu. Der Stadtgarten ist ein wichtiger Teil des Promenadenrings und eigentlich ein Erfolgsmodell, das einfach ein bisschen in die Jahre gekommen ist. Und offensichtlich sanierungsbedürftig ist.

Wir haben uns in der BBK intensiv mit diesem Projekt beschäftigt, mit der Projektorganisation, den verschiedenen Elementen und der Art und Weise, wie saniert werden soll. Damit haben wir uns auseinandergesetzt und stimmen da grösstenteils zu.

Das Projekt ist in einem Gesamtperimeter zu sehen, das wird (glaube ich) erfüllt. Und der öffentliche Raum wird der Bevölkerung und insbesondere den Altstadtbewohnern angeboten, denn in der Altstadt hat es ja eigentlich nicht gross Freiflächen, die für das Spielen und Liegen geeignet wären. Es wird Raum zur Verfügung gestellt und in einem gewissen Sinn auch zum Nutzen angeregt.

Die Sanierung ist eine zurückhaltende Sanierung und nicht aufdringlich.

Für die weitere Gestaltung, für die weitere Ausformulierung haben wir dann noch eine Idee resp. eine Anregung: Das ist die Gestaltung des Spielplatzes. Das ist noch zum grossen Teil offen, man hat gewisse Eckwerte wie die Altersbezogenheit. Und wir meinen, dass bei der Planung eines öffentlichen Spielplatzes eine unkomplizierte Einflussnahme durch die Einwohner und Einwohnerinnen, insbesondere der Altstadt und der angrenzenden Quartiere, gegeben sein sollte. Wir denken da (analog zum Projekt Obertor) an eine Serie von 2-3 Workshops, an denen Ideen eingebracht und auch diskutiert werden können und auch die Planer ihr Fachwissen einbringen könnten. So könnte vielleicht Realistisches von Unrealistischem getrennt werden. Wir finden, dass die Erfahrungen aus den 2-3 Workshops vom Obertor haben dieses Vorgehen bestätigt und bewiesen, dass es erstens Resultate generieren kann und zweitens, dass der partizipative Ansatz gut ankommt und der Stadt Winterthur gut ansteht. Das wäre eine Aufforderung an die nächste Projektentwicklung, da noch einen Schritt auf die Bevölkerung zuzugehen.

Vielen Dank, wir stimmen zu.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich trage das Fraktionsvotum im Namen des abwesenden Zeno Dähler vor, allenfalls am einen oder anderen Ort leicht modifiziert.

Wie ich höre, ist der Stadtgarten bei schönem Wetter zurzeit «pumpenvoll». Und damit ist klar, dass die geplanten Sanierungsmassnahmen, die mit der Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank finanziert werden, vielen Menschen etwas bringen wird.

Wir von der Mitte/EDU-Fraktion danken der ZKB für die Jubiläumsdividende und gratulieren herzlich zum Jubiläum.

Ohne den Beitrag der ZKB würden wir die Vorlage ablehnen. Die Kosten sind für die Kritiker in der Fraktion zu hoch und grundsätzlich hätte eine Sanierung im Rahmen des bisherigen genügen müssen.

Da diese Kosten gebunden und tiefer gewesen wären, hätte es auch diese Vorlage nicht benötigt. Man hätte das Bestehende im Bereich des Möglichen wieder auf den neuesten Stand bringen können.

Die Ersparnis, haben wir dann aber in der Kommission gelernt, wäre unter dem Strich zwar da, aber in einem Bruchteil vom Gesamtbetrag von diesen 4,7 Mio. Und so sind wir schlussendlich zum Schluss gekommen, dass wir diese Vorlage unterstützen werden.

Wenn wir es als Geschenk anschauen, freuen wir uns über die angestrebten Verbesserungen im Park. Wir freuen uns über einen neuen Spielplatz, der unseren Kindern, den Kindern der Winterthurerinnen und Winterthurer, positiv in Erinnerung bleiben wird.

Wir begrüssen, dass der Baumbestand mit den schönen alten Bäumen erhalten bleibt und dass auch weitere neue Bäume und lokale, einheimische Gehölze dazu kommen. Wir unterstützen es, dass die Wegverbindungen an die heutigen Bedürfnisse angepasst werden sollen und zum Teil neu angelegt werden, damit der Park auch für Kurzbesuche noch beliebter wird.

Dass das Wasserbecken nutzbar gemacht wird und im Sommer zur Erfrischung und zum Spiel einladen soll, kann man geteilt anschauen. Aber es ist ein Teil des Pakets. Und wenn mit der neuen Beleuchtung des Parks auch die Lichtverschmutzung der Stadt Winterthur reduziert werden kann, machen wir auch da etwas Minimales für unsere Umwelt.

Der alte wie auch der neue Stadtgarten wird intensiv genutzt. Er ist jetzt schon bei schönem Wetter voll. Und wird es nach der Sanierung umso mehr sein. Dies lässt uns auch kritisch auf jene Bereiche blicken, für die zusätzliche Aktivitäten und einen Veranstaltungsplatz erhalten sollen. Das erhöht den Nutzungsdruck noch zusätzlich. Wir hoffen, dass der Veranstaltungsplatz wenigstens so umgesetzt wird, dass man nicht wie im letzten Herbst bei der Schützenwiese sagen muss: Nach 2-3 Spielen nicht mehr bespielbar. Sondern dass wir dort wenigstens eine Qualität haben, die auch einige Regensaisons übersteht. Wir hoffen, dass mit diesen Aktivitäten und diesen Bewirtungsplätzen dann wenigstens eine soziale Durchmischung in den Stadtpark kommt, und nicht ein Teil der Bevölkerung aus dem Stadtpark gedrängt wird und ein anderer Teil überhand nimmt, wie man es heute zum Teil in gewissen Ecken des Parks sieht.

Wir von der Mitte/EDU-Fraktion stimmen entsprechend dem Kredit zu.

F. Helg (FDP): Ich möchte nur einen Punkt hervorheben: Die Möglichkeit einer beschränkten Sommer-Gastronomie, wie es auch einzelne Redner schon erwähnt haben. Es ist immer wieder erstaunlich, wie in der Politik alleine Zeit und Geduld etwas bewirken können. Vor ziemlich genau 10 Jahren ist diese Frage nach einem Gastronomie-Angebot bereits einmal ein Thema auf der politischen Bühne gewesen. Mit der schriftlichen Anfrage 2010.131 habe ich damals darum ersucht, die Idee eines Sommercafés zu prüfen. Übrigens eine Idee, ich habe das damals recherchiert, die offenbar bereits in den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts diskutiert worden war. Ich zitiere aus der schriftlichen Antwort, dort hat nämlich der Stadtrat ziemlich dezidiert festgehalten, dass rund um den Stadtgarten kein zusätzlicher Bedarf nach einem Betrieb in Form eines Sommercafés auszumachen sei. Jetzt, 10 Jahre später, sieht es anders aus und ich finde es gut, dass man dort jetzt auch diese Möglichkeit sieht. Ende gut, alles gut.

Stadtrat St. Fritschi: Ich habe mit Interesse mitverfolgt, was alles für Voten zum Stadtgarten gekommen sind. Es zeigt auch den bunten Strauss von Ideen, die jetzt noch geäussert wurden, wie der Stadtgarten uns emotional packen kann. Denn wir kennen alle den Stadtgarten und wir wissen, der Stadtgarten hat eine ganz zentrale Bedeutung für diese Stadt. Und das macht es ja auch so spannend, wenn man an diesem Stadtgarten etwas machen will.

Der Stadtgarten ist vor ca. zwei Generationen gebaut worden, in den 50er-Jahren. Und wir müssen uns in diese Zeit zurückversetzen. Die Zeit in den 50er-Jahren war eine Zeit kurz nach dem 2. Weltkrieg. Da hatte man kein Geld. Aber wir sind froh, hat damals die Stadt Winterthur in den Park, in den Stadtgarten investiert. Wir wären nämlich wahnsinnig arme Bewohnerinnen und Bewohner, wenn es keinen Stadtgarten gäbe. Er wurde also zu einer Zeit gebaut, als es viel schlechter ging, als es uns jetzt geht. Und er hat ganz viele Dienste erwiesen in den letzten 70 Jahren. Er hat auch vorher schon viele gute Dienste erwiesen.

Aber gerade in den letzten zwei Jahren haben wir gemerkt, wie wichtig eine solche grüne Oase ist für eine Stadt wie Winterthur. Gerade in einer Zeit, wo wir auch ein Bevölkerungswachstum haben, wo wir innere Verdichtung haben, ist eine solche grüne Oase extrem wichtig. Und in der Zeit der Pandemie hat man gesehen, dass es fast ein Medikament ist für unsere Bevölkerung, wenn man auf dieser grünen Insel verweilen kann.

Es ist ein Erfolgsprodukt, dieser Stadtgarten. Kaum ist ein Sonnenstrahl vorhanden, ist der Stadtgarten voll. Leider manchmal auch die, die darauf sind, aber das lassen wir jetzt. Das Wichtige ist, dass der Stadtgarten beliebt ist – und das soll er auch in Zukunft sein. Und wenn man sich vergegenwärtigt, was sich in der Gesellschaft in diesen 70 Jahren verändert hat, dann muss man sagen, dann muss dieser Stadtgarten auch gewisse Veränderungen annehmen.

1976 wurde der erste McDonalds in der Schweiz gebaut. Vorher gab es noch gar keine Take-aways. Man ass nie draussen. Und wenn man heute fragt, was Take-away ist – das weiss inzwischen jede und jeder. Das gehört heute zu unserer Gesellschaft, dass wir nicht immer Zuhause essen, sondern dass wir auch unterwegs essen. Dieses Bedürfnis muss der Stadtgarten aufnehmen.

Oder die Beleuchtung: 1952, als der Stadtgarten gebaut wurde, hatten die Restaurants, die sehr lange offen hatten, bis 23 Uhr offen. Aber sicher hatte nachher keiner mehr offen. Es war niemand mehr auf der Strasse zu sehen nach 23 Uhr. Unsere Gesellschaft ist zu einer 24-Stunden-Gesellschaft mutiert. Wir werden auch dieses Bedürfnis aufnehmen müssen im Stadtgarten, dass es auch beleuchtet ist zu Zeiten, wo früher niemand daran gedacht hätte, dass man im Stadtgarten sein könnte.

Oder das Wasser, das Einzelne jetzt auch kritisch angeschaut haben: Das Wasser ist im Rahmen der Klimaerwärmung ein Bedürfnis. Wasser ist heute, man sieht das bei den Judd-Brunnen, nicht nur zum Anschauen da. Heute möchte man das Wasser auch erleben, mit allen Aspekten. Man möchte hineinsteigen. Das Wasser mitten im Zentrum des Stadtgartens, das wird in Zukunft auch erlebbar gemacht werden können.

Es gibt ganz viele Dinge, bei denen man aber ehrlicherweise auch sagen muss, dass ich Euch da enttäuschen muss. Andreas Geering von der Mitte muss ich enttäuschen: Der Veranstaltungsort wird nie so gross sein wie die Schützenwiese, wir werden dort nie Fussball spielen können für Challenge League Matches. Den können wir nicht als Ersatz brauchen, wenn der Rasen wieder einmal nicht gut sein sollte. Oder das Bedürfnis, das geäussert wurde, von einer Schmetterlingswiese bzw. einem Blumenrasen. Wir werden das prüfen, aber ich wage zu behaupten, dass es sehr schwierig würde, bei einer solch intensiven Nutzung, wie wir sie beim Stadtgarten haben, dass wir dann nicht eine Wiese haben, die beim ersten, der darübergeht, zertrampelt ist und nicht mehr brauchbar. Ich wage zu bezweifeln, dass das die richtige Art von Rasen ist an diesem zentralen Ort. Oder die Forderung der Partizipation: Wir haben es jetzt nur schon gesehen bei uns 60, die hier sind im Parlament, was da für verschiedene Bedürfnisse kommen. Ich glaube, Partizipation wird sehr anspruchsvoll bei einem so zentralen Objekt. Und da weiss ich noch nicht, ob wir für den Spielplatz eine grosse Partizipation machen werden. Aber wir werden es prüfen und uns überlegen, ob das sinnvoll ist.

Vielleicht noch eine kleine Korrektur, aber vielleicht war das nur ein Versprecher in der guten Präsentation von Felix Landolt: Das Projektteam besteht aus Stadtgrün und nicht aus Stadtwerk. Aber sehr wahrscheinlich war das nur ein Versprecher. Das Projekt wird ja bei Stadtgrün angesiedelt.

Ich würde es falsch finden, wenn wir jetzt – ich bin ja nicht der, der immer für das grosse Geldausgeben bekannt ist – aber ich würde es wirklich falsch finden, jetzt im Stadtgarten bei etwas, das wieder zwei Generationen lang halten soll, die Chance nicht zu packen, nur weil wir die Kosten reduzieren wollen. Denn wenn wir es jetzt nicht packen, z.B. das mit dem Schulhaus, dann wird es für die nächsten zwei Generationen nicht möglich sein, den Hartplatz auf die Hinterseite des Schulhauses zu verlegen. Dann wird es die nächsten 70 Jahre lang so bleiben wie jetzt. Und das wäre eine vertane Chance. Auch beim Spielplatz usw. Alle die Elemente, die wir reingenommen haben, finden wir ganz zentral, damit der Stadtgarten für die nächsten Generationen wieder fit ist und den neuen Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft gerecht werden kann. Aber trotzdem das kulturhistorische Erbe dieses denkmalgeschützten Objekts bewahren kann.

Und deshalb finde ich es richtig, wenn wir es jetzt in dem Rahmen, in dem wir es beantragen, umsetzen, damit die nächsten Generationen auch so viel Freude an diesem zentralen Ort haben werden. Und ich glaube, das sind wir unseren zukünftigen Generationen schuldig. Und wir sind froh, dass unsere Vor-Vor-Generation das kurz nach dem zweiten Weltkrieg auch so gemacht hat, und damals auch nicht um den letzten Franken gespart hat, sonst hätten wir nämlich nicht die grüne Oase, wie wir sie heute kennen.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Geschäft 21.6, dem Kredit von 4'750'000 Franken zur Umsetzung der Sanierungsmassnahmen beim Stadtgarten zustimmen möchten, dann bezeugen Sie das bitte mit Handerheben.

Wer das Projekt ablehnen möchte, bezeugt das mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Dann haben Sie grossmehrheitlich diesem Geschäft zugestimmt.

Ich möchte gerne das nächste Geschäft noch behandeln, denn sonst haben wir dann die Fristerstreckung erst behandelt, wenn die Fristerstreckung schon durch ist. Sie haben es in der Hand, ob wir um 22 Uhr trotzdem fertig sind.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2019.108: Fristerstreckung für die Umsetzung des Postulats M. Steiner (SP), Th. Leemann (FDP), K. Gander (Grüne/AL) und S. Müller (EVP) betr. Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt

Ratspräsidentin M. Sorgo: Fristerstreckung für die Umsetzung des Postulats betreffend Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt. Das Wort hat Markus Steiner als Erstpostulant.

M. Steiner (SP): Die Behandlung der Fristerstreckung kommt ja ein bisschen wie das eine Containerschiff, das hinter der «Ever Given» im Suezkanal steckengeblieben ist – nämlich extrem spät. Wie es die Ratspräsidentin bereits gesagt hat: Der Antrag wurde Ende Januar gestellt. Zwei Drittel, also 4 Monate, der beantragten Erstreichungsfrist sind inzwischen bereits abgelaufen. Ich freue mich deshalb umso mehr, kommt das heutige Traktandum gerade noch kurz vor Ende dran und ist noch nicht von der Liste gefallen, bevor die beantragte Fristerstreckung abgelaufen ist.

Zum materiellen Inhalt dieser Fristerstreckung kann ich es kurz machen: Wir sind erfreut, dass der Stadtrat die Stossrichtung unseres Vorstosses aufnimmt und diesen bereits auf das kommende Schuljahr 2021/22 umsetzen möchte.

Die SP-Fraktion hat gegen die Fristerstreckung nichts einzuwenden.

Ch. Maier (FDP): Ich mache es ganz kurz: Wir haben diesen Vorstoss miteingereicht und sind entsprechend auch für diese Fristerstreckung. Wir freuen uns auf das Resultat und hoffen, dass wir uns das dann auch leisten können.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Auch wir sind selbstverständlich für das Gewähren dieser Fristerstreckung.

D. Roth-Nater (EVP): Die EVP-Fraktion wird der Fristerstreckung zustimmen, da sie ja bis Ende Juli dieses Jahres beantragt wird. Das ermöglicht die Umsetzung des Postulats auf das neue Schuljahr 2021/22.

S. Kocher (GLP): Wie bereits bei der Überweisung festgehalten, ist der GLP eine Lösung, die die heute ausgewiesenen Unterschiede bei der Gymi-Vorbereitung ausgleicht, sehr wichtig. Wenn diese Fristerstreckung dazu beiträgt, eine gute, finanzierbare und gerechte Lösung für alle zu finden, dann ist das Okay für uns. Auch wir werden der Fristverlängerung zustimmen.

Stadtrat J. Altwegg: Da habe ich nicht ganz vergebens gewartet bis ganz am Schluss. Ich bin sehr froh, dass wir es nicht noch weiter in die Zukunft verlängern müssen, und ich bin auch dankbar, dass Sie alle dieser Fristverlängerung zustimmen. Ich kann dafür auch schon aus dem Nähkästchen plaudern: Am 23. März hat die Zentralschulpflege das Konzept verabschiedet. Was jetzt noch aussteht, ist das Feedback des Volksschulkonvents. Das wird dort noch kurz angeschaut. Und dann werden wir eine Gemeinderatsweisung erstellen im DSS, welche die Zentralschulpflege nochmals überweist, so dass wir mit dieser Fristverlängerung Ihnen das wirklich auf diesen Sommer vorlegen können. Wenn Sie dann darüber befunden haben, gehen wir davon aus, dass wir im Sommer 2022, also auf das neue Schuljahr 2022/23, das Konzept dann auch wirklich umsetzen können. Herzlichen Dank für die Unterstützung.

Ratspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Damit kommen wir schon zur Abstimmung. Wer dem Geschäft 19.108, der Fristerstreckung dieses Postulats, zustimmen möchte, bezeugt das bitte mit Handerheben.

Wer das ablehnen möchte, bezeugt das ebenfalls mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

In diesem Fall haben Sie einstimmig dieser Fristerstreckung zugestimmt.

Bevor ich die Sitzung ganz beende, noch zwei kleine Hinweise. Das eine betrifft die nächste Ratsdebatte am 31. Mai. Für diese Ratsdebatte ist sozusagen der 2. Teil der Klimadebatte geplant. Wir möchten dann alle diese Anträge oder Geschäfte, die dort eingegangen sind, zusammen behandeln. Also alle diese Geschäfte, die im Rahmen der Klimadebatte oder rund um die Klimadebatte eingegangen sind vor zwei Jahren, werden wir am 31. Mai behandeln. Wie schon gesagt hoffe ich, dass wir am 31. Mai die Sitzung ein bisschen früher beenden können und um 21 Uhr wieder einmal zusammen anstossen können. Aber darüber werden Sie natürlich informiert.

Dann habe ich noch einen zweiten Hinweis: Sie alle haben letzte Woche, am 12. Mai, ein Mail erhalten mit der Einladung, dass Sie das Datencenter in Neuhegi besichtigen können. Das wäre morgen und übermorgen möglich. Es ist die einzige Möglichkeit, die Sie haben werden, das Datencenter besichtigen zu können. Sobald das nämlich in Betrieb ist, kann man das nicht mehr einfach anschauen gehen. Also alle die, welche noch Interesse haben: Der

Doodle mit den Terminen für morgen und übermorgen ist wieder offen und Ihr könnt Euch dort gerne eintragen. Ganz wichtig ist, dass Ihr einen amtlichen Ausweis mitbringt, sonst kommt Ihr nicht hinein und könnt an dieser Besichtigung nicht teilnehmen. Also wer noch Interesse hat, ein solches Datacenter einmal von innen zu sehen, soll sich noch im Doodle eintragen. Es ist möglich morgen und übermorgen.

Damit beende ich die 1. und 2. Sitzung in diesem Amtsjahr, meine ersten Sitzungen als Ratspräsidentin, und wünsche Euch allen einen ganz schönen Abend und eine gute Woche.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

M. Sorgo (SP)

R. Diener (Grüne)

B. Huizinga (EVP)